

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80.-.
Zu bezahlen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 27. April 1901.

Inserate die dreigesparte Petitzile oder deren Raum 50.-
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Luitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Hauptblatt: Juni 1. Mai. — Das 50jährige Jubiläum einer Gewerkschaft. — Zur Generalversammlung des D. M. B. — D. M. B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Rundschau. — Aus anderen Berufen etc. — Technisches. — Allgem. Arz. u. St.-Arz. der Metallarb.: Abrechnung der Hauptkasse pro März 1901. — Literarisches. — **Beilage:** Abrechnung d. D. M. B. pro 1900. — Der Geschäftsbereich des Reichsversicherungsamts pro 1900. — Urtheile der Gewerbe- und Berufungsgerichte. — Messingverglistung und Berufskrankheit. — Aluminothermie. — Aus anderen Berufen etc. — Gerichtszeitung. — Literarisches.

Sur Beachtung.

Zugung ist zu halten:

von Bauschlossern nach Solingen;
von Feilenhauern nach Bielefeld (Bimmermann) R., nach Braunschweig (Artois) D., nach Düsseldorf, nach München (Kobel u. So.);
von Feingoldschlägern nach Dresden, Nürnberg und Schwabach (besonders von der Werkstatt M. Büttner);
von Formern nach Essen a. Ruhr (Stern, Stolle, Wolf) D., nach Freiberg in Bay. (Schülein), nach Halle (Werneck und So., Wolf und Klein) M., nach Niederschlema i. S. (Tölle) R., nach Heilbronn (Voigt u. So.) R. R., nach Pottbus (R. Welt), nach Niedenschlema (Hennmer);
von Klempuern (Flaschner, Spengler) nach Danzig L., von Maschinenbauern nach Frankenthal (Bettinger u. Balke), Str.; nach Niedenschlema-Lambrecht (Hennmer), nach Hahl (Koch);
von Metallarbeitern nach Frankenthal (Bettinger und Balke) Str., nach Wiesbaden (Vandwirthschaftliche Maschinenfabrik A. Beznig), nach Bremerhaven (G. Seebek), nach Niederschlema (Elektrizitätswerke, A.-G., vorm. O. L. Kummer u. So.);
von Metalldrückern nach Markranstädt (Brauer und Stehwinkel) Str., nach Nürnberg (Dannhorn);
von Nadelmacheru nach Chemnitz-Kappel;
von Schleifern nach Offenbach a. M. (Bombach) Str.;
von Schmieden nach Schönebeck a. E. (Knip u. Beener, Hufeisenfabrik);
von Werstarbeitern nach Bremerhaven (G. Seebek).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Wohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Misstände; R.: Wohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Zum 1. Mai.

Zum zwölften Male klingt ums Rund der Erde
Die frohe Botigkeit hin vom 1. Mai;
Mahnt, daß für einen Tag vergessen werde
Des Alltags Not, der Druck der Sklaverei. —
Im jungen Lenz erglänzen Feld und Füren,
Gebrochen ist des Winters grimmie Macht,
Im Herz und Sinne aller Kreaturen
Ist Lebenslust und Hoffnung neu erwacht.

Die zwölfe Maifeier fällt in die Zeit der Wirtschaftskrise, die auf die fünfjährige Blütheperiode folgte. Fast alle Gewerbe und Industrien sind davon erfaßt und Betriebseinschränkungen in verschiedenen Formen, namentlich in der Gestalt von Arbeitentlassungen vorgekommen, so daß überall mehr oder weniger Arbeitslose vorhanden sind. Wenn unter diesen Umständen in manchen Arbeitertreinen eine gedrückte Stimmung Platz gegriffen hat und davon wahrscheinlich auch der Verlauf der diesjährigen Maifeier etwas beeinträchtigt werden sollte, so wäre das nicht überraschend, sondern menschlich durchaus begreiflich. Bildet doch die jeweilige Gestaltung der Geschäftslage und der davon abhängigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die materielle Grundlage des ganzen Seins des Arbeiters, also auch seines Wohlbefindens und seiner Gemüthsverfassung, die auf das Sichgeben in Form verzagter Reserve oder fordernden Herausstretens von bestimmendem Einfluß ist.

Dabei hat aber auch die Krise eine praktische Bedeutung für unsere Maifeier und ihre Zwecke, d. i. in der Förderung der Arbeiterschutzgesetzgebung, insbesondere in der Herbeiführung des Achtstundentages bestehen. Da nämlich in zahlreichen indu-

striellen Anlagen wegen Mangel an Aufträgen die Arbeitszeit auf 9, 8 und selbst 7 Stunden, oder die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage von 6 auf 5 oder gar 4 reduziert worden ist, so haben die betreffenden Arbeiter Gelegenheit, sich auf intensivste Arbeitsweise bei der verkürzten Arbeitszeit einzubauen und so den Beweis zu erbringen, daß bei kürzerer Arbeitszeit unter sonst gleichen Umständen dieselbe Produktionsmenge geleistet werden kann, wie bei längerer Arbeitszeit. Bekanntlich ist schon in früheren Jahren in manchen ähnlichen Fällen die Erfahrung gemacht worden, daß die Arbeiter nach kürzerer Zeit während der verkürzten Arbeitszeit die gleiche Arbeit leisteten, wie bei der vorherigen längeren Arbeitszeit.

So berichtet die Fabrikinspektion des Bezirkes Magdeburg für 1899: „Daß eine lange Arbeitszeit nicht immer im Interesse des Fabrikanten liegt, erwies sich wieder einmal in einem großen Betriebe der Fahrradindustrie. Dort wurde in Folge mangelnder Aufträge die Arbeitszeit auf 8 Stunden gekürzt. Trotzdem hatten nach Mittheilung der Betriebsleitung die Akkordarbeiter bei gleichgebliebenen Akkordzügen in diesen 8 Stunden denselben Verdienst zu verzeichnen, wie früher bei 9- und 9½stündiger Arbeit. Diese während dreier Monate gesammelte Erfahrung hat die Firma veranlaßt, die regelmäßige Arbeit auf 9 Stunden täglich festzusetzen.“ Warum nicht auf 8 Stunden nach den gemachten Erfahrungen, ist geradezu unverständlich. Wollte man den Arbeitern eine freie Stunde mehr nicht gönnen?

Würden die Arbeiter in allen den Betrieben, die unter dem Einfluss der Krise den Neun-, Acht- oder gar Siebenstundentag einführen, ebensoviel verdienen, wie vorher bei längerer Arbeitszeit, so könnte man im Hinblick auf die Krise sagen: „Es steht ein Geist des Guten in dem Nebel“ und es würden dann jene Betriebe sehr günstige Voraussetzungen für die diesjährige Maifeier zu Gunsten des Achtstundentages bilden. Leider aber wird in vielen Betrieben, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten, diese günstige Situation nicht vorhanden sein, sondern es werden die Arbeiter ungenügend beschäftigt sein, in Folge dessen ihre Arbeitszeit nicht intensiv auszuüben und so auch nicht so viel wie früher verdienen können.

Ein recht interessantes Experiment ist von einem andern Betriebe, nämlich von der bekannten Stayderfabrik von Heinze u. Manck, offenbar unter dem Einflusse der Achtstundentagsbewegung, gemacht worden. Die Firma führte im Jahre 1892 den Achtstundentag ein und sie erzielte dabei dieselbe Arbeitsmenge, wie bei der früheren wesentlich längeren Arbeitszeit. Zur Erledigung dringender Aufträge und im Einbernehmen mit dem Arbeiterauschuß wurde nach dem Bericht der Berlin-Charlottenburger Fabrikinspektion für 1899 ein nochmaliger Versuch mit längerer Arbeitszeit gemacht. Zu Anfang wurde auch ein entsprechender Erfolg erzielt. Dieser ging aber trotz des guten Anfangs der Arbeiter bald zurück und nach Verlauf von 14 Tagen war die Produktion wieder auf diejenige der achtstündigen Schicht herabgesunken. Diese doppelte Erfahrung ist nun besonders lehrreich, indem sie zeigt, daß das Maximum der Leistungsfähigkeit vom Arbeiter beim Achtstundentag erreichbar ist und keine längere Arbeitszeit dieselbe zu steigern vermögt.

Die achtstündige Arbeitszeit besteht ferner bereits für eine ganze Anzahl von Arbeiterinnen in verschiedenen Industrien. So hatten im Erfurter Bezirk im Jahre 1899 von 1710 verheiratheten Frauen 494 eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden, 259 eine solche von 9, 468 von 10 und 459 von 11 Stunden. Im Magdeburger Bezirk hatten 223 von 2680 Frauen eine tägliche Arbeitszeit von 4 bis 8 Stunden, 377 von über 8 bis 9 Stunden, 1360 von über 9 bis 10 und 720 von über 10 bis 11 Stunden; im Regierungsbezirk Oppeln arbeiten 287 Frauen bis zu 8 Stunden täglich, 151 von 8 bis 9, 482 von 9 bis 10 und 379 von 10 bis 11 Stunden; im 3. Berliner Inspektionsbezirk arbeiten 21 Frauen in 9 Betrieben 8 Stunden, 112 in 14 Betrieben 8½, 340 in 80 9, 164 in 34 9½, 433 in 89 10, 144 in 13 10½ und 216 in 15 11 Stunden. In Oberhessen hatten 37 Frauen 8 stündige Arbeitszeit, 132 9-, 608 10- und 476 11stündige Arbeitszeit. In demselben Bezirk ist im verlorenen Jahre in einer Schmiedefabrik, die wahrscheinlich in München ist, der Achtstundentag eingeführt worden und zwar an Stelle des

Neunstundentages. Eine Lohnverkürzung fand dabei nicht statt und wie der Fabrikinspektor berichtet, trat auch ein Rückgang in der Arbeitsleistung nicht ein. In Niedersachsen haben nach dem Berichte des Fabrikinspektors von 1894 Arbeiterinnen 7,5 Proz. oder 142 eine tägliche Arbeitszeit von unter 8 Stunden, meist von beliebiger Dauer und zwar hauptsächlich in ...abriken, bei Granit- und Sägewerken.

Ein bedeutender Erfolg ist bekanntlich im verlorenen Jahre mit dem Achtstundentag in Jena erzielt worden, wo die Firma Zeiß, die circa 1000 Arbeiter beschäftigt, denselben versuchsweise einführte und damit so gute Resultate erzielte, daß sie ihn für immer beibehält.

Erwähnen wir noch die vier Zalonienfabriken des Herrn Greese in Berlin, Leipzig, Breslau und Hamburg, wo seit 1892 der Achtstundentag besteht und zwar wohl ebenfalls für circa 1000 Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts, und vergessen wir nicht, daß wir gar nicht von allen Betrieben mit dem Achtstundentag Kenntnis besitzen; daß ferner in Gasfabriken, Bergwerksbetrieben usw. mehrfach die Achtstundenschicht besteht, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß auch in Deutschland heute schon für Tausende von Arbeitern die 8stündige Arbeitszeit besteht und so auch bei uns der Maidebene schon zur That geworden, der Schritt von der Theorie zur Praxis gemacht worden ist.

Versuche mit der 8stündigen Arbeitszeit wurden im verlorenen Jahre auch in anderen Ländern gemacht. So hat sie die Copenhagener Genossenschaftsbäckerei mit dem besten Erfolg eingeführt und dabei erhalten die Arbeiter die höchsten Arbeitslöhne und kostet das Achtstundenvorbrod nur 52—56 Pf., während in Deutschland das Vierpfundbrot mit 42 Pf. bezahlt werden muß.

In Italien hat einer der größten Industriellen des Landes, der Fabrikant Stoffi, in seinen Holzsägereien und in seiner Papierfabrik die Achtstundenschicht eingeführt und damit außerordentlich günstige Erfolge erzielt. Die Neuerung war erst nur versuchsweise für drei Monate eingeführt, nach den erzielten befriedigenden Resultaten bleibt sie für immer beibehalten. Die Firma Bonviller & Cie. in Romagnano Sesia hat ebenfalls nach vorausgegangenen erfolgreichen Versuchen die Achtstundenschicht definitiv eingeführt.

Zu England hat die Firma Brunnen, Mond & Cie. in Middlewich am 1. November 1900 den Achtstundentag eingeführt und nach den Erklärungen der Herren hat er sich für Unternehmer wie für Arbeiter erfolgreich erwiesen. Die Herren finden, daß hohe Löhne, kurze Arbeitszeit und gute Erfolge in der Regel zusammengehen und daß ein edelmütiges Vorgehen gegenüber den Arbeitern seine Früchte trägt, während die Arbeiter finden, daß die größere Freiheit eine Gelegenheit zur Selbstbildung gibt, eine Erweiterung des Gesichtskreises zur Folge hat, sowie das Verlangen nach noch mehr Erleichterung zu Kulturstzwecken.

In Österreich haben bekanntlich Tausende von Bergarbeitern für den Achtstundentag gekämpft und im „Prinzip“ dessen Einführung zugestanden erhalten. Einführt wird wahrscheinlich der gleichzeitige Neunstundentag werden. Die österreichischen Textilarbeiter haben erfolgreich gegen die Elfstundenzzeitung in der Textilindustrie gekämpft und in dieser rückständigsten Industrie dem Bohnstundentag die Wahl gegeben.

In Frankreich hat der sozialistische Handelsminister Millerand die Arbeiterschutzgesetzgebung um ein kräftiges Stück weitergeführt, so daß die französischen Industriearbeiter im Jahre 1904 den gesetzlichen Achtstundentag haben werden. Speziell den Bergarbeitern hat der bürgerliche Ministerpräsident Waldeck-Poussaint den gesetzlichen Achtstundentag versprochen.

So macht nun der Gedanke des Achtstundentages seinen siegreichen Rundgang um die ganze Welt; wo er nicht ganz verbürgt wird, bahnt er sich in den Köpfen der Arbeiter und der Unternehmer wie der Gesetzgeber seinen Weg für zukünftige Siege. fördert er die Arbeiterschutzgesetzgebung im Allgemeinen, um so Schritt für Schritt zum Ziele zu gelangen.

Unter diesen durchaus günstigen Umständen ist es um so unnötiger, am 1. Mai der Arbeitstruhe wegen Konflikte herauszubeschwören, die oft den langwierigsten und für die Arbeiter ungünstigsten Verlauf nehmen. Wie

mand fordert von den Arbeitern, daß sie durch Arbeitsruhe den 1. Mai feiern müssen. Insofern die Freigabe dieses Tages durch Verständigung mit den Unternehmen, die allerdings in allen Fällen versucht werden sollte, erreicht werden kann, ist die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe natürlich mit Freude zu begrüßen; wo aber die Unternehmer böswilliger Weise die Freigabe des Tages ablehnen, soll man sich fügen und die Dinge nicht zum Konflikt treiben. Auf allen internationalem Sozialistengesellen, auf allen deutschen Gewerkschaftskongressen und auf allen Kongressen der sozialdemokratischen Partei ist dieser Standpunkt eingetragen worden und mit Recht.

Dagegen haben wir bei der diesjährigen Maifeier noch entschiedene Stellung zu nehmen gegen die bösfeindlichen Lebensmittelwucherpläne der Agrarier und Konsorten und Protest dagegen zu erheben. Wie aus einem Munde sollte am 1. Mai von den Millionen deutscher Arbeiter durch ganz Deutschland der Schrei erschallen:

Nieder mit den Lebensmittelwucherern.
frei unser tägliches Brot!

Das 50jährige Jubiläum einer Gewerkschaft.

I.

Die Vereinigung der englischen Maschinenbauer hat vor wenigen Wochen das 50jährige Jubiläum ihres Bestehens gefeiert. Anlässlich dieses Festes hat der Generalsekretär des Verbandes, Geo. St. Barnes, derselbe, der uns als der energische Leiter des großen Maschinenbauersstreits bekannt geworden, ein „Jubilee Souvenir“, ein Jubiläums-Angedenk, in Form eines Buches herausgegeben, das die Geschichte des Vereins enthält.

Die Gründung der „Amalgamated Society of Engineers“ fällt in eine neue Phase gewerkschaftlichen Lebens, in der neue Grundsätze und vor Allem eine neue Taktik sich Geltung zu verschaffen beginnen. Im Jahre 1824 hatte die englische Arbeiterschaft das Koalitionrecht erhalten; bei allen Einschränkungen im Einzelnen und trotz aller Widerwärtigkeiten, denen die Arbeiter seitens der Verwaltungsbehörden und der Gerichte ausgesetzt waren, blieb ihnen das Recht zur Vereinigung zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen unbefristet. Die ersten Jahrzehnte sind ausgefüllt mit zahlreichen, plötzlich austretenden Streits, ohne genügende Vorbereitungen und Gewaltthätigkeiten sind nichts Seltenes. London und Lancashire gaben für große Mühe, die Massen zusammenzufassen, sie zu organisieren und disziplinieren, die weitgesteckten Ziele dieser Männer begeisterten wohl die Massen, der Idealismus allein konnte aber über den Mangel an starken, widerstandsfähigen Organisationen nicht hinweggehelfen.

Nachdem die Chartistenbewegung zusammengebrochen und die allercöhlersten Formen kapitalistischer Ausbeutung in etwas eingeeignet waren, begannen die englischen Gewerkschaften, sich engere Ziele zu stellen. Bis in die 50er Jahre waren fast lediglich lokale Organisationen vorhanden; jetzt möchte sich immer mehr das Bedürfnis nach Vereinigung geltend: Zusammenfassung der Kräfte, Sammlung von Kampf- und Unterstützungsfonds, Kontrolle über die materiellen und ideellen Mittel, ihre vernünftigstmögliche Anwendung im Kampfe um die Erringung besserer Lebensbedingungen — das war das Ziel des „Neuen Unionismus“, wie damals der jetzt „alte“ Unionismus genannt wurde.

„Es braucht an dieser Stelle wohl kaum gesagt zu werden, daß neue Ideen sich nicht plötzlich durchsetzen, sondern, daß sie langsam werden, und so haben denn auch nicht erst im Jahre 1850 die Gewerkschaften die Zentralisation begonnen, sondern solche Zentralorganisationen waren schon im früheren Jahren vorhanden. Die Wurzeln des Maschinenbauer-Verbandes reichen bis in das Jahr 1822 zurück, einer seiner stützlichen Vorläufer war der „Grandjätsbund der Mechaniker“, der in einer nicht geringen Anzahl von Städten bereits Zweigvereine gebildet hatte. Dieser Verband zählte schon im Jahre 1847 gegen 7000 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von 500,000 Mark. Was die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter noch ganz besonders zur Amalgamation — Verschmelzung — drängte, war vor Allem der sich nötig machende Widerstand gegen die vom Unternehmertum eingeführten „Unktion-Paper“ (Entlassungsscheine). Schon im Jahre 1844 kam es in Bolton wegen dieses Entlassungsscheines zu einem Streit, der neun Monate lang dauerte. Außerdem war schon seit Jahren eine Bewegung zu Gunsten des Belegschaftsvertrags im Gange, namentlich trat die Londoner Arbeiterschaft für Verkürzung der Arbeitszeit ein; der Drang nach einer besseren Zusammenfassung der Kräfte stand denn auch in London seine eifrigsten Verfechter.“

Die Versammlung.

Der erste entscheidende Schritt für die Verschmelzung geschah am 19. Januar 1850. An diesem Tage besloß der Rat der Mechaniker, eine Kon-

ferenz einzuberufen, zu der alle in der Metallindustrie bestehenden Berufsorganisationen je drei Delegierte entsenden sollten. Einige Organisationen antworteten nicht, die meisten nahmen eine abwartende Stellung ein, die sie selbst in die Lehnten ab; die letzteren bildeten noch heute eine Sonderorganisation, die sich kräftig entwickelt hat und mit zu den reichsten und mächtigsten der englischen Trade-Unions gehört.

Auf der ersten Konferenz in Warrington waren nur drei Organisationen vertreten; die Delegierten schufen ein Statut fest, auf Grund dessen sich später auch die Verschmelzung vollzog. Es ist nicht uninteressant, zu erfahren, daß diese Vereine schon vor der Verschmelzung recht erhebliche Unterstützungen für ihre Mitglieder eingeführt hatten. So zahlten die Dampfmaschinensieder 2000 Pf. Unfallentschädigung, sowie 10 Schilling Arbeitslosenunterstützung pro Woche. Eine zweite Konferenz fand noch im selben Jahre in Birminham statt. Dort waren sieben Vereine mit zusammen 10,700 Mitgliedern vertreten. Der Beitrag wurde auf einen Mark festgesetzt, ein für damalige Zeiten auch für England sehr hoher Satz. Die Leistungen waren dementsprechend: Die Arbeitslosenunterstützung sollte in den ersten 14 Wochen 10 Pf., für weitere 12 Wochen 7 Pf. pro Woche betragen; Krankengeld wurde gewährt: für 26 Wochen je 10 Pf., von da bis zur 52. Woche je 5 Pf.; Alterrente an Mitglieder von über 50 Jahren nach 18-jähriger Mitgliedschaft: 10 Pf. pro Woche. Auch eine Auswanderrungssumme wurde bezahlt, und zwar in der Höhe von 120 Mark. Die Malthus'sche Bevölkerungstheorie hatte damals noch vielen Einhang in Arbeiterkreisen, und man glaubte die Abwanderung begünstigen zu müssen; später ist diese Unterstützung aufgehoben worden. Schließlich wurde bestimmt, daß die Streik- und Pachtelungen weiterhin 15 Mark pro Woche betragen sollte. Der Verband erhielt den Namen, den er jetzt noch trägt, als Sitz der Verwaltung — des Generalsekretariats — wurde London bestimmt; der Generalrat umfaßte 15 Mitglieder, wovon 7 Personen von London und Umgebung zu sein hatten; die letzteren 7 Männer leiteten bis auf ganz wichtige Entscheidungen die Vereinsgeschäfte.

Die Vereinigung ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, 23 Zweigvereine der alten Verbände mit über 2000 Mitgliedern weigerten sich, mit einzutreten, viele Sektionen spalteten sich, so daß im Januar 1851 von den 10,700, die auf der Konferenz vertreten gewesen, nur 5000 Mann übergetreten waren. Jedoch schon im Februar konnte das Generalsekretariat berichten, daß dem Verband 82 Zweigvereine mit 7417 Mitgliedern angehören; im September desselben Jahres waren es verein schon 10,841.

Der erste Kampf.

Zum Jahre 1852 hatte der junge Verband seine erste Kraftprobe zu leisten. In Oldham waren schon ein Jahr zurückliegend Differenzen entstanden wegen der Bejächtigung Ungelernter an Maschinen. Dortige Mitglieder forderten die Entlassung der ungelernten Arbeiter und Entstellung gelernter; daneben war die Aufhebung der Stückarbeit und die Abschaffung der Überzeiterarbeit verlangt worden. Nachdem sich die Verhandlungen Monate lang hinzogen, beschlossen die Unternehmer im Dezember 1851 in Manchester, die Fabriken zu schließen, falls es wegen der bezeichneten Punkte zum Streik kommen sollte. Sie drohten, die Fabriken so lange zu schließen, bis ein anderer Beschluss gefaßt wäre, und bei einer Wiederoeröffnung würden sie dann nur noch 24 Stunden einstellen. Trotzdem der Erfolg-Ausdruck des Verbandes die Unternehmer dahin informierte, daß er die Entlassung der unqualifizierten Arbeiter, die an Maschinen arbeiten, nicht verlangt habe, erfolgte doch am 17. Januar 1852 der Lockout der Mitglieder in einer Zahl von 3500. Der Unternehmerverband versuchte nun den Arbeitern das „Dorfent“ aufzuzwingen, ein Schild mit „durch das sich der Arbeiter verpflichtet, einer Gewerkschaft nicht anzugehören, weder direkt noch indirekt zu gewerkschaftlichen Zwecken zusammenzutreffen“. Nach viermonatigem Kampf kam es zum Friedensschluß; keine der Parteien errang einen Sieg, es blieb alles ziemlich beim Alten; doch die Unternehmer konnten ihren Willen bezüglich der „Dokumente“ nicht durchsetzen.

Die nächsten Jahre zeichnen sich aus durch eine im Ganzen

Ruhige Entwicklung.

Von 1852—1864 sind fast keinerlei größere Streiks zu verzeichnen. Die gute Geschäftskonjunktur war in England für einen langen Zeitraum eine dominante. Mitgliederstand und Massen des Verbandes haben sich, wie die auch anderer Gewerkschaften, unangestiegt, und es gelang den Arbeitern, vielfach ohne großen Kampf, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzuordnen.

Die brutalen Verfolgungen der Gewerkschaften waren um jene Zeit für England so ziemlich vorüber, aber die Brüder der Radikale begannen.

In unzähligen Prozessen und Verwaltungsmaßnahmen suchte man die Wirksamkeit der Trade-Unions einzudämmen. Die diesbezüglichen reichhaltigen Mittheilungen der Geschichtsschreiber des englischen Trade-Unionismus, des Chepaars Webb, lesen sich wie ein Kapitel aus unserem lieben deutschen Vaterlande jüngerer Zeit. Daß all diese diktorialen Maßnahmen der herrschenden Klasse nichts genügt haben, zeigt die glänzende Entwicklung der englischen Gewerkschaften, vor Allem auch die des Maschinenbauer-Verbandes, mit dem wir es hier zu thun haben. Im Jahre 1864 zählte der Verband bereits 28,780 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von 1,739,000 Pf. Einen großen Vortheil errangen die Gewerkschaften in diesem Jahre, indem ihnen gestattet wurde, in Post-Sparkassen ihre Gelder in beliebiger Höhe anzulegen. Nach einer Pause von sieben Jahren tagte 1864 wieder eine Delegiertenversammlung zu Manchester. Für die im Jahre 1851/52 zur Zeit der Verschmelzung abgeplitteten wurde von dieser Versammlung eine allgemeine Union bestellt, ein sehr vernünftiger Beschluß, der dem Verbande Lautende von Mitgliedern zuführte. Der Beitrag, der nach 1852 für einige Jahre auf 1,50 Pf. erhöht worden war, blieb nunmehr 1 Pf. pro Woche; trotzdem wurden die Leistungen des Verbandes in einigen Punkten erhöht.

Von 1864 bis 1874.

Das Jahr 1874 sieht den Verband in großer Blüthe. Die Mitgliederzahl ist auf 44,000 gestiegen, das Verbandsvermögen beträgt 4 Millionen Mark. Die noch nie dagewesene Prosperität der 70er Jahre bringt der englischen Arbeitersklasse große Vortheile. Lohnsteigerungen werden überall ohne großen Widerstand durchgesetzt; die neuen und neuen Bewegungen, die Anfang der 70er Jahre mit großer Energie einsetzte, ist für die Maschinenbau-Industrie mit dem Jahre 1874 nahezu abgeschlossen. Zu größeren Kämpfen wegen des Neunstundentages fand es 1871 in Scotland und in Newcastle. John Burnett, der nachmalige Sekretär des Verbandes und jetzige Sekretär für Arbeitcrangelegenheiten im englischen Handelsministerium gründete die „Nine Hours League“, die namentlich den Kampf in den großen Zentren der Maschinen-Industrie des nordöstlichen Englands führte. Dort dauerte der Kampf vom Juni bis Oktober 1871, um mit einem vollkommenen Siege der Arbeiter zu enden. In Edinburgh, Glasgow und Liverpool wurde aber 1872 noch ein weiterer Schritt nach vorwärts gethan, indem die Arbeitszeit pro Woche nur noch 51 Stunden betrug. Die Konjunktur war in jenen Jahren eine so beispiellos gute, daß von 30,000 Mitgliedern z. B. 1872 nur 162 auf der Arbeitslosenliste sich befanden. 1874 fand eine Delegiertenversammlung in Newgate statt. Auch diesmal wurden die Leistungen des Verbandes wiederum um Einiges erhöht, ohne daß die Beiträge erhöht worden wären; jedoch wurde dem Generalrat das Recht eingeräumt, Extrabeiträge aufzuerlegen, wenn das Vermögen des Verbandes unter 60 Pf. pro Kopf beträgt.

1874 bis 1885.

Unter weit ungünstigeren Umständen wurde der Delegiertentag von 1885 abgehalten. Mit dem Jahre 1874 hatte die Krise eingesetzt; 1877/78 waren äußerst trübe Jahre; Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzungen wurden fast überall versucht, vielfach auch durchgeführt. Das Jahr 1879 begann mit ein Reunital der Mitgliedschaft auf der Arbeitslosenliste, die Zahl der Unterstützungsberichtigten schwankte im Laufe des Jahres um die 5000; das Vereinsvermögen, das Anfang des Jahres 5,033,600 Pf. betrug, schmolz bis Ende des Jahres auf 2,822,320 Pf. zusammen. Die Mitglieder hatten in diesem Jahre außer ihren sonstigen hohen Beiträgen noch 22,75 Pf. Extraeinnahmen zu zahlen. Davon wurden 7 Pf. pro Kopf für den Kampf um die Erhaltung des Neunstundentages aufgewandt. Ging auch die 51-Stundentwoche fast überall wieder verloren, so blieb doch der Neunstundentag im Allgemeinen aufrecht erhalten. 1880 beginnt die Konjunktur etwas besser zu werden, die in den schlechten Jahren vielfach heruntergedrückten Löhne steigen. In den vier Jahren, die mit 1880 enden, hat der Verband insgesamt 12 Millionen Mark an Unterstützung ausgeschüttet. Auch sind an andere Gewerkschaften große Summen gegeben worden.

Der Delegiertentag von Nottingham im Jahre 1885 beschäftigte sich vor Allem mit der Altersrente. Es stellte sich heraus, daß im Jahre 1851 nur ½ Proz. der Einkommen, im Jahre 1884 jedoch 20 Proz. auf die Altersrente verwandt worden waren. Im Durchschnitt war der einzelne Rentenempfänger 31 Jahre 11 Monate Mitglied, ehe er Altersrente begehrte, und das Durchschnittsalter betrug um diese Zeit 59 Jahre. Beschlossen wurde, den Verband einzutragen zu lassen, die Emigrations-Unterstützung wurde aus dem Statut gestrichen. Auf diesem Delegiertentag sind auch am ersten Januar und am 1. Januar Delegierte anwesend, welche dortige Zweigvereine des Verbandes vertreten; in Amerika hatte der Verband 2000, in

Australien 1500 Mitglieder. Hier auf diesem Delegiertentag ist auch John Burns als Delegierter anwesend, der nachmalige Verfechter des "New-Unionismus" und z. B. Parlamentsmitglied für Battersea.

(Schluß folgt.)

Bur Generalversammlung des D. M.-Z. Organisation und Agitation.

Wenn wir die Vorstandsvorlage A in Nr. 18 mit ihrer Begründung etwas näher ansehen und auch zwischen den Zeilen zu lesen verstehen, so muß sich uns fast die Empfindung aufdrängen, daß selbst der Vorstand auf diese Bathenstelle, die er im Auftrag der letzten Generalversammlung übernommen hat, nicht besonders stolz ist. Gegen die Eintheilung der 10 Gau läßt sich unter den gegebenen Umständen nichts einwenden, obwohl die Ausdehnung eine derartig große ist, daß die Spesen fast den Völkerveranttheil der auszuwendenden Summen verschlingen dürften. Die Kardinalfrage in dieser Angelegenheit dürfte für die nächste Generalversammlung die sein: Ob wohl auch die zu erwartenden Erfolge eine solch hohe Ausgabe rechtfertigen, und ob nicht andere Mittel und Wege schneller und sicherer ans Ziel führen?

Vor Allem sind wir der Meinung, daß mit der Besetzung dieser Posten nach und nach vorgegangen werden soll und zwar auf Wunsch der Mitglieder in den betreffenden Gauen, um ihnen nicht etwas aufzuholen, mit dem sie nicht einverstanden sind. Denn was für das doppelte Ständige Rheinland und Westfalen mit seiner hochentwickelten Metallindustrie zweckmäßig erscheint, ist nicht immer auch für die übrigen Provinzen, wo die Organisation schon weiter vorgeschritten ist, vortheilhaft. Auch dürfte die Form der Anstellung der Gauführer, wie sie die Vorstandsvorlage plant, unter den Mitgliedern einiges Bedenken hervorrufen. Wir sind doch der Meinung, daß hier die demokratischen Grundsätze gewahrt werden müssen, und die Wahl den Mitgliedern in den betreffenden Gauen überlassen werden soll, ähnlich wie dies bei den Wahlen zu den Ortsverwaltungen geschieht. Ob diese Wahl dann durch Konferenzen oder durch Urabstimmungen zu vollziehen ist, mag die Generalversammlung entscheiden, der Vorstand hätte dann immer noch das Recht, eine ihm nicht geeignete erscheinende Person (siehe Berlin) abzulehnen und eine Neuwahl anzuberaumen.

Als weitere Notwendigkeit erachten wir die Festsetzung einer zweijährigen Wahlperiode und zwar soll diese Neuwahl immer nach der jeweiligen Generalversammlung vorgenommen werden. Denn die Generalversammlung wird den Mitgliedern ein Bild entrollen von der Thätigkeit und Qualifikation der verschiedenen Personen.

Als Hauptaufgabe dieser Kandidaten (!!! Red.) führt die Vorstandsvorlage die Regelung und Betreibung der Agitation an. Die Agitation ist das Lebenselement einer jeden vorwärtsstrebenben Organisation, ohne sie gibt es keinen Kulturfortschritt, kein Erwachen aus gentiger Umnachtung. Aber wir sind doch der Meinung, daß schon bis jetzt in der Agitation ganz Vorzügliches geleistet wurde und wie allen Grund hätten, mit dem Erfolg unter den gegebenen Umständen zufrieden zu sein. Daß die Agitation in den letzten Jahren sehr intensiv vertrieben wurde, zeigen doch die Neuauflnahmen, die im Jahre 1898 gleich 52,311 und im Jahre 1899 gleich 62,132 betrugen. Diese Zahlen dürften in Zukunft auch ohne Gauführer noch bedeutend steigen, denn die Zahl der thätigen Kollegen wird von Jahr zu Jahr größer, unsere Ideen werden in immer weitere Kreise, bis in die entlegensten Winkel getragen. Dieses ist der Gang der natürlichen Entwicklung, den wir durch fünfliche Eingriffe nicht stören sollten. Die Agitation muß von den Schülern der großen Massen der organisierten Kollegen getragen werden, nur dadurch werden wir ein Fundament erhalten, das allen Stürmen zu trotzen vermag. Auch eine Entlastung der örtlichen Verwaltungen kann die neue Einrichtung nur zur Folge haben, sie haben noch dieselbe Arbeit zu bewältigen wie zuvor. Planche Ortsverwaltungen werden aber in der Anstellung eines solchen Beamten eine Prämie auf Harsheit erblicken, besonders in Bezug auf Agitation.

Wenn wir wirklich praktische Arbeit und Agitation betreiben wollen, so schenken wir doch dem jüngsten der Beiträge und dem Zusatzen unserer Zeitung mehr Aufmerksamkeit als dies bis jetzt geschehen ist. Mit dieser Thätigkeit kann noch manches Andere verbündet werden, wie Betreibung von Hausagitation und Verbreitung von Literatur über die moderne Arbeiterbewegung. Gerade hier könnte von uns jungen intelligenten Kollegen eine sogenannte Thätigkeit entfaltet werden, zur Förderung der Organisation und des Klassenbewußtseins. In manchen Filialen ist diese Einrichtung schon vorhanden, es wird ihr aber im Allgemeinen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist ja das nur ein Zeitungsträgerposten, und jeder junge Kollege gut genug dazu, so dentit die große Mehrzahl unserer Kollegen.

Unsere Organisation braucht weniger an mangelhafter Agitation, als vielmehr an ungenügenden Bindemitteln. Unsere Organisation ist zu vergleichen mit einem Sac, der unten ein Loch hat, das fast so groß ist wie die obere Öffnung. Fast alle, die wir oben hinunterwerfen, fallen unten wieder heraus. Durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung glaubten wir einen Fleck auf das Loch zu setzen, die neuesten Berichte zeigen aber fast gar keine Abnahme der Fluktuation. Wir haben somit den Fleck nicht auf das Loch, sondern neben das Loch gelegt. Mit dem Ausbau des Unterstützungsweisen sind wir auf dem halben Wege stehen geblieben, fast alle unsere jetzigen Einrichtungen sind nur für den fluktuierenden Theil unserer Mitglieder zugeschnitten, sie tragen die Signatur der Einseitigkeit. Dem älteren Arbeiter, der sich in sicherer Stellung befindet, bietet der Verband fast gar keine materiellen Vortheile. Hören wir doch einmal, was August Geiß im Jahre 1878 in Bezug auf das Unterstützungsweisen in den Gewerkschaften sagte:

"Erhöhen die Gewerkschaften ihre Leistungsfähigkeit,

werden sie ihre Organisationen entschieden beleben. Der Arbeiter muß eben fühlen, daß seine Verbindung überall hinter ihm steht, erst dann wird sie ihm als ein Stück seiner Existenz ans Herz wachsen." Geiß geht weiter, er empfiehlt sogar — erlauben Sie nicht, werthe Kollegen — die Krankenkassen als Ergänzung der gewerkschaftlichen Organisation: "Die Krankenkassen sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung, sie lassen sich leicht mit Geschick und Ausdauer zu Säulen der Gewerkschaftsbewegung heranbilden. Nicht allein das ideelle oder klasseninteresse, nein, ganz besonders die materiellen Interessen sollen die Arbeiter an die Gewerkschaft fesseln."

Zu diesen Worten Geiß' sagt Genosse Segitz (siehe Segitsbrochüre von 1897 Seite 9) wörtlich: "Ich stimme Geiß tüchtig zu. Die Gewerkschaften haben mit idealen Aufgaben sehr wenig zu thun, sie haben sehr materielle Aufgaben zu lösen. Eine Handvoll Idealisten, die nur „der Sache wegen“ den Gewerkschaften als Mitglieder angehören, die Beiträge leisten, ohne jemals in die Lage zu kommen, Unterstützung in Anspruch zu nehmen, können keine Gewerkschaft erhalten."

Wir sehen, wie befinden uns hier in ganz guter Gesellschaft, Geiß 1878 und Segitz 1897 sagen, die Gewerkschaft muß dem Arbeiter als ein Stück seiner Existenz ans Herz wachsen. Das heißt doch nicht anderes als: das Unterstützungsweisen muß in der denkbar formvollendeten Weise ausgebaut werden. Erst dann wird die Gewerkschaft dem Arbeiter als ein Stück seiner Existenz erscheinen.

In unserem Verband käme in erster Linie die Einführung einer Krankenunterstützung in Betracht, die schon heute bei guter Beitragssleistung ganz gut durchgeführt werden könnte, ohne die anderen Aufgaben des Verbandes zu vernachlässigen. Sollte die Statistik des deutschen Buchbinderverbandes über die Mitgliedsdauer auch für unsern Verband zutreffen, so hätten wir in den verschiedenen Jahresfristungen bei einer Unterstützungsduer von der zweiten bis zur dreizehnten Krankheits-Woche, für die unten folgende Zahl von Krankheitstagen zu unterstützen. (Siehe Tabelle.) Nehmen wir den Verband zu 100,000 Mitgliedern, und nach Angaben des Reichsversicherungs-amtes 6,5 Krankheitstage pro unterstützungsberechtigtes Mitglied im Durchschnitt jährlich an, so ergibt sich folgendes Bild:

Mitgliedschaft	Unterstützungsberechtigte	Krankheitstage pro Mitglied	Krankheitstage im Ganzen
Über 32 Proz. = 32,000	6,5 =	208,000	
2 Jahre 32 Proz. = 14,000	6,5 =	91,000	
3 " 6,000	6,5 =	39,000	
5 " 2,000	6,5 =	13,000	

Wir sehen an diesen Zahlen, welche ungemeine Wirkung die Kartenzeit auf das ganze Unterstützungsweisen ausübt, sie dient hier geradezu als Regulator, die Ausgaben können dadurch hoch und niedrig geschraubt werden. Eine lange Kartenzeit ist ja nichts Extravagantes, in diesem Falle aber ist sie ein nothwendiges Nebel, um die Kassenräuber vom Hals zu halten. Denn uns muß ein jeder Metallarbeiter als Kandidat an unserer Seite willkommen sein, ob gesund oder krank, eine ärztliche Untersuchung kann es bei uns nicht geben. Aus diesem Grunde ist hier eine längere Kartenzeit gar nicht am Platze.

Von den Krankheitstagen in obiger Tabelle würde nun aber noch eine erkleckliche Summe in Wegfall kommen. Denn der erste Kollege würde die Reiseunterstützung, der zweite die Crisunterstützung und der dritte die Krankenunterstützung, oder alle drei nacheinander bis zu der ihnen zukommenden Gesamtsumme in Anspruch nehmen. Die Ausgaben für Reiseunterstützung und Crisunterstützung würden also durch die Einführung der Krankenunterstützung in unserem Verband bedeutend reduziert, denn wer mit Krankenunterstützung ausgesteuert wäre, könnte nicht im gleichen Jahre noch andere Unterstützung erheben. Die Ausgaben würden also lange nicht so schlimm sein, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mögen, und die Vertheilung von Licht und Schatten in unserem Verband wäre eine ungleich bessere, als dies bis jetzt der Fall war.

Gelingt uns die Durchführung der Krankenunterstützung, dann werden wir auch die älteren Metallarbeiter, die Familienväter gewinnen, was bis jetzt noch sehr wenig der Fall war. Haben wir einmal die Väter, dann gehören uns auch ihre Jungen. Und den väterlichen Einfluß, den der Vater auf seine Kinder ausübt, übt er auch in der Werkstatt auf seine jüngeren Arbeitskollegen aus; was das für eine Organisation bedeutet, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Freilich kann die Krankenunterstützung nicht so sehr als Kampfmittel betrachtet werden, als dies bei der Crisunterstützung der Fall ist, denn der Kranke kann die Fabrikthore nicht belagern, wohl aber der Arbeitslose. Die Kranken-Unterstützung ist aber nothwendig, um das Gleichtgewicht im Unterstützungsweisen besser herzustellen, um Licht und Schatten besser und gerechter zu verteilen zwischen den fluktuierenden Mitgliedern und denen, die in einem stabilen Arbeitsverhältnis stehen.

Um in die Offensive zu treten, bedürfen wir der Mitwirkung aller Metallarbeiter, auch der älteren und alten, denn nicht immer sind es die gefüllten Kassen, die zum Erfolg führen. Geld ist ein sehr fünftliches Kampfmittel und die dadurch erzielten Erfolge sind nur eingeschränkt, die bei der ersten besten Gelegenheit wieder illusorisch gemacht werden. Das ist aber nicht der Fall, wenn eine große organisierte Masse dem Unternehmer gegenübersteht, an dieser festgezogenen Mauer wird auch der härteste Schädel des Unternehmers zerstochen. Diese Macht kann aber nur erreicht werden durch praktische Einrichtungen, die die Mitglieder an den Verband zu fesseln geeignet sind. Selbstverständlich muß den Mitgliedern immer und immer wieder gesagt werden, daß das Unterstützungsweisen nur ein Mittel zum Zweck ist, um unser großes Ziel zu erreichen.

Auch für die Einigungsbemühungen dürfte die Einführung der Krankenunterstützung in unserem Verband einen großen Schritt nach vorwärts bedeuten. Die Mitglieder der noch vorhandenen Sonder-Organisationen

würden sehr bald erkennen lernen, daß sie im Metallarbeiterverband besser auf ihre Rechnung kommen, als dies bei ihrer Seltzerrei der Fall ist. Der Arbeiter ist eben Materialist, erforgot zuerst für das Nachstiegende, aus dem einfachen Grund, weil er auf Schutz und Rettung vom Roth und Elend verfolgt wird.

Aus diesem Grunde halten wir den Ausbau des Unterstützungsweisen für den besten Gauführer, dadurch werden wir am schnellsten und sichersten uns Ziel gelangen. Wenn auch bei der nächsten Generalversammlung unsere Wünsche nicht alle in Erfüllung gehen, deshalb liegt noch lange kein Grund vor, den Kopf zu hängen, denn nach dieser kommt wieder eine andere. Lassen wir kein Mittel unversucht, unsere Gewerkschaft auch in schlechter Zeit vorwärts zu bringen. Denn die Metallarbeiter gewinnen, heißt die ganze Welt gewinnen. Gehören einmal die Metallarbeiter uns, dann gehört uns die ganze Welt.

S. in Augsburg.

Die Verwaltungsstelle Düsseldorf beschäftigte sich auf Antrag eines Kollegen noch einmal in längerer Debatte mit dem zur Generalversammlung gestellten Antrag, wonach befürwortete Beamte des Verbandes als Delegierte zur Generalversammlung nicht wählbar sein sollen. Von den Befürwortern des Antrages wurde etwa folgendes angeführt:

Bei der immer größer werdenden Anzahl der besetzten Verbandsbeamten müsse dieser Frage unbedingt näher geirten werden, da diese Kollegen fast ausnahmslos als Delegierte gewählt werden. Das Verhältnis der Beamten zum Verband sei das des Arbeiters zum Arbeitgeber geworden; sie seien zwar noch Mitglieder, aber die Mitgliedschaft sei nicht mehr in den tatsächlichen Verhältnissen begründet, sie sei mehr eine ideelle. Es sei gar nicht einmal absolut nothwendig, daß der Beamte noch Mitglied des Verbandes ist. Die Vortheile, die der Verband bietet, seien für die Beamten zum größten Theil wertlos.

Zu dem Interesse des Mitgliedes trete das Interesse des Beamten und diese Interessen sind nicht in allen Fällen die gleichen. Die Beamten seien heute schon organisiert, es existiere wenigstens eine Organisation, der sie beitreten könnten, und wir müssen ihnen dieses Recht auch unbedingt zugestehen. Auch der Gewerkschaftsbeamte ist berechtigt, sich zwecks Verbesserung seiner Lebenslage zu organisieren, denn daß die Bezahlungsverhältnisse der betr. Genossen immer zufriedenstellende sind, kann nicht behauptet werden und daß die Gewerkschaftsmitglieder diesen Verhältnissen immer das richtige Verhältnis entgegenbringen, ebenfalls nicht.

Hier liegen also Konflikte, Differenzen, sehr wohl im Bereich der Möglichkeit. Und nun sollen die Beamten auf der Generalversammlung über derartige Dinge, die ihr persönliches Interesse in Frage ziehen, mitbestimmen; das sei jedenfalls nicht richtig. Außerdem treten besetzte Beamte, Geschäftsführer u. i. w. zum Vorhanden in ein Verhältnis, das man nicht immer als unabhängig bezeichnen kann, zumal jenseit der Vorstand das Bestätigungsrecht hat. Auch werden in vielen Fällen Beamte und örtliche Geschäftsführer unter finanzieller Beihilfe des Vorstandes angestellt. Wir müssen aber von den Delegierten zur Generalversammlung verlangen, daß sie dem Vorstande vollkommen unabhängig gegenüberstehen, da sie über die Thätigkeit desselben, über seine Anstellung u. i. w. ihre Gutachten abgeben resp. ihre Ansicht befinden sollen. Wir müßten Allem vorbeugen, was geeignet ist, oder nur die Möglichkeit bietet, der Liebedienetei oder Korruption Vorhab zu leisten.

Es kommt noch ein Moment hinzu, daß bei dieser Gelegenheit erörtert werden muß. Die diesjährige Generalversammlung wird wahrscheinlich dazu übergehen, die Wählerziffer von 500 auf 700 oder 1000 hinauf zu ziehen. Der Aussatz an Delegierten, der hierdurch entsteht, tritt fast ausschließlich solche Kollegen, die noch im Beruf, d. h. als Metallarbeiter beschäftigt sind. Wir müßten uns also freuen, auf eine Generalversammlung gesetzt machen, die in ihrer Mehrheit aus Gewerkschaftsbeamten und aus solchen Kollegen besteht, die auch nicht mehr im Beruf wirken, sondern als kleinere Geschäftslute, Krankenkassenbeamte u. i. w. thätig sind. Ohne nun diesen Mitgliedern irgendwie näher treten zu wollen, so müssen wir doch die Forderung aussetzen, daß die Mehrheit der Generalversammlung aus Metallarbeitern, und zwar aus solchen, die noch im Beruf thätig sind, zu bestehen hat, durch diese wird die Meinung der Mitglieder, unserem demokratischen Prinzip gemäß, am klarsten zum Ausdruck gebracht.

Von den Gegnern des Antrages wurde ausgeführt, daß wir keine Mitglieder zweiter Klasse schaffen könnten; die Kollegen seien ja nicht verpflichtet, Verbandsbeamte zu wählen. Auf der vorigen Generalversammlung sei man mit dem Verhalten des Kollegen Rohrlack bereits der Urabstimmung nicht einverstanden gewesen und nun habe man ihn doch wieder gewählt. (Vekteres ist allerdings eher eine Begründung des Antrages. D. E.). Ein Kollege empfahl, die befürdeten Bezirksleiter u. s. w. mit berathender Stimme zugulassen.

Iedenfalls wird vorstehendes dazu beitragen, daß diese Frage von den Kollegen andernwärts und auch auf der Generalversammlung diskutirt wird.

Bant-Wilhelmshaven. In der Mitglieder-Versammlung vom 10. April stand die Beratung des Antrages zur Generalversammlung auf der Tagesordnung. Die Berechtigung des Antrages Bant-Wilhelmshaven vert. namentlicher Abstimmung wurde voll und ganz anerkannt. — Der vorjährige Maiheimer-Erlaß des Hauptvorstandes wurde abfällig kritisiert und zur Vorbeugung die präzise Fassung unserer Stellung auf der Generalversammlung herbeizuführen als wünschenswert bezeichnet. — Den Ausbau des Verbandsorgans zu fördern und die diesbezüglichen Anträge zu unterstützen, wurde ebenfalls als nothwendig anerkannt. Zu der geplanten Bezirksvereinigung machte sich die Ansicht geltend, daß die projektierten Bezirke zu groß seien und die Kosten im Verhältnis zum Nutzen zu hoch. Die Ernennung dieser Bezirksführer, die

zugleich den Ausdruck bilden sollen, durch den Vorstand, ist eine Summierung forderungsgleich. Der Widerspruch ist so groß, die Richtung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder so rücksichtslos ausgesprochen, daß wir uns entschieden gegen dergleichen Bürokratie verteidigen müssen. Statt dessen ist zu empfehlen: Die jetzigen Agitationsbezirke besser auszubauen, den einzelnen Verwaltungen mehr freien Spielraum zu gewähren und den Prozentsatz für lokale Ausgaben zu erhöhen. Die hierdurch ermöglichte Agitation wäre viel gründlicher und billiger als die geplanten Bezirke versprechen. — Die Regelung der Reiseunterstützung nach dem Vorschlag des Vorstandes wurde gebilligt. — Der Antrag Düsseldorf betr. Gewerkschaftskongress fand allgemeinen Anklang. Durch die beliebte Unfähigkeit der Generalversammlung in dieser Sache wird den Branchenorganisationen Vorwurf geleistet, was die Gewerkschaftsbewegung nur lähmmt und unsere Organisation empfindlich schadet. Wir erwarten deshalb, daß die Generalversammlung gegen diesen Zustand energisch protestiert und Abhilfe schafft. — Zum Ausbau des Unterstützungsweises wurde empfohlen, vorläufig einen Stillstand einzutreten zu lassen und die Wirkung der Arbeitslosenunterstützung erst abzuwarten. Denn plötzlich ist die Sucht eingezogen, den Verband mit allen Mitteln von Unterstützungsstätten zu beglücken, die alle als brandenburg bezeichnet werden; die gute „...“ ist nicht zu verleugnen, die folgen aber wohl zu überlegen. — Nachdem noch über das Pensionsstatut und die Resolution betr. die sozialpolitischen Aufgaben diskutiert wurde, hatte jeder einen Überblick über die Arbeiten der Generalversammlung erhalten. — Die Diskussion zeigte, daß das kleine Häuslein Organisator am heutigen Platze trotz wirtschaftlicher Mängel und Unmöglichkeit an altem Standort nichts eingebüßt hat, daß die Kollegen von einer Kompromiß- und Eiertanzpolitik nichts wissen wollen, Stärke und Bestimmtheit in allen Angelegenheiten verlangen und den demokratischen Geist respektieren müssen, damit ein weiteres gedeihliches Wachstum des Verbandes gesichert ist.

* * *

Zur Frage der Gauintheilung.

In Nr. 13 der Metallarbeiter-Zeitung kommt der Vorstand einem Auftrage der vierten ordentlichen Generalversammlung in Halle nach und veröffentlicht einen Entwurf betreffend die Gauintheilung. Wenn man den Entwurf objektiv prüft, so wird man zu einer Reihe von Einwendungen gelangen. Gegen die vom Vorstand getroffene Eintheilung der Gaue selbst kann sich aus Mangel an Erfahrung in unserer Organisation wenig sagen. Ein Theil unserer Kollegen steht allerdings auf dem Standpunkt, daß es zur Verbesserung intensiver Agitation besser wäre, wenn die Gaue bedeutend kleiner würden. Doch dies nur nebenbei.

Andererseits steht es mit der der Gauintheilung beigegebenen Regelung aus. Recht verfehlt erscheint die Art, wie der Vorstand sich die Leitung der Gau denkt. Hier ist die Frage aufzufordern, ob es zweckmäßig ist, die Leitung des Gau es in die Hand eines einzelnen beförderten Beamten zu legen. Wenn der Vorstand auch sagt, daß der Bezirk III, in dem schon seit beinahe vier Jahren ein befördelter Bezirksleiter ange stellt ist, für die Woge der Bezirke nicht maßgebend sein kann, so scheint es doch die Organisation der Leitung in diesem Bezirk für vorbildlich zu halten. Die Voraussetzung des Vorstandes trifft aber nicht zu. Denn obwohl bezüglich der Zugehörigkeit des in Frage kommenden Kollegen wohl kaum ein Zweifel erheben werden dürfte, so hat es sich doch gezeigt, daß in einer Reihe von Bezirken, wo Agitationskommissionen bestehen, verhältnismäßig mehr für die Agitation geleistet werden. Der Grund liegt darin, daß in diesen Bezirken eine größere Anzahl von Personen aktivisch thätig waren und nicht alle Arbeit auf den Schultern eines Einzelnen lastete. Denkt nur wenn der Gauleiter auf die Tätigkeit aller hierfür in Frage kommenden Kollegen rechnen kann, werden die Erwartungen, die man an die neue Einrichtung in der Organisation hält, erfüllt werden.

Der Erfolg bleibt aber aus, wenn der Gauleiter nicht durch Wahl aus der Mitte der Mitglieder hervorgeht, sondern vom Vorstand ernannt wird und nur diesem verantwortlich ist. Die jetzige Zentralisation, die hierdurch noch mehr als bisher durchgeführt wird, liegt durchaus nicht im Interesse der Mitglieder und kann auch dem Verband nicht zum Vortheil gereichen. Verschiedene Vorstände in letzter Zeit haben gezeigt, daß man seitens der Verbandsleitung nur abzusehn gesezt ist, vom grünen Löffel aus zu urtheilen, und daß man die Zulassung mit den in der Verfassung thätigen Kollegen vollständig verloren hat. Nur hieraus liegt noch so manches Urtheil, das unter den Kollegen unzufriedenes Unsehen hervorgerufen hat, zusammen.

Weiter kommt hinzu, daß mit dem Vorstand des Verbandes es immer schwerer wird, diese von einer Stelle aus zu dirigieren. In vielen Fällen wird es nur einer genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse möglich sein, ein richtiges Urtheil zu füllen. Hier können die Schleierungen durchaus hinderlich werden. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Gauverwaltung aus mehreren Personen, vielleicht aus sechs, bestehen. Der Einwand, daß der ganze Apparat dadurch zu schwierig würde, ist verfehlt. Für Holzarbeiter-Bernd, wo die Gauleitung aus sechs Personen besteht, hat ja, wie aus dem Berichtsauftrag in Rüdersberg hervorgeht, die Einrichtung durchaus bewährt.

Weiter haben alljährlich jenezeitige Gauage, auf denen möglichst alle zum Gau gehörigen Zahlstellen durch Delegierte vertreten sind, stattgefunden. Bei diesen Gaulagen sollen außer dem Bericht des Gauvorstandes vor allem auch die in der Agitation und bei Lokalvereinen gebildeten Geschäftsräume diskutiert werden. Und zwar ist dies schon deshalb notwendig, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß die Agitationsteile doch nur einen jetzt geringen Wert haben, daß es vielmehr die Täglichkeit der an den einzelnen Orten beschäftigten Kollegen ist, die die Förderung und Führung der Organisation das meiste

beiträgt. Solche Kollegen herauszuziehen und herauszubilden, wird eine Hauptaufgabe des Gauvorstandes sein. Die Gauage könnte dann für diese Kollegen eine gute Schule werden. Auch wird zweifellos die Arbeitsfreudigkeit der Kollegen bedeutend gehoben, wenn sie das Bewußtsein haben, nicht nur mitthören, sondern auch mitzutragen zu dürfen.

Zu den Funktionen des Gauages muß die Wahl des ersten Vorsitzenden der Gauleitung gehören, während die Wahl der fünf Beisitzer in der Zahlstelle, die als Vorort des Gau es bestimmt ist, stattfindet. Dadurch, daß die Wahl des Vorsitzenden auf den Gauagten erfolgt, wird vor Allem verhindert, daß Kollegen, die wohl dem Verbandsvorstand genehm, den übrigen Kollegen aber unheimlich sind, zu Bezirksleitern bestimmt werden, was durch von vornherein das Zusammenarbeiten in der Agitation u. s. w. er schwert wird. Auch die Amts dauer der Gauvorhenden darf ein Jahr nicht übersteigen. Sie haben sich alle Jahre zur Neuwahl zu stellen. Die Befürchtung, daß ein allzu häufiger Wechsel der Gauleiter eintreten würde und infolgedessen Kollegen, die sich erst in die besonderen Verhältnisse des Gau es einarbeiten müssten, an deren Stelle treten würden, erscheint durchaus grundlos. Denn wenn der Kollege, der dieses Amt inne hat, seine Pflicht zur Zufriedenheit der übrigen Kollegen erfüllt, so ist seine Wiederwahl ohne Weiteres gesichert. Andererseits wird aber auch vermieden, daß, wie dies schon passiert ist, den Kollegen, die Kritik an der Tätigkeit des Bezirksleiters üben, erklärt wird: „Über meine Herren, was geht Sie denn das an, ich bin doch nicht von Ihnen angestellt, sondern vom Verbandsvorstand.“ Dach derartige Zustände zur Förderung des Verbandes beitragen, wird man wohl nicht behaupten können. Dies alles wird vermieden, wenn die Wahlen, wie vorgeschlagen, alle Jahr stattfinden.

Was nun die Tätigkeit der Beisitzer betrifft, so sollen sie natürlich vor Allem den Vorstand in der Agitation unterstützen, dann hätten sie aber auch eine Reihe von Arbeiten, wie die Führung der Passagierschäfte u. s. w. zu übernehmen. Dadurch würde der Bezirksleiter bedeutend entlastet, er könnte nun viel mehr als es sonst der Fall ist, der Agitation und anderen an ihm herantretenden Aufgaben widmen.

Bezüglich der Regelung der Belegschaften kann man fragen, ob auch hier die Gauverwaltung des Verbandsvorstandes am Platze ist. Indessen ist zu hoffen, daß diese Frage von der Generalversammlung in abweichender Weise gelöst wird.

Dann werden vom Vorstand zeitweise Konferenzen der Gauleiter, eines Vertreters der Zahlstelle Berlin und von drei Vertretern des Verbandsvorstandes vorgezogen. Gegen diese Konferenzen an und für sich läßt sich nichts einwenden; der Austausch der gewonnenen Erfahrungen kann nur von Vortheil für die Organisation sein. So weit aber darf wohl nicht gegangen werden, daß diese Zusammenkünften so bedeutende Rechte, wie es seitens des Vorstandes geübt, zugestanden werden. So donktbar, wie man dem Vorstand für das Eingeständnis, daß er der Ergänzung bedürfe, auch sein möge, so könnte er sich doch an dem heute schon bestehenden Ausdruck genügen lassen. Es ist ja natürlich, daß einer solchen „Rege rung“, bestehend aus Beamten, die von dem Verbandsvorstand ernannt sind, ein gewisses Misstrauen entgegengebracht würde.

Von der Erledigung aller dieser Fragen wird auch die Stellung der Mitglieder zu der „Alters- und Invaliditätsvorlage“ abhängig sein. Es ist eben nun einmal die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß wenn die Frage der Gauintheilung im Sinne des Vorstandes geregelt wird, eine gewisse Beamtenhierarchie geschaffen und den Mitgliedern fürt jedes Mitbestimmungsrecht in diesen Fragen entzogen würde. Nur wenn das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder in allen Fragen gewahrt bleibt, ist ein gedeihlicher Ausbau der Organisation möglich.

Berlin.

Adolf Buschid.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Erhebung von Extrabeiträgen machen wir darauf aufmerksam, daß Extrabeiträge nach § 4 Abs. 3 des Statuts nur mit Genehmigung des Vorstandes erhoben werden dürfen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß die Ortsverwaltungen, die Extrabeiträge erheben wollen, darüber eine Abstimmung der Mitglieder herbeiführen. Zu diesem Zwecke ist, sofern eine Urabstimmung der Mitglieder hierzu nicht beliebt wird, mindestens eine Versammlung unter Bekanntgabe gerade dieses Punktes der Tagesordnung einzuberufen. Das Resultat der Abstimmung, sowie die momentane Stärke der Verwaltungsstelle ist dem Antrag auf Genehmigung der Erhebung einer Extraabgabe beizufügen und auch der Zweck der Extraabgabe anzugeben.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltung in Berlin:

der Reichenauer Moritz Spahn, geb. zu Fürstenwalde am 24. Februar 1856, B.-Nr. 210091, wegen unlösbaren Verhaltens.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Dresden:

der Dreher Moritz Lempke, geb. zu Riedbergkisch am 19. Juli 1853, B.-Nr. 404525, wegen Untreue.

* * *

Wegen sie bezeichnender Anträge auf Ausschluß wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begriechenden Verwaltungen mit dem Betreuten gegeben, daß sie jenseits sie auf decimalige Bekanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Dem Eisenbahnchef Heinrich Müller, geb. zu St. Ludwig am 14. Dezember 1874, Buch-Nr. 391503, daß er der Verwaltungsstelle in Gebrecher Verbandsgelder im Betrage von 65,70 M. veruntreut hat;

dem Feuerhauer Karl Jig, geboren zu Ehingen am 1. Januar 1872, Buch-Nr. 33387, nach dem von der Verwaltungsstelle Kirchheim i. S. gestellten Antrag, daß er einen Kollegen durch Demunition beim Meister arbeitslos gemacht hat;

dem Forster Josef Schuhmann, geb. am 3. August 1879 in Neidenfels bei Lambrecht, B.-Nr. 409960, nach dem von der Verwaltungsstelle Lambrecht gestellten Antrag, daß er ungeachtet der Zugangsverfügung in einen geperchten Vertrieb in Arbeit getreten ist, und nach dem Antrag der Verwaltungsstelle in Ehingen, daß er sich unregelmäßigekeiten in der Verwaltung hat zu Schulden kommen lassen. Dem Dreher Reinhold Nawrath, geb. am 18. Juni 1881 zu Breslau, B.-Nr. 334820, nach dem Antrag der Verwaltung Breslau, daß er 20 M. für verkaufte Beitragsmarken veruntreut hat.

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Friedensstraße 130!, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu benennen, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formen.

Schlesien. Zugang von Formern nach der Maschinenbau-Gesellschaft wegen Maßregelung fernhalten!

Bayreuth. Am 11. April wurden hier vier Formen der Firma Henzel wegen Falschmünzeri verhaftet, wovon einer im Laufe des Tages wieder entlassen wurde. Die Betroffenen sind bei den hierigen Kollegen als „Vaterlandsstürzende Geißler“, als Streitbrecher bekannt. Dann wird Herr Henzel (gewisse Rathgeber auch) zu der Einrichtung kommen, daß ehrliche Leute ihren Kollegen nicht in den Rücken fallen, wenn dieselben für Erhaltung ihrer schon jetzt traurigen Lebenslage in einen Streit eintreten? Weiß man noch nicht, daß die Streitbrecher sich fast ausschließlich aus dem Abschaum der Menschheit rekrutieren? Wenn man bedenkt, daß Formen, die vor dem Streik einen Durchschnittsverdienst von 22—23 M. pro Woche zu verzeichnen hatten, jetzt nur noch einen solchen von 14—15 M. haben, so trifft auch den Unternehmer die Schuld. Bei derartigen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn sich die Leute selbst Geld machen, um ihr Leben fristen zu können. Oder nicht, Herr Henzel?

Essen. Unter den Essener Formern herrscht augenblicklich eine lebhafte Bewegung. Von den in Essen befindlichen fünf Geißlern sind drei geperkt und wird vor Zugang gewarnt. Es sind das die Geißler von Stolle, Wolf, wo seit dem 10. April die Formen wegen Lohnreduktion im Streik stehen und die Firma Stern in Altenessen, wo vier Kollegen gemäßregelt sind. Bei Wolf liegt Folgendes zu Grunde. Schon seit Jahren stehen die Formen in Unterhandlungen um Abstellung der bestehenden Missstände und um eine menschenwürdigere Behandlung seitens des Ingenieurs Hettweiss und des Meisters Straßburger. Da nun die Firma noch eine Lohnreduktion von 15 bis 50 Prozent vornahm, reichten die Formen einmütig ihre Kündigung ein, um so die Firma zu zwingen, für bessere Zustände zu sorgen und die Lohnreduktion zurückzunehmen. Bei Ablauf der Kündigungsfrist verfuhr der Vertrauensmann der Formen und ein Kollege von uns, nochmals mit Herrn Wolf in Verhandlungen zu treten. Hiebei war es Herr Hettweiss, der sich als Vertreter des Herrn Wolf berufen fühlte, die Vorstellungen mit einigen dummen Redensarten abzuweisen; trotzdem gelang es, mit Herrn Wolf in Verhandlung zu treten. Er gab der Meinung Ausdruck, daß man die Angelegenheit in seinem Werk nicht hätte im „Werks“ kritisieren sollen, sondern zunächst ihm hätte Mittheilung machen müssen. Das ist nun nicht nur einmal, sondern duzende Male geschehen, wobei den Vertretern der Kollegen das Betreten der Büros wiederholt verboten wurde. Wolf lud die Vorstellungen zu einer Besichtigung seines Werkes ein. Direkt am Eingang der Geißelrei zeigte sich Herr Wolf als gutgeschulter Goliath, indem er den daselbst liegenden Schrott- und Dreckhaufen spielerisch überwand, was den Nachfolgenden erst mit einiger Mühe gelang. Ueberhaupt scheint es hier Nöte zu sein, die gebrauchten Gegenstände einfach dort liegen zu lassen, wo sie eben hinfallen. Ganze Fensterreihen sind selbst mit dem Fernstecker schwer zu finden. Als man Herrn Wolf auf dieses und vieles Andere aufmerksam machte, mußte er selber zugeben, daß er über Vieles von seinen Meistern nicht die volle Wahrheit erfahren. Eine Lohnreduktion hätte er vornehmen müssen, des schlechten Geschäftsganges und der Konkurrenz halber; aber nicht bis zu 50 Prozent; wenn dieses gleichzeitig sei, so habe er keine Schuld. Zum Schlus bemeckerte er, daß er nur einige von den Gefündigten behalten könne. Als die Kommission nun Nachmittags nochmals vorstellig wurde, wurde ihnen der Bescheid zu Theil, daß eine Lohnreduzierung von mindestens 10 Prozent vorgenommen werde und daß von den Gefündigten nur vier Mann bleiben können, deren Auswahl er sich aber vorbehält. Damit war natürlich jede weitere Grundlage zu Verhandlungen geschwunden und die Gesamtarbeitsinspektion unvermeidlich. Eine am Dienstag Abend stattgefunden, stark besuchte, öffentliche Formerversammlung erklärte sich dann auch mit dem Vor gehen einverstanden und gelobte die Streitenden moralisch und finanziell zu unterstützen. An dieser Angelegenheit sind 15 Kollegen beteiligt, davon sind 14 im Zentralverein der Formen und einer im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert. Bei der Firma Stern in Altenessen liegen die Verhältnisse folgendermaßen. Ein in Berlin gemäßregelter Formen kam in Essen bei der Firma Krupp in Stellung, wurde aber nach Verlauf von 6—8 Wochen wegen einer Verluste Angelegenheit wiederum auf Strafanklage

geworfen. Er trat bei Stern in Arbeit, wurde dort aber bald wieder gefündigt. Es arbeiteten dortselbst 13 Kollegen, wovon 10 dem Central-Verband, 2 dem Hirsch-Danckerschen Gewerbeverein und oben besagter Kollege dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörten. Diese machten nun die Sache des Gefündigten zur der ihren, wurden für denselben vorstellig und ließen es durch, daß die Kündigung zurückgenommen wurde. Natürlich war das nur von kurzer Dauer. Den Kollegen wurde nach und nach sechzehn Mal gefündigt und jedes Mal wurde die Kündigung zurückgenommen. Man schätzte zuletzt Arbeitsmangel vor, fündigte vier Modellschreinern und sieben Formern, darunter natürlich den Mitgliedigen. Nach Aussagen von Leuten, die es wissen müssen, ist Arbeit in Hülle und Fülle da. Diesmal half alles Vorstelligwerden nichts, und bleibt die Kündigung aufrecht erhalten. Die Zeit läuft am 25. April ab und hat man die einzige Buzage bekommen, die Leute im Gebrauchsfalle einzustellen. Von einer Arbeitsstellung wurde hier selbst abgesehen, um zu vermeiden, daß durch das Einstellen der Arbeit die Schlosser und Dreher nicht in Mitteilenschaft gezogen würden. Wir erfüllen nun alle Formen, auch von dieser Bude den Zugang fernzuhalten.

Klempler.

Hildesheim. In der Maschinenfabrik von Gd. Ahlborn werden jetzt Klempler bei hohem Lohn geführt. Wir möchten deshalb die Kollegen warnen, auf event. Öfferten einzugehen und nach hier zu kommen. Es ist hier ein großer Posten Milchkästen bestellt und, trotzdem der Klemplermaster vor einiger Zeit selbst zugab, daß am Aktionspreis nichts mehr abgezogen werden könnte, ist er doch wieder um circa 10 Proz. herabgesetzt worden. Die Uneinigkeit der Kollegen verhindert es, dagegen Front zu machen. Die hiesigen Kollegen fordern wir auf, sich der Organisation anzuschließen, damit sie nicht machtlos dem Unternehmer gegenüber stehen und solche Aktionsreduktionen zurückweisen können.

Mechaniker.

Hamburg. Eine neue "Vereinigung der Mechaniker- und Optiker-Gehilfen" soll ins Leben gerufen werden, wie in Dresden vor einiger Zeit von dem Verein für Mechaniker und Optiker beschlossen wurde. Die Kollegen, die im D. M.-B. organisiert sind, müssen gegen diese neue Gründung energisch Front machen, sind diese Sonderbestrebungen doch nur geeignet, unsere Kräfte zu zerstreuen und das von uns Erstreite in endlose Ferne zu rücken. In Jena, ausdrücklich des Mechanikertags der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik im Jahre 1899, erachteten die Gehilfenvertreter es für angebracht, in einer Konferenz die Frage anzuschneiden, welche die beste Form der Organisation sei, ob ein zu gründender Mechaniker-Verband oder der Anschluß an den Metallarbeiter-Verband. Es wurde auch Klärheit in dieser Frage geschaffen und zwar entschloß man sich, das Letztere zu thun. Den Vertretern wurden Bezirke zugethieilt, in denen sie für die Gründung von Sektionen Sorge tragen sollen. Dieser Beschuß ist auch den Kollegen in Dresden und Umgegend bekannt, da ein Vertreter von dort anwesend war und, soweit wir unterrichtet sind, waren alle anwesenden Delegierten mit diesem Beschuß einverstanden. Es drängt sich uns die Frage auf, was veranlaßt die Kollegen, nachdem diese Beschlüsse gefaßt worden sind, einen Verband zu gründen? Ist es den Kollegen in Sachsen nicht bekannt, daß ein D. M.-B. besteht und daß jetzt schon der Schwerpunkt der Organisation der Mechaniker im D. M.-B. liegt? Glauben sie Kollegen, daß die im D. M.-B. Organisierten dem kommenden Mechaniker-Verband zu Liebe ihrer alten Organisation Balz sagen werden? Anstatt gemeinsam zu marbeiten und das Erreichte durch eine starke Organisation auszunützen, wird ein fortwährendes Bekämpfen der Kollegen untereinander herbeigeführt werden, zur großen Freude der Arbeitgeber und zum Schaden der Gehilfen. Wir ersuchen die Kollegen, da, wo Sektionen bestehen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, um auf das Entschiedenste gegen diese Gründung zu protestieren. Wollen die Kollegen sich organisieren und das was sie in dem Programm aufgestellt haben, durchführen, so glaube ich, gibt es wohl keine bessere und sichere Organisation die so die Rechte der Mitglieder wahren kann, als wie der D. M.-B. Im weiteren machen wir die Kollegen aufmerksam auf den diesjährigen Mechanikertag der deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik, der auf Antrag der Gehilfenvertreter in Stuttgart 1900 beschlossen hat, Gehilfenfragen auf die Tagesordnung zu setzen. Den Werth dieses wird wohl kein Kollege unterschätzen. Es ist jetzt an der Zeit, zu dieser Frage ebenfalls Stellung zu nehmen. Der Aufruf durch das Rundschreiben von Jena ist Folge zu leisten, damit wir durch eine große Anzahl Delegierte vertreten sind, um unsere Wünsche zur Geltung zu bringen. Im Weiteren wird es sich dann auch durch eine Konferenz ermöglichen lassen, das, was in Jena 1899 beschlossen wurde, event. in Erinnerung zu bringen, um eine vollständige Einigung in einer starken Organisation herbeizuführen.

Metall-Arbeiter.

Ashersleben. Die am 13. April stattgehabte Mitgliederversammlung war schwach besucht. Jedoch bot die durch die Tagesordnung hervorgerufene Diskussion recht viel Interessantes. Hierbei wurde das Vorgehen der Aktionsgesellschaft vorwurfsweise kritisiert u. klug bezüglich Lohnkürzung von 15 Prozent bei den Formern dahingehend erörtert, daß es nicht recht ehrlich erscheint, daß, wenn wegen ungünstiger Konjunktur Abzüge am Lohn gemacht werden, dabei aber die volle Arbeitszeit eingehalten wird. Die Direktion motivierte die Herabsetzung der Löhne damit, daß wenn diese nicht erfolge, eine Anzahl Formen und Arbeiter entlassen werden müßten; eine sonderbare Logik für den Nachweis ungünstiger Konjunktur. Im Weiteren wurden die Arbeitsverhältnisse und die damit verbundenen Wohnungsverhältnisse der Asherslebener Maschinenbauanstalt der Kritik unterzogen. Dortselbst werden Arbeiter aus den wichtigsten Gründen entlassen. In dem Formerebetriebe müssen die Arbeiter tagelang umherstreifen ohne Beschäftigung. Hiervon werden Arbeiter betroffen, die noch vor einem halben Jahre durch vielseitige Anzeigen in auswärtigen Zeitungen nach hier gelockt worden sind. Um nun nicht mit Massenentlassungen vorzugehen, weiß die Direktion andere Mittel anzuwenden, um denselben Zweck zu erreichen,

ohne den Kurs ihrer Aktion zu gefährden. Dieserhalb erhielten die Wohnungsinhaber, die in den seitens der Direktion vermieteten Häusern wohnen, am 1. April einen Mietabschlag auferlegt, der es nötig macht, die Wohnung und damit das Arbeitsverhältnis aufzugeben. Es dürfte auch außerhalb Ashersleben wohnende Kollegen interessieren, wie hoch die Mietpreise für die aufgeführten Wohnungen waren und nach dem Abschlag werden sollen. Für Stube, Kammer, Küche und kleines Kellerwohnung wurden 150 Mk. seitens des Mietherrn und 150 Mk. Prämie seitens der Direktion dazu bezahlt. Diese Wohnung soll nun unter Umständen 50 bis 75 Mk. für den Miether mehr kosten. Ein Mietpreis, der in keinerlei Verhältnis zur Wohnung steht. Hieraus ersehen die Kollegen, daß das gehoffte Eldorado für Metallarbeiter in Ashersleben nicht zu finden ist, weshalb, falls die Direktion wiederum Arbeiter in auswärtigen Zeitungen sucht, die Kollegen sich zunächst um Auskunft an die Ortsverwaltung wenden wollen. Auch den Kollegen, welchen nach zweijährigem Hiersein Umzugskosten entzahlt werden sollen, werden Schwierigkeiten aller Art bereitet, um deren Wegang vor dieser Zeit zu ermöglichen. Hierbei wollen es einige Kollegen darauf ankommen lassen, um festzustellen, ob die Direktion, nachdem sie diese Umzugskosten "versprochen" — zwar nicht schriftlich — auch zahle. Aufgabe dieser Zeilen soll es sein, die Kollegen vor weiteren Erfahrungen der hier angeführten Art zu schützen. Die Mitgliedsbücher müssen bei Wohnungswechsel an die Verwaltung abgegeben werden. Auch sei hierdurch an die Kollegen die Mahnung gesetzlich, werbet für den Verband und besucht fleißig die Versammlungen.

Berlin. In der Versammlung vom 21. April wurden in der Stichwahl folgende 11 Kollegen als Delegierte zum Verbandstag gewählt: P. Baumann, Schleifer; Max Behrend, Drucker; Emil Blumenthal, Klempler; Oswald Friedecker, Gürkler; Rudolf Friedrich, Gürkler; Paul Hez, Drucker; Max Mengel, Schlosser; O. Schröder, Klempler; Karl Schmidt, Mechaniker; Karl Weikel, Klempler; A. Wissel, Schlosser.

Frankenthal. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich am 6. April zum zweiten Male mit der Firma Bettinger und Volke, Maschinenfabrik. Kollege Kleemann-Durlach referierte. Nach seinen Ausführungen legten am 3. April 87 Männer die Arbeit nieder. Bei der Lohnzahlung, die am 4. April erfolgte, waren zum "Schutz" der ausständigen Arbeiter zwei Schutzeleute zugegen. Die Entlassungsscheine, welche den Arbeitern eingehändigt wurden, entsprachen nicht den gesetzlichen Bestimmungen, indem der Zusatz fehlt, daß diese ordnungsgemäß ausgetreten sind. Die Firma glaubt wohl dadurch den Arbeitern das Aufsuchen einer anderen Arbeitsstelle zu erschweren, oder dieselben willfährig zu machen. Wie gewöhnlich bei Arbeiterausständen ist die Polizei auf Seiten der Unternehmer zu finden. Nicht genug, daß die Polizei sich im Postierhaus häuslich eingerichtet hat, sondern die Herren Arbeitswilligen werden auch zur Arbeit begleitet. Weiter wird den durchziehenden Kollegen das Stadtgericht verweigert, mit dem Hinweis, daß Arbeit in Masse bei der fraglichen Firma vorhanden sei. Jedoch ist es erfurchlich, daß bis jetzt durch diese Maßnahme Streikbrecher nicht zu verzeichnen sind, da die Arbeiter anständiger zu denken und zu handeln pflegen. In der nun nachfolgenden Diskussion nahm die Versammlung Veranlassung, den Ausständigen ihre volle Sympathie zu bezeugen. Nur ein Herr Hörmann vom Bureau der Firma glaubte durch sein ungeheobtes Benehmen sich bemerkbar machen zu müssen, wurde aber gehörig zurechtgewiesen und zur Raison gedrängt. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, welche besagt, daß die Kollegen die Ausständigen in dem aufgezwungenen Kampfe moralisch und finanziell kräftig unterstützen.

Schwetzingen. kaum zu glauben ist, wieviel Mühe es kostet, hier eine Zahlstelle des D. M.-B. aufrecht zu erhalten. Die Arbeiter haben hier noch nicht eingesehen, daß nur durch Einigkeit eine bessere Lage zu erkämpfen ist. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, in kleineren Betrieben sogar 11½ bis 12 Stunden. Die Lohnverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig und man muß sich wundern, daß Familienbäder mit diesen Löhnen durchkommen können. Seitdem in Gebweiler verschiedene Gewerkschaften Fuß gefaßt haben, fangen auch die Klerikalen an, sich zu führen. Doch was können christliche Gewerkschaften den Arbeitern nützen? Der Vorstand besteht aus Meister und Obermeister, welche die Mitglieder an der Nase herum führen und ihnen Geduld predigen, damit sie sich nicht unsern Organisationen anschließen. Kollegen, Ihr schimpft über Eure schlechte Ausbeuter, Ihr klagt über Eure schlechte Lage. Ist es mit der Besetzung der langen Arbeitszeit Euch ernst, dann besucht regelmäßig die Mitgliederversammlungen, zu denen die uns noch fernstehenden mitzubringen sind, damit es wert ist, Vorträge zu halten. Nur dann kann es besser werden. Kollegen, auf zur gemeinsamen Arbeit.

Greif i. L. In der Jacquardmaschinen-Fabrik von Oskar Schleicher sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fern zu halten.

Hamburg. Die am 2. April bei Hilmer tagende Mitgliederversammlung nahm Stellung zur Maistuer. Brüggemann empfahl im Namen des Vorstandes, von einem Beschuß bett. Arbeitsruhe und Erhebung einer Maistuer, Abstand zu nehmen. Folgender Antrag fand Annahme: Die Werkstattdelegierten sind zu verpflichten, die Frage der Maistuer ungeäußert mit ihren Kollegen zu besprechen und für die würdigste Form, Arbeitsruhe, einzutreten. Das Resultat dieser Aussprache ist der Sektionsleitung sofort mitzuteilen. Es ist für Erhebung einer Maistuer, um die Schulden der vorjährigen Ausstände decken zu können. Räther warnt vor überzeitlichen Beschlüssen, die dann nicht durchgeführt werden und wünscht die Abhaltung einer Delegiertenitzung, um dort die Stimmung der Kollegen kennen zu lernen. Betreffs der Arbeitsruhe entspricht sich noch eine lebhafte Debatte; ein dahingehender Antrag wird abgelehnt. Zu unserer am 14. Juli nach Königreich im Kirchenland stattfindenden Dampftour wird das Festkomitee auf 18 Mann verstärkt. Die Wahl von Kartelldelegierten wird vertagt, bis die allgemeine Versammlung über den Ausstand aus dem Kartell beschlossen hat. Es werden dann noch verschiedene Werkstattangelegenheiten zur Sprache gebracht, worauf die schwach besuchte Versammlung geschlossen wird.

Hamburg. (Werstarbeiter.) In der Extra-Mitgliederversammlung am 16. April sprachen sich die meisten

Redner gegen eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai aus, da ein solches Vorgehen nicht ohne Maßregelungen verlaufen und die Werstarbeiter noch zu sehr unter den Folgen der Auspferzung zu leiden haben. Die Kollegen sollten aber am 1. Mai keine Überstunden machen und die Feierversammlungen am Abend recht zahlreich besuchen. Eine diesbezügliche Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen. Dann hielt Arbeitsssekretär Ph. Müller einen Vortrag über "Sozialdemokratie und Gewerkschaft". Er bewies, daß die Sozialdemokratie die Partei sei, die die Interessen der Arbeiter vertrete. Redner bestaunte sich als Gegner der Neutralität, die von anderer Seite empfohlen wird, denn dadurch würden die Gewerkschaften keine Kampforganisation mehr sein, sondern Versicherungsvereine.

Zwickau. Bei der Delegiertenwahl zur Rüttuberger Generalversammlung wurden 1694 Stimmen abgegeben, davon waren 7 ungültig. Die gültigen Stimmen verteilen sich auf 30 Kollegen. Gewählt wurden und Stimmen erhielten: Reiße 1540, Böhme 1321, Schramm 1262, Fromm 1160, Probst 1065, Wollenberg 881, Brüger 869 und Lößler 859.

Meerane. Das Gewerkschaftskartell für Meerane und Umgegend hat am 1. April einen allgemeinen, alle Berufe umfassenden Arbeitsnachweis eröffnet. Bereisende, sowie die auch am Orte wohnenden Kollegen, werden ersucht, im Bedarfsfalle nur diesen Arbeitsnachweis benützen zu wollen. Die hiesigen Kollegen werden besonders ersucht, jede frei werdende Stelle sofort zu melden, damit es möglich wird, überall Werkskollegen unterzubringen, um so der unorganisierten Masse die Vorteile der Organisation vor Augen zu führen und sie zu bewegen, sich uns anzuschließen. So wird auch die Meeraner Arbeiterschaft in den Stand gesetzt, sich mit Hilfe der Organisation — wenn angängig auf friedlichem Wege — bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Der Arbeitsnachweis soll uns hauptsächlich jederzeit über die Lage des Arbeitsmarktes einen Überblick gestatten. Im Weiteren soll er eine Statistik über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen und verschiedenen Jahreszeiten, die Höhe der gezahlten Löhne und deren Schwankungen ermöglichen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Pflichtstrafe 3/1 und ist geöffnet täglich von 11 bis 1 Uhr Mittags und 7 bis 8 Uhr Abends. Sonntags nur von 11 bis 1 Uhr Mittags. Die Arbeitsvermittlung selbst ist für beide Theile unentgeltlich. Wenn jeder organisierte Kollege seine Pflicht thut, so können die an das Institut getünpten Hoffnungen in Erfüllung gehen.

Quedlinburg. (Berichtigung.) In dem Bericht über die Metallarbeiter-Konferenz der Provinz Sachsen und Anhalt sind meine Neuerungen falsch wieder gegeben. Ich habe nicht gesagt oder bedauert, daß der Metallarbeiter-Gewerkschaft mit Energie entgegentreten werden sollte, sondern bedauert, daß die Vertrauensleute Voß und Brandes die Agitation in der Harzgegend nicht genügend betrieben haben; hiergegen bewahrte sich Brandes, in dem er begründet, warum sie (die Vertrauensleute), nicht in die Versammlungen der Gewerkschaft gegangen wären. Hierauf habe ich ausdrücklich gesagt, daß ich nicht diese Versammlungen meinte, sondern daß die Vertrauensleute mir persönlich nicht geantwortet hätten, in dem ich mich bereit erklärt hatte (es war dies schon im November 1900), in Thale und Harzgerode Versammlungen einzuberufen. Ich lauerte aber vergebens auf Antwort und hielt es daher für nötig, dieses auf der Konferenz zur Sprache zu bringen, wobei ich betonte, daß durch das Rütteln der Vertrauensleute die Filialen Thale und Harzgerode eingegangen sind. — Brandes stellte dieses als bedeutungslos hin, worauf ich dann nochmals erwiderte, daß es doch nicht so gleichgültig sein könnte, wenn unsere Filialen in der Harzgegend eingingen. Der Beweis, daß die dortigen Kollegen der Organisation zugänglich sind, sei damit erbracht, daß die Metallarbeiter-Gewerkschaft in der Harzgegend Fortschritte gemacht habe. Nun versprach Voß, gleich nach der Generalversammlung in die Agitation in der Harzgegend einzutreten. — Karl Schweinfurth.

Stettin. Am 14. April fand eine Hauptversammlung sämtlicher Bezirke im Lokale des Herrn Stürmer statt. Der Vortrag mußte, der vorgerückten Zeit wegen, von der Tagesordnung abgezogen werden; auch meinte der überwachende Beamte, daß wir während der Kirchzeit nicht tagen dürfen und mußte Kollege Faber erst nach der Polizeibehörde gehen, und die Erlaubnis einholen, welche alsdann auch bald darauf durch einen zweiten Beamten überbracht wurde. Der Kassenbericht vom 1. Quartal wurde anerkannt und von den Kassireuren als richtig bestätigt. Die Abrechnung über die Lokalfasse soll in der nächsten Hauptversammlung verlesen werden. Die Abrechnung vom lokalen Ball ergebnis einen Überschuss von 126.60 Mk. Die Delegierten der Gewerkschaftskartelle Stettin und Randow-Greifswald erstatteten Bericht über die Tätigkeit derselben. Ein Unterstützungsgefecht der Tabakarbeiter zu Potsdam, sowie ein solches der Steinarbeiter zu Stettin wurden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Zur einheitlichen Regelung des Bibliothekswesens seitens des Gewerkschaftskartells beschließt die Versammlung, sich ablehnend zu verhalten. Die Lokalfrage des ersten Bezirks erforderte eine längere Debatte, indem Kollegen Faber der Vorwurf gemacht wurde, in dieser Frage einen Verstoß gegen die Beschlüsse der Gewerkschaftskommission gethan zu haben. Durch eine Resolution, in welcher die Versammlung das Vorgehen Fabers im Interesse unserer Organisation für notwendig hielt, wurde die Angelegenheit erledigt. Kollege v. d. Linde gibt als Kassier des vorigen Jahres den Jahresbericht. Es traten unserer Zahlstelle 595 neue Mitglieder bei. An Märten wurden verkauft 21.877 Stück. Seitlich wurden 325 Mitglieder, zugereist waren 45. Die Gesamteintrittszahl betrug 7640.63 Mk. An dem Hauptvorstand wurden abgeliefert 4616 Mk. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt: 61.68 Mk.; an Heisegeld 360.28 Mk.; Unterstützung nach § 21 195.10 Mk.; Streifunterstützung 20.60 Mk. Herausgabe wurde für Lokalzwecke 292.20 Mk., für die Bibliothek 60 Mk., für Zeitungskolportage 348.26 Mk. und an die Gewerkschaftskartelle 131 Mk. ic.

Weikersfel. Seit einiger Zeit macht sich eine große Laune im Besuch der Versammlungen bemerkbar. Es ist eine beschämende That, wenn bei einer Zahl von rund 80 Kollegen 15—20 anwändig sind; oder gar wie am 30. März die Versammlung wegen mangelnder Beteiligung

ausfallen müsste. Kollegen, das muß anders werden. Wenn nun jeder, der in der Versammlung einmal persönlich angetreten wird, mit dem Besuch streiken würde, wohin sollte das führen. Seien wir doch etwas weniger feinfühlig und berücksichtigen wir doch vor allen Dingen das Gedanken unseres Verbandes. Da wir jetzt über ein schönes Lokal verfügen, ist es Pflicht der Kollegen dasselbe auch zu halten und andere Gräblichkeiten, die uns nicht zur Verfügung stehen, zu meiden. Die Ortsverwaltung erwartet von den Kollegen, daß sie diese Worte beherzigen.

Teilenhauer.

Düsseldorf. Nach mehrmaligem Zusammentreffen mit den Arbeitnehmern der Firma Breuer ist es uns nicht möglich gewesen, denselben klar zu machen, um was es sich handelt. Wir geben nachstehend die Namen derselben bekannt. Es sind: Hermann Schmitz, Gustav Braatz, beide aus Dabringhausen, Wilhelm Lück aus Remscheid, Ernst Paulsen aus Neuerburg, Hermann Bökes aus Struck, Edmund Aschendorf aus Düsseldorf und Mich. Rebach aus Remscheid. Die letzten beiden haben sich bei der Firma durch Unterschrift verpflichtet, nicht billiger zu arbeiten. Kollegen, wenn das so weiter geht, müssen wir unterliegen. Es ist traurig, wenn d. Eltern ihre Herren Söhne nach Düsseldorf bringen und sie Herrn Breuer bedingungslos zur Verfügung stellen. Wir sind vorstellig geworden, da hat man uns einfach ausgelacht. Wenn wir unterliegen, dann gibt es eine traurige Zeit für die Düsseldorfer Kollegen, darum bitten wir, uns künftig zur Seite zu stehen. Kürzer Sieg ist der Eure auch.

Hamburg. Die Verbandsmeister von Hamburg-Altona haben beschlossen, einen neuen, um 10—15 Prozent vertützten Akkordtarif den Gehilfen vorzulegen. In der am 21. April stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der Gehilfen wurde einstimmig beschlossen, den Tarif nicht anzuerkennen und am Montag, den 22. April, die Arbeit einzustellen. Näherer Bericht folgt.

Görrach. Manche Meister und Geschäftsinhaber scheinen es zu lieben, wenn die bei ihnen herrschenden Missstände an die Öffentlichkeit gebracht werden. Diesmal gilt's dem Teilenhauermeister Hugenschmid in Stetten bei Görrach. Damit demselben möglichst viele Räumnlichkeiten zur Verfügung bleiben, wollte er zwei Arbeiter in einem Bett zusammenpferchen, wozegen diese aber Einspruch erhoben. Hierauf bekam der eine der Arbeiter ein anderes Zimmer. Als derselbe seine paar Sachen bergen wollte, ergab sich, daß kein Schrank vorhanden war. Der Meister wußte sich aber zu helfen, indem er sagte: „Hängen Sie Ihre Kleider nur an die Wand, sie werden nicht staubig werden, denn hier wird doch nicht ausgefegt.“ Wenn die Arbeiter des Abends zur Ruhe gehen wollen, da liegen die Betten meistens noch da, wie sie dieselben am Morgen verlassen haben und müssen sie sich ihre Betten selber machen. Da ist zu fragen, wofür das Logiegeld abgezogen wird? Herr Hugenschmid gilt als ein streng katholischer Mann; daß er das ist, geht auch schon daraus hervor, daß nicht allein am Freitag, sondern auch am Mittwoch kein Fleisch auf dem Tisch kommt. Aber auch sonst zeigt der gute Herr, daß er sehr religiös ist; denn am Sonntag fordert er seine Arbeiter ganz euerig an in die Kirche zu gehen, und droht denselben, falls sie nicht gehorchen, daß es kein Mittagessen gibt; ein Verfahren, das man sonst bei Kindern anwendet. Seine Drohung führte er schon einmal aus. Eines Sonntags erhielten die Arbeiter den Bescheid: „Ihr werdet nicht in der Kirche, folgedessen gibts kein Mittagessen; wer am Sonntag nicht in die Kirche geht, mit dem ehe ich nicht am gleichen Tisch.“ (Bahrtscheinlich gab es an diesem Sonntag etwas, was der Herr Meister gerne allein ist. D. B.) Sonderbar daß dieser Meister solche Richtlinien gegeben hat, die bei ihm selbst nicht eingehalten werden.

München. Der Streik bei der Firma Nobell & Co. wurde in der letzten Versammlung für beendet erklärt, da die Firma die Beschläge der Lohnforderungen angenommen hat, dahingehend, daß die früheren Lohnsätze beibehalten werden und die Arbeitszeit 55 Stunden wöchentlich nicht überschreitet. Einige Schwierigkeit bereitete die Wiederaufnahme der Streikenden, da die Remscheider Streikfreuden erst seitens der Firma abgeschafft werden müssen. Vielleicht der langwierige Streik die Organisation aufs Neue befähigt und die Kollegen davon überzeugt haben, daß trotz der schwierigsten Verhältnisse durch geklöppeltes Vorgehen doch etwas zu erreichen ist.

Mitteilungen aus der Metall-Industrie.

Zunehmende Industrialisierung Deutschlands. Für die Beurtheilung der zunehmenden Industrialisierung des Deutschen Reiches werden gewöhnlich die Zahlen der Betriebs- und Gewerbedaten von 1882 und 1895 herangezogen. Bedauerlich ist es, daß keine neueren Daten hierfür vorliegen, da der eigentliche Anhäufung einer ganzen Reihe von Industriezweigen gerade in das letzte Jahrzehnt füllt, sodass eine Beurtheilung von 1900 ganz erheblich andere Ziffern als die von 1895 ergeben würde.

Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür bietet die deutsche Schiffbauindustrie. Auf Grund einer unterweit nicht veröffentlichten Statistik wurden in dieser Branche gezählt:

1882: 18219 männl. Arbeiter
1895: 20104

Im Jahre 1900 über bestätigt:

17 Schiffsreparaturen 2418 Arbeiter,
19 Schiffsneubauten 16790

gesammt 35 Betrieben 46568 Arbeiter.

Bedenkt man, daß außer diesen 35 Betrieben der Seeplage noch eine Anzahl kleinere vorhanden sind, deren Arbeiterzahl in den Jahren von 1900 nicht mit bestätigt ist, so fällt die weit mehr als doppelte Zahl noch schwerer ins Gewicht.

Ein ähnliches Verhältnis würde sich gewiß auch bei anderen Industriezweigen der Metallindustrie ergeben, wenn neuere Ermittlungen angezeigt würden.

Export des Maschinen und Eisenwaren. Aus Bombay berichtet der deutsche Consul: „Der Wert der deutschen Maschinen- und Eisenwarenimport hat sich seit dem

Jahre 1898/99 um über das Doppelte, nämlich von 104,636 Rupien auf 247,253 Rupien im folgenden Jahre vermehrt. Im Jahre 1897/98 belief er sich auf 112,365 Rupien. Die Gesamtumschau aus allen interessierten Ländern hatte im Jahre 1898/99 einen Wert von 36,6 und im Jahre 1899/1900 einen solchen von 25,4 Millionen Rupien von denen 30,1 und 24,7 auf Großbritannien entfallen. Nach Großbritannien folgten im Jahre 1898/99 die Vereinigten Staaten von Amerika mit 126,577 Rupien und dann Deutschland und im Jahre 1899/1900 zunächst Deutschland und dann die Vereinigten Staaten von Amerika mit 211,365 Rupien.“

Die Gesamtumschau von Messer mi ed waaten in Britisch-Indien hatte in den Jahren 1898, 1899 und 1900 einen Wert von 14,6, 14,3 und 15,9 Millionen Rupien. Ungefähr drei Viertel davon entfallen auf Großbritannien. Die nächstwichtigen Einfuhrländer sind Deutschland und Österreich-Ungarn. Die österreichisch-ungarische Einfuhr hatte im Jahre 1899/1900 einen Wert von 1,3 und im vorhergehenden Jahre einen solchen von 0,7 Millionen Rupien.“

Der wirtschaftliche Aufschwung der mexikanischen Republic hat eine bedeutende Zunahme ihrer Importe in ein Jahr herbeigeführt. Der intensivere Betrieb der Landwirtschaft ist bei den klimatischen Verhältnissen des Landes gleichbedeutend mit einer Ausdehnung der Bewässerungsanlagen und einer vermehrten Einfuhr von Baumwolle und Schärfäden. Der Import dieser Apparate betrug im Jahre 1898 38,000 Pf. St., 1898 bereits 77,000 Pf. St. Die Vorliebe der mexikanischen Stadtverwaltungen und Privatleute für elektrische Beleuchtung bewirkt eine rasche Zunahme der Einfuhr elektrischer Artikel. Eine besondere Förderung erfährt die Maschineneinfuhr durch die lebhafte industrielle Entwicklung des Landes. So wurden im Jahre 1899 15 Fabriken für Baumwollstoffen errichtet, einige große Getreidemühlen, Schuhfabriken, Brauereien, Bremereien und Ziegen.

Zur Lage der Kleineisen-Industrie. Die Schraubenfabrik Funke & Hause in Hagen i. W. versendet ein vom 9. d. M. datiertes Rundschreiben, in welchem sie mitteilt, daß sie ihre Preise wiederum nicht unweentlich erhöht habe und dieses Vorgehen wie folgt begründet: „Bei den hohen Preisen, welche die deutsche Fertigung für Rohstoffe zahlen soll, erhält derselbe die Ausfuhr nur mit Opfern, die über kurz oder lang zu groß werden. Läßtlich vermindert sich zudem die Ausfuhr und Hand damit auch der einheimische Bedarf. Der Staat allein kann auch die Arbeit für das gesamte Großgewerbe nicht schaffen, zumal da die verminderte Steuerlast den Auforderungen derselben engere Grenzen zieht. Wir werden den größten Theil von Deutschlands Bodenschäden und Rohstoffen zu Schlenderpreisen ins Ausland wandern lassen, wenn die Gewinnung auf der bisherigen Höhe erhalten werden soll, ohne daß den weiter verarbeitenden Zweigen die Verstärkung zu Theil wird, welche dieselben zu ihrer Lebens- und Widerstandsfähigkeit gegen den vordringenden Weltbewerb, der namentlich auch von jenen Amerikas droht, dringend bedürfen.“

Die Maschinenfabrik Grüner Akt.-Ges. Durach kann ihren Aktionären für das vergangene Geschäftsjahr wieder 13 Prozent Dividende abliefern, der Gewinn beträgt 152,000 Pf. Die Fabrik war in Nähmaschinen stark beschäftigt. Der Umsatz war höher als in den früheren Jahren. Der Gewinn sei in Folge der Material- und Lohnverhöhung ungünstig beeinflusst worden. Von einer Lohnverhöhung müßten aber doch unsere Kollegen auch etwas gemerkt haben. Doch, diese Rückschlüsse führen in allen derartigen Beziehungen wieder, sie sind zwecklos geworden.

„Gloria Arma!“ Nur 11 Prozent Dividende können die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlsruhe mit 1900 verteilen. Dabei wird in dem Bericht ein Klageschluß angesetzt, das Steine und die härtesten Arbeiterzonen erreichend könnten. Den Herrschaften sind nach ihrer Ansicht nicht genügend Waffengewichte nebst Zubehör in Bekleidung gegeben worden.

Kunden.

Maissier. Wie die Bon. Ztg. mittheilt, hat die Mehrzahl der Unternehmerverbände in Berlin beschlossen, wegen der Feier des 1. Mai eine Ausspeisung der Feiernden nicht einzutragen zu lassen, aber vom Mittwoch, den 1. Mai, bis Montag, den 6. Mai, ausschließlich nicht erlaufen zu lassen. Einige Verbände sollen beschlossen haben, mit Rücksicht auf die augenblickliche ungünstige Konjunktur, die eine längere Betriebsseinschränkung zuläßt, sogar eine achtzige Arbeitsstunde einzutragen zu lassen.

Die Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter Deutschlands hat zur Maissier eine Resolution gefasst, in der es heißt:

„Der Mitglieder des Verbandes wird es zur Pflicht gemacht, überall da, wo es ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Einbuße an Lohn für den Tag kann als Schädigung der wirtschaftlichen Interessen nicht angesehen werden, dagegen erlaubt der Verbandszug eine solche vorwegend, wenn zu befürchten ist, daß die Arbeitsruhe eine allgemeine Auspeisung oder Raftregelung vieler Mitglieder zur Folge hat, die aus Verbandsmitteln zu unterstützen, eine allgemeine Schwächung der Organisation bedeuten würde. Die Mitglieder des Verbandes werden verpflichtet, sobald sie mit Forderungen bezüglich Erhöhung des Lohnes oder Verkürzung der Arbeitszeit an das Unternehmertum herantreten, auch die Forderung der unabdingbaren Arbeitsruhe am 1. Mai mitzutragen, doch darf diese Forderung für sich allein nicht als Ausgangspunkt eines Streiks betrachtet werden.“

Es wird immer länger! Nichts ist widerbesseren Unternehmern verbüffter als die Fabrikinspektion; die Fabrikinspektoren nicht bauen darüber ein Gedankengebäude. Ein typisches Fall bei dem auch die Justiz zum Theil eine nicht besonders rühmenswerte Rolle spielt, erfüllte sich in München. Der Direktor G. Deisenhofer der Schulenischen Metallwarenfabrik verbot durch den Postier dem Angestellten des Fabrikinspektors, Dr. Bergmann, den Eintritt in die Fabrik. Das dem Postier dienterhalb angestellte Strafmandat auf 15 Pf. oder

3 Tage hat bestätigte das Schöffengericht auf ei bobenen Einpruch, indem es von der Ansicht ausging, daß der Fabrikinspektor seine Revisionen während des Betriebs vornehmen müsse, um etwaige Schäden rügen und auf Auflistung dringen zu können. Der Beamte sei nicht verpflichtet, sich vorher anzumelden; würde er das thun, dann würde der Umarbeitung Thür und Thor geöffnet und wenn der Fabrikinspektor käme, wäre alles „in schönster Ordnung“. — Deisenhofer ergriff gegen dieses Urtheil Berufung zum Landgericht München I. Und da obige leider nicht das Gesetz und das Selbstverständliche, sondern der Herr Fabrikdirektor! Der Beklagte sagte da aus, daß er nur gewünscht habe, der Fabrikinspektor solle den Gang durch das Bureau und nicht durch das Fabriktor nehmen. Dr. Bergmann erwiderte, daß er keine Verpflichtung habe, bei seinen dienstlichen Revisionen den Gang durch das Bureau zu nehmen. In diesem Falle hätten von seiner Unwissenheit ganze Betriebs-Abschließungen verhindert werden können. Es sei der Wunsch der Arbeiter, daß der visitirende Beamte nicht vorher in das Bureau gehe und die Inspektion des Betriebes ohne Weisung des Direktors oder des Unternehmers vornehme. Nur die Arbeiter hätten ein Interesse an den Revisionen des Fabrikinspektors. — Der Staatsanwalt beantragte die Freiheit und das Gericht erkannte demgemäß! — Dieses Urtheil verstößt in flagranter Weise gegen Wortlaut und Geist der G.-O. Für Bayern ist in diesem Punkte das Letzte Wort noch nicht gesprochen. Den Arbeitern aber wird durch derartige Urtheile recht deutlich zum Bewußtsein gebracht, daß sie selbst mit dafür sorgen müssen, daß in den Arbeitsstätten den Gegebenen Achtung verschafft wird.

Die Kölner Handelskammer veröffentlichte kürzlich ihren Bericht für 1900. In denselben wird auch die künftige Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erörtert; über diese sei ein sicheres Urtheil schon deshalb nicht möglich, weil trotz der im Jahresanfang herrschenden, wenig zuverlässlichen Grundstimmung die Lage der einzelnen Industrien und Handelszweige doch von mancherlei besonderen Umständen beeinflußt werde, wie denn auch auf zahlreichen Einzelgebieten ein Rückgang der Konjunkturen im abgelaufenen Jahre noch nicht in die Errscheinung getreten sei. Wenn die wirtschaftliche Lage in manchen Industriezweigen noch günstige Verhältnisse darbietet, so sei dies zum Theil auch wohl auf die Wirksamkeit von Syndikaten und Preiskonventionen zurückzuführen, welche die Preise vor stärkerem Rückgang bewahrt haben, nachdem sie anderseits während der Zeit des lebhaften Geschäftsaufschwunges möglichen (?) auf die Preisgestaltung eingewirkt hatten. Freilich unterliege nach anderer Richtung hin die Tätigkeit der Syndikate starken Angriffen; die weitgehenden Preissteigerungen der Rohstoffe haben die weiterverarbeitenden Industriezweige nicht immer auf die Verkaufspreise überwälzen können, und namentlich in der Eisenindustrie haben sich Schwierigkeiten empfindlich gestellt gemacht. Die Arbeiterverhältnisse haben eine nicht unwesentliche Verschiebung erfahren. Der noch im Jahresanfang hervorgetretene, im ganzen Vorjahr herrschend gewesene Mangel an Arbeitskräften ist in fast allen Industriezweigen gesunken; nur vereinzelt wird noch über eine unzureichende Anzahl geschulter Kräfte Klage geführt. Vielfach ist an die Stelle der früheren starken Nachfrage nach Arbeitskräften ein größeres Angebot getreten. Wenn auch die Arbeiterschlüsse in unserem Bezirk einen größeren Umfang noch nicht angenommen haben, so ist doch in manchen Betriebsstätten eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Da überdies die Lebensmittelpreise im Allgemeinen thieuer geblieben, teilweise sogar noch gestiegen sind, und auch die Wohnungsmieten infolge anhaltenden Mangels namentlich in kleineren Arbeitserzonen erheblich gestiegen sind, so ist die Lage der Arbeiter zweifellos wesentlich ungünstiger als vor einem Jahre.

Trotzdem beobachten die Agrarier und die industriellen Hochschulzögner dem Arbeiter das tägliche Brot noch mehr zu verteilen!

Arbeitslosigkeit und Krankenkassen. Nach dem „Arbeitsmarkt“ berichten die Krankenkassen jetzt allgemein über eine starke Zunahme der Kranken, wie sie seit vielen Jahren nicht zu konstatiren war. Sind schon immer die Monate Februar und März die ungefährsten des ganzen Jahres, so brachten sie dieses Jahr eine so hohe Anzahl der Krankenfälle, wie nie zuvor. Die Krankenhäuser sind zur Zeit stark besetzt, teilweise sogar überfüllt. Vornehmlich in es die Grippe, die wieder stark umgeht, auch Rheumatismus und Erfrierungen der Atemorgane sind sehr häufig. Der hauptähnliche Faktor der außerordentlich Belastung der Kranken ist aber die zur Zeit bestehende Arbeitslosigkeit. Der Geschäftsbericht der Bochumer Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M. für das Jahr 1900 stellt fest, daß unter dem Mangel an Arbeitsgelegenheiten die Krankenlager stark zu leiden haben. Eine weitverbreitete, aber oberflächlich aburtheilende Aussöhnung führt diese Mehrbelastung ohne Weiteres darauf zurück, daß die Arbeitslosen Krankheit similiiren. In zahlreichen Fällen liegt sicher der gegenteilige Grund vor. Ein sich stark fühlender Arbeiter zieht, so lange er Arbeit hat, diesen Verdienst den jährlichen Bezügen aus der Krankenkasse vor, auch in vielen Fällen noch dann, wenn sein körperlicher Zustand Schonung von Arbeit erfordert. Erst wenn zu der bestehenden Krankheit auch Arbeitslosigkeit hinzutritt, nimmt er die Krankenkasse in Anspruch. In diesem Sinne darf allerdings gesagt werden, daß Arbeitslosigkeit auf die Belastung der Krankenkassen ähnlich wirkt, wie eine Epidemie.

Der Wert des Sonntags als Ruhetag. Ein Professor zu Leipzig hat vorgetest Versuche ange stellt über die Notwendigkeit der Sonntagsruhe und hat dabei interessante Ergebnisse erzielt. Der tägliche Verlust an Lebenskraft wird durch Essen und Schlafen nicht wieder voll ersetzt. Nimmt man an, daß die Lebenskraft am Montagmorgen 500 beträgt, so wird sie durch die Arbeit des Tages bis Montagabend auf 450 vermindert. Durch eine gute Nacht steigen sich dann die Kräfte bis Dienstag frisch wieder, aber nur bis 490. Die Arbeit am Dienstag vermindert die Kraft auf 440, am Mittwoch frisch ist sie wieder auf 480 gestiegen. Jeder Tag vermindert die Kraft um 50, Speise

und Ruhe stellen 40 wieder her. Demnach fehlen am Sonnabend 60, und diese fehlende Kraft muß nun durch die Ruhe des Sonntags, sowie die beiden Nächte, zwischen denen er liegt, wieder ersetzt werden. Dann kann der Mensch am Montag wieder mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. Natürlich besteht diese wissenschaftlich als nothwendig erwiesene Sonntagsruhe nicht darin, daß man sich zwar der Arbeit enthält, dafür aber an Leib und Seele durch alkoholische Getränke, häufiges Tanzen bis tief in die Nacht hinein und ähnliche „Begnügungen“ und „Zerstreunungen“ verwüstet.

Jahresbericht des Arbeiter-Bildungsvereins Eintracht Zürich.

Dem soeben erschienenen Jahresbericht dieses Vereins über seine Thätigkeit im Jahre 1900 entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 760; nach der Nationalität entfallen Mitglieder auf Deutschland 879, Österreich 170, Schweiz 79, Dänemark 8, Italien 3, Russland 2, Serbien 2, Schweden-Norwegen 2, England 1, Ägypten 1, Holland 1, Rumänien 1. Von den Deutschen entfallen auf die einzelnen Staaten: Württemberg 290, Preußen 200, Baden 142, Bayern 93, Sachsen 77, Hessen 23, Thüringen 15, Hamburg 12, Elsass 10, Mecklenburg 10, Bremen 5, Oldenburg 5, Braunschweig 2, Lübeck 1. Von den 112 Berufszweigen, die im Verein vertreten waren, zählen die Schreiner 226, Schuhmacher 100, Schlosser 86, Schneider 84, Maler 70, Spengler 45, Buchbinder 47, Schriftsetzer 42 usw. Versammlungen fanden 23, Vorträge 11, Diskussionsabende 17 statt. Die Bibliothek enthält 1374 Bände. Ausgeliehen wurden 963 Bücher. Im Lesezimmer liegen 63 verschiedene Zeitungen auf. Auflösungen für Wahlen, Streiks und an durchreisende Genossen wurde die Summe von 936 Franken verausgabt. An Festlichkeiten fanden zwei Theater-Aufführungen, ein Konzert der Gesangssektion, eine Abendunterhaltung, eine Kinder-Weihnachtsfeier und eine Sylvesterfeier statt. Die Kassen-Einnahmen betrugen 12,558.22 Frs., die Ausgaben 12,335.65 Frs., Kassen-Saldo 219.57 Frs. Zu verschiedenen Anstalten und Geschäften gab es die Mitglieder Begünstigungen. Der Verein besitzt eine Krankenkasse; im Berichtsjahr kamen 194 Krankheitstage mit 3725 Krankheitstagen vor, wofür 7102 Frs. ausbezahlt wurden.

Der Reservesfond beträgt 8044.20 Frs. Die Gesangssektion zählte am Schluß des Jahres 88, die Turnsektion 144 und der Dramatische Klub 15 Mitglieder.

Die Speise-Association gab durchschnittlich an 90 Mitglieder eine gejunge, nahrhafte Kost ab. Der Rückgang der Mitgliederzahl gegen die früheren Jahren liegt einzig und allein in der herrschenden Baupause. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 132,654.90 Frs. Seit dem Jahre 1860, wo die Sektion gegründet wurde, bis zum Schluß des Berichtsjahrs, betragen die Einnahmen 2,394,680.57 Franken.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Der Verband der Bäcker und Bäckergenossen Deutschlands zählt gegenwärtig rund 6000 Mitglieder. Die Fluktuation der Mitglieder ist eine große, ließen sich doch in den zwei letzten Jahren 9821 Personen aufnehmen. Der Kostenbericht schließt im Jahre 1899 in Einnahme und Ausgabe mit 49352.47 Mk. ab, im Jahre 1900 sind es 52300.19 Mark. Der Bestand in der Hauptkasse betrug am Ende des vorigen Jahres 3339.15 Mk., bei den Mitgliedschaften waren 3931.85 Mk. vorhanden. Allein der Niederschlesisch verzeichnet im Jahre 1900 die Summe von 3389.19 Mk., die zum großen Theil im Kampf um die Bäckereiverordnung aufgewendet wurde. Auf der Generalversammlung, die während und nach Ostern in Mainz stattfand, nahm das lebhafte Interesse der Delegirten die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch. Alle halten die Arbeitslosenunterstützung für gut, nothwendig, nur wurden Befürchtungen gegen die hohen Beiträge laut. Mit 23 gegen 17 Stimmen wurde die Einführung derselben abgelehnt, doch sollen die Mitglieder durch eine Urabstimmung ihre Meinung kundgeben. Ausgiebig diskutiert wurde über die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks und hierzu eine Anzahl Beschlüsse gefaßt. Durch eine Resolution wurde die Stellung der Gehilfen zu den Innungseinrichtungen festgelegt. Einstimmige Annahme fand die zu Gunsten der Bäckerschutzgesetze vorgelegte Resolution nach einem Referat Kahl-Leipzig. Betont wurde von dem Referenten besonders die Förderung des 10ständigen Arbeitstages. Zu der Gründung eines Verbandes der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie standen die Delegirten recht freundlich. Die Agitation fand durch eine Gauwahl in Heilbronn eine Neuregelung; es wurden 14 Gau gebildet. Die Beiträge wurden von 20 auf 30 Pf. pro Woche erhöht.

Der Verband Deutscher Müller und verwandter Berufe hatte seine Generalversammlung zu Osteru nach Heilbronn einberufen. Auch diese Organisation hat, trotz der schwierigen Verhältnisse, in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Der Verband, der im Jahre 1894 kaum 400 Mitglieder zählte, hat sich nach und nach auf 2500 gehoben, von denen bereits am 20. Januar d. J. 1700 ihre Steuern voll fürs vierte Quartal 1900 bezahlt hatten. Der Kassenbestand des Verbandes stieg trotz reichlicher Lohnkämpfe und zahlreichen Pflichtregelungen von 1800 Mk. auf 7000 Mk. Der Geschäftsbericht umfaßt die Zeit vom 1. Januar 1898 bis 1. Januar 1901. Die Abrechnung ergibt in den drei Jahren eine Einnahme von 30,056 Mk. 73 Pf., und eine Ausgabe von 24,394 Mk. 34 Pf. Der Verbandstag, auf dem 1700 Vollmitglieder durch 19 Delegirte vertreten waren, gab der Organisation ein vollständig neues Statut, beschloß mit Zweidrittel-Mehrheit die Arbeitslosen-Unterstützung nach einjähriger Klarerstellung einzuführen, und erhöhte zu diesem Zweck die Beiträge von 20 auf 30 Pf. pro Woche. Außerdem wurde der Hauptverwaltung und dem Ausschuß statutarisch das Recht eingeräumt, nach Bedarf eine weitere Beitragserhöhung um fünf Pfennig pro Woche einzutreten zu lassen; ferner sollen beide, wenn auch mit diesem Beitrag die Arbeitslosen-Unterstützung — welche auch in Krankheitsfällen bezahlt wird — nicht durchzuführen ist, das Recht haben, die in Heilbronn beschlossenen Unterstützungsätze zu ermäßigen. Beschlossen wurde weiter, den Hinterlassenen von verstorbenern verheiratheten und den bedürftigen Angehörigen unverheiratheter Mitglieder nach einjähriger Mitgliedsdauer eine Unterstützung von 200—250 Mk. zu

gewähren, die durch Umlageverfahren mit je 10 Pf. pro Mitglied eingezogen wird.

Aus Österreich. Der „Österreich. Metallarbeiter“ schreibt: „Der Ausbau des Metallarbeiter-Verbandes macht erfreuliche Fortschritte. Aus wenig stichhaltigen Gründen sind jetzzeit eine Anzahl von Fachorganisationen aus dem Metallarbeiterverbande ausgetreten. Die eifrige Arbeit des Metallarbeiterverbandes, sämtliche Fachorganisationen der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zu einem festen Bunde zusammenzuschließen, ist bisher von schönen Erfolgen gekrönt. Die Vereine der Kupferschmiede, der Schmiede und endlich der Metalldrucker haben auf ihren Generalversammlungen den Beitritt zum Metallarbeiterverband beschlossen. Wünschenswerth ist es, daß die noch außerhalb des Verbandsverhältnisses stehenden Fachorganisationen sich zu einer höheren Auffassung der Organisationsfrage entschließen, damit die gesamme Metallarbeiterchaft unseres Landes einig und geschlossen dem organisierten Unternehmertum gegenüberstehe.“ Ein Wunsch, der auch für Deutschland Geltung hat.

Technisches.

Brennende Metalle. Ein hervorragender Physiker, Robert Austen, hat neulich einen Vortrag gehalten, den er unter dem merkwürdigen Titel: Metalle als Brennstoffe angekündigt hatte. Er gab zunächst eine Erklärung dafür ab, wie er zu jenem Titel gekommen wäre, indem er den Begriff eines Brennstoffes dahin definierte, daß er als ein Stoff zu bezeichnen wäre, der in Licht und Hitze verwandelt werden könnte. Der berühmte Newton hatte bereits eine klare Vorstellung von der Möglichkeit, Metalle zu verbrennen und dachte sogar daran, daß sie in gewöhnlicher Lust zu Beleuchtungszwecken verbrannt werden könnten. Wenn ein Stück Eisen in einem elektrischen Ofen geschmolzen wird, so brennt es mit schönen farbigen Flammen. Die Metallurgen haben seit langer Zeit gewohnheitsmäßig die Verbrennung von Metallen benutzt, ohne daran zu denken, daß sie geradezu als Brennstoffe verwendet, indem bei der Umwandlung von Eisen in Stahl der Schlechtehalt des Eisens verbrannt wird. Verschiedene Verbindungen von Metallen mit Sauerstoff lassen sich in Brand setzen und geben so Gelegenheit zu den glänzendsten Erscheinungen. Abgesehen von der Stahlbereitung ist das Metall als Brennstoff freilich erst in neuerer Zeit in die Praxis eingetreten, besonders in dem von Dr. Goldschmidt in Essen erfundenen Verfahren zur Verschweißung von Eisenbahnschienen. Es wird auf die Schienenfuge eine Mischung von Eisenoxyd und Aluminium, die vorher durch einen Magnesiumzunder in Brand gezeigt worden ist, aufgegossen, das brennende Metall schmilzt durch seine außerordentliche Hitze das Eisen an der Stelle der Fuge und verbindet die beiden Schienen derart miteinander, daß nicht die geringste Trennungslinie zwischen beiden zu bemerken ist. Nach dem Erkalten kann das erhärtete Metall um die Schweißstelle herum leicht entfernt werden, so daß die Schienenoberfläche wieder völlig glatt erscheint. Die gewöhnliche Verbrennung, die wir bei den eigentlichen Brennstoffen wahrnehmen, wird durch den Sauerstoff der Luft unterhalten, während sich die Verbrennung bei solchen metallischen Körpern dadurch vollzieht, daß sie den Sauerstoff in sich selbst tragen und bei der Verbrennung freigeben.

Das Löthen von Aluminium läßt sich bekanntlich mit gewöhnlichem Lotz nicht bewerkstelligen, weil sich, wie durch Untersuchungen festgestellt, auf dem Aluminium stets eine dünne, fast unsichtbare Oxidschicht befindet, welche die Ansetzung des Lotzes auf dem Metalle verhindert. Diese Schicht bildet sich so rasch, daß ein Abtheilen der Fläche für das Löthen zwecklos bleibt. Mit Säuren und Flüssigmitteln hat man bisher auch keine befriedigenden Resultate erzielt. Die bestehenden Schwierigkeiten werden nun dadurch beseitigt, daß man dem Lotz ein legitimes Flüssigmittel aus Phosphor und Zinn beimengt, wodurch die Oxidschicht während des Löthens entfernt wird, bis sich die Verbindung vollzogen hat. In Folge der außerordentlichen Wärmeleitungsfähigkeit des Aluminiums empfiehlt es sich, das Lötheisen sehr heiß zu halten und die zu löthenden Theile zu erhitzten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. & S. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro März 1901.

Einnahmen:

Kassenbestand vom Februar 1,113,887.57 Mk. Von Altbüro 20 Mk. Altona 50. Altenhundem 59.35. Altheidentorf 80. Altona 75. Altwasser 100. Altwieser 50. Apolda 100. Baden-Baden 61. Barop 100. Bauken 30. Bielefeld 200. Bischöfshausen 50. Bonn 100. Brakel a. d. W. 75. Brandenburg a. H. 200. Bunglau 60. Buschhütten 60. Cöln-S. 300. Coswig 50. Dahl a. B. 60. Dahlhausen 25. Danzig 80. Delmenhorst 30. Delstern 100. Dingelstädt 60. Dinkelsbühl 55.30. Dorp-Grünewald 100. Durlach 100. Eberstadt b. D. 40. Eisenach 100. Elsterbeck 200. Elsterwerda 40. Eppenhausen 50. Finsterwalde 50. Freising 100. Friedberg i. H. 16.15. Friedrichsort 200. Friedrichstadt-Magdeburg 100. Fröndenberg 75. Gablenz 100. Gaudringen 50. Ginnheim 50. Götingen 50. Griesheim b. D. 22. Güsten 50. Gummersbach 100. Hamburg-Rothenburgsort 50.02. Hameln 100. Hemer 100. Herbede 150. Herxfeld 50. Herstert-Haspe 30. Hildesheim 40. Hof 30. Hückarde 50. Jauer 60. Immendingen 47.37. Ingelheim 30. Ingolstadt 100. Kirchheim u. T. 90. Kleefeld 50. Kohlscheidt 60. Kreys 15.30. Landsberg a. L. 50. Landsberg a. W. 50. Landshut 111. Langen 80. Limbach i. S. 100. Limburg 100. Lindau i. B. 50. Lippstadt 50. Lollar 100. Lördrach 50. Lorsch 50. Lottstetten 40. Lügau 40. Mainbernheim 60. Margarethenhöhe 100. Memel 41.65. Minden i. W. 50. Mekarelz 50. Milingen 70. Oberursel 100. Oederan 50. Olde 46.90. Oschersleben 70. Owen a. Eck 30. Preungesheim 64.09. Rauxel 49.50. Reppen 22. Rüderdorf 100. Rüsselsheim 80. Schöningen 50. Singen 15.30. Soest 62.66. Spack 100. Spree-dorf 31.15. Stettin 100. Striegau 63.55. Suderode 50. Tettwang 51.24. Torgau 20. Trachau 150. Triberg 18. Ulm a. D. 22.50. Unterboihingen 36. Welbert 50. Wogelingen 100. Wohlmuth 150. Wahlershausen 50. Wald 100.

Warnstedt a. H. 40. Weddersleben 100. Weissenburg 100. Werdohl 50. Weiter a. R. 180. Wiebblingen 44.78. Wolfsbüttel 100. Wunsiedel 40. Zeulenroda 100. Birndorf 400. Beiträge einzelner Mitglieder 661.50. Nordöstl. Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft für St. Vitale-Berlin I 188.15. Für F. Kremer-Berlin IX 179.16. Südl. Eisen- u. Stahlberufsgenossenschaft für J. Hoffmann-Hanau 103.50. Für G. Hoffmann-Bergen i. B. 5.55. Rheinisch-Westf. Hüttens- und Walzwerkberufsgenossenschaft für J. Körner-Dülheim a. Rh. 114.47. Für H. Kötter-Hörde 44.31. Eisenbahn-Hauptk. Stettin für J. Weiß-Gerswalde 34.50. Eisenbahn-Hauptk. Halle für O. Schwarz-Halle 19.38. Sonstige Einnahmen 48.95. Sa.: 1,124,423.85 Mk.

Ausgaben:

Nach Norden 200 Mk. Ahlershof 100. Affeln 100. Alfeld 100. Altenminig 50. Altenburg 300. Altendorf I 200. Altendorf II 200. Altenhagen 150. Amberg 100. Altmendorf-Kaderwell 50. Altwieser 160. Ansbach 120. Altendorf 150. Bamberg 150. Bahenthal 150. Beck 100. Beudersheim 50. Benrath 150. Berghausen 50. Berlin I 400. Berlin III 400. Berlin IV 400. Berlin VI 500. Berlin VII 700. Berlin VIII 600. Berlin IX 900. Berlin XI 250. Bernburg 40. Beijungen 100. Beyendorf 100. Bilk 200. Bischofshausen 250. Böblingen 170. Bödingen 80. Böhle 250. Bornheim 150. Braunschweig 400. Breslau 500. Brüderhaal 100. Brück 100. Brühl 100. Buckau 400. Bulach-Beiertheim 200. Burbach-Malstatt 120. Cannstatt 200. Caffel 200. Cöln a. d. R. 200. Cöln-Nippes 200. Cöln-Poll 100. Cöpenick 50. Cörs 100. Cottbus 60. Crumbach 100. Derendorf 400. Dissen 600. Deuben 200. Deutz 700. Dietrichsdorf 200. Dinslaken 100. Doos 100. Dortmund 600. Dresden-N. 300. Dülken 100. Düsseldorf 100. Düren 100. Düsseldorf-Ehrenfeld 300. Ehrensvaale 100. Edekuken 180. Edighofen 50. Ehrenfeld 400. Eilenburg 100. Eisingen 50. Eller 250. Ende 100. Ennig 100. Enkelheim 100. Erfurt 100. Essa a. d. R. 500. Eslingen 250. Eutingen 100. Fechenheim 150. Feuerseeleben 100. Fleinsburg 350. Flügeln 1000. Frankenthal 200. Frankfurt a. M. 200. Frankfurt a. d. O. 150. Freiberg i. S. 80. Friedrichsberg b. Berlin 80. Frohnhäuser 200. Fürth 500. Gaarden 100. Geisenberg 75. Georgsgmünd 50. Gerresheim 150. Gevelsberg 75. Giebichenstein 600. Gießen 120. Gleiwitz 100. Glösa 50. Gmünd (Schwäbisch) 200. Godorf 50. Gorbitz 350. Grafenberg 150. Groß-Buchholz 100. Grözingen 100. Grünwinkel 100. Habkirchen 6. Halberstadt 75. Halle 400. Hamm a. d. L. 300. Hanau 400. Harburg 150. Haase 150. Hattingen 350. Heidelberg 100. Heidelsheim 100. Heidenau 100. Heidingsfeld 100. Heilbronn 100. Hemelingen 100. Heizheim 100. Heumar-Platz 190. Hirschfeld 100. Hochfeld 300. Höchst a. M. 200. Höerde 150. Hückschwagen 100. Humboldt-Kolonie 200. Ingolstadt 50. Isenlohn 400. Isenheide 100. Kalk 300. Karlsruhe 600. Kelsterbach 50. Kloster 150. Königsberg i. Pr. 400. Körtingsdorf 200. Köttingen 100. Kosenau 200. Kratau 100. Langenei 50. Letmathe 100. Liegnitz 100. Lierfeld 200. Limburg 60. Limmer 200. Lindenthal 200. Löbau 200. Ludwigshafen 300. Ludwigshafen-Windenheim 200. Lüdenscheid 100. Magdeburg 200. Mainaschaff 50. Mannheim 200. Manheim-Lindenhof 400. Manheim-Necar-Vorstadt 300. Manheim-Schweizer-Vorstadt 800. Martinstadt 50. Meiderich 150. Meppen 50. Memmingen 100. Menden 150. Metz 120. Montigny 200. Mügeln 100. Mühlburg 200. Mühlheim a. Rhein 150. Mühlheim a. d. Ruhr 350. München 1500. Neheim 250. Neu-Jenning 50. Neustadt a. d. H. 100. Neub 200. Niederndödoleben 30. Niederrad 500. Niederschönweide 100. Nowawes-Neuvendorf 100. Nürnberg 2800. Oberbilk 400. Oberhausen I 200. Oberhausen II 200. Oberlar 180. Oberrad 200. Oehringen 150. Offenbach 500. Offenbach 80. Pforzheim 300. Pieschen 500. Plauen b. D. 100. Postkappel 100. Quedlinburg 100. Radbeul 200. Rastatt 60. Rath 200. Ratibor 100. Ratingen 200. Raumheim 50. Ravensburg 75. Redlinghausen 100. Reichelsheim 75. Reisholz 50. Remscheid 500. Reutlingen 400. Rixdorf 100. Rosenheim 50. Roth a. S. 100. Rothenditnold 400. Rüsselsheim 100. Rütterscheid 50. Rummelsburg 250. Saalfeld 100. Saarbrücken-Malstatt 200. Sachsenhausen 200. Sangerhausen 30. Schalke 200. Schipperk 50. Schladern a. S. 100. Schlebusch 100. Schluttenbach 40. Schöllbronn 150. Schönbach 170. Schwabach 300. Schwerin 50. Schwerte 200. Seckenheim 100. Siegburg 100. Steglar 150. Söllingen 160. Speldorf 100. Speyer 100. Spich 50. Steele 100. Sterkrade 150. Stolberg i. S. 100. Stuttgart-Stördach 150. Südenburg 300. Sürth 100. Sulzbach 75. Thurn 100. Torgelow 100. Troisdorf 100. Uebigau 100. Ueckermünde 150. Urberach 150. Vingst 150. Vogelhang-Mühlendorf 100. Wädgaßen 60. Waldshausen 100. Waldhüttenbrunn 100. Warstein 100. Wehlheiden 200. Weisenau 40. Weiß 100. Westerhüsen 100. Wiesbaden 100. Winnweiler 100. Worringen 80. Wössingen 150. Wützburg 450. Zell 200. Zschiede 200. Zwickau 100. Krankengeld an: P. Bautzfeld-Steinbach 13.80. Beder-Hollerath 46.25. A. Benner-Bellingen 12.95. Bluhm-Meinhöndri 33.30. G. Beyer-Straupitz 12.95. Chroszcz-Haynau i. Sch. 16.80. F. Endt-Locknitz 26.80. Faust-Müsiburg 27.60. G. Gärtner-Haynau i. Sch. 14. G. Geier-Haynau i. Sch. 9.80. H. Geißler-Breungesheim 27.60. G. Gutknecht-Münzen 9.50. W. Hartmann-Westerfeld 20.35. H. Hoffmann-Wettmann 9.20. Chr. Jöhnl-Schleswig 33.60. J. Kloos-Biberach a. d. Riß 8.55. R. Knebel-Möglen 23.80. W. Lamberg-Güstrau 11.20. B. Lenzen-Großenhain 42.55. F

den Vorsitzenden der Revisionskommission 100. Zu die Revisionskommission 112,65. Porto, Paket- und Schreibmaterial ic. 521,79. Summa M. 59787,04.

Bilance:

Einnahme 1,124,428,85 M.

Ausgabe 58,787,04 M.

Kassenbestand 1,065,636,81 M.

G. Untenuth, Hauptkassierer.

Literarisches.

Der Jahresbericht des Arbeiterssekretariats Stuttgart für 1900 nebst Geschäftsbericht des Vorstandes der vereinigten dortigen Gewerkschaften ist im Selbstverlag der Gewerkschaften Stuttgarts erschienen.

Die Sozialpolitik in Deutschland und in Frankreich. Ein Vortrag, gehalten am 7. Februar 1901, im Trianon zu Dresden von Dr. v. Vollmar. 18 Seiten. Verlag der Sächsischen Arbeiterzeitung in Dresden. Preis 15 Pfg.

Briefkasten.

R. F., Reutlingen. Mindestens müssen Sie noch die Adr. angeben.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

Augsburg. Samstag, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, im "Blauen Bock".

Garmisch-Elberfeld. Samstag, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Kell, große Klokbahn 26.

Baierisch. Samstag, 4. Mai, Abends 8 Uhr, bei Görl, im "Heiligen Kreuz". Vortrag des Koll. Dingelreiter: Welchen Kampf hatten die Arbeiter während des Sozialisten-gefeiges.

Bergedorf. Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Dr. Mandt, "St. Peterburg".

Berlin. Ordentliche Generalversammlung. Montag, den 6. Mai, im Gewerkschaftshaus. Kassenbericht. Anstellung eines weiteren Beamten. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Mittwoch, 8. Mai, für den Osten bei Bartel, St. Frankfurterstraße 18. Mittwoch, 8. Mai, für den Westen bei Werner, Südlomstraße 59. Sonnabend, 11. Mai, für den Norden bei Dicke, Ackerstr. 123. Mittwoch, 15. Mai, für den Süden im Gewerkschaftshaus, Engelser 15. Sonnabend, 18. Mai, für Moabit bei Fügner, Walzstraße 8.

Berlin. Süden. Mittwoch, 8. Mai, im Gewerkschaftshaus, Engelser 15.

Brandenburg. Sonntag, 28. April. Redner ist bereits gewonnen.

Bielefeld. (Allgem.) Samstag, den 4. Mai, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Stahl, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bielefeld. (Sektion der Formier.) Freitag, 3. Mai, Abends 7 Uhr, bei Götter, Neuenkirchstraße.

Gießen. Sonntag, den 5. Mai, Vorm. 11 Uhr, bei Förster, Moltkemarkt 12.

Bremenhausen. Sonnabend, 4. Mai.

Breslau. (Sektion der Klempner.) Sonntag, den 28. April, Vorm. 11 Uhr, bei Pilz, St. Großsengenstraße 15.

Bremberg. Dienstag, 7. Mai, Abends 8 Uhr, im "Tivoli", Salzstraße.

Cöthen. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, im "Goldenen Engel".

Danzig. Donnerstag, den 2. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal "Großbänkengasse" 11.

Bernstadt. Samstag, den 4. Mai, in "Grammers Bierhalle", Dieburgerstraße.

Brieskow. (Allgem.) Sonnabend, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, im "Hof von Holland", Oberstraße 6.

Böhlen. Am 4. Mai, Abends 9 Uhr, bei Müsler, Schulstraße. Dann alle 14 Tage.

Eberswalde. Jeden Sonnabend vor dem ersten eines jeden Monats.

Görlitz. Freitag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr, im "Fröhlichen Raum", Lutherstraße.

Gera. (Allg.) Freitag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr, im Vorläufer-Saal, Rottstraße.

Gera. (Sektion der Klempner.) Samstag, 27. April, Abends halb 9 Uhr, bei Degenhardt, Bergstraße.

Gera. (Allg.) Sonnabend, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Saalhaus zum "Gothardt", Gothastraße 46.

Göttingen. Jeden letzten Samstag im Monat, Abends 8 Uhr bei Schnapp.

Freiburg i. Br. Jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. des Monats, Abends 8—10 Uhr Zusammenkunft der Mitglieder.

Freiburg i. Br. Samstag, 27. April, Abends 8 Uhr, bei Schmidt.

Götterswald a. d. Spree. Sonnabend, 4. Mai, Abends 8 Uhr, im "Schlosspfeifer".

Gelsenkirchen. Samstag, den 4. Mai, Abends halb 2 Uhr, bei Bielenauer, Berndtsstraße.

Görlitz a. S. Samstag, den 27. April, Abends halb 9 Uhr, gesamtstädtische Versammlung im "Konzerthaus", Salzstraße 14. Vortrag von Maxrod Witten.

Görlitz a. S. (Klempner u. Stoffelter) Sonnabend, den 27. April, Abends halb 9 Uhr, in den "Drei Königen", St. Ulrichstraße 26.

Görlitz a. S. Jeden 1. u. 3. Freitag im Monat, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal "Büffet", Marktstraße 34. — Klempner: Dr. Staudigl. Dr. 48. Rappel: G. Eichner, Bülowstraße 106a.

Hannover-Linden. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Rademacherstraße 1.

Heilbronn. (Sektion der Gold- und Silberarbeiter.) Montag, den 29. April, Abends 6 Uhr, im "Schwänle". Abrechnung vom 1. Quartal. Kartellbericht.

Gierschau n. Hmg. Sonntag, 28. April, Nachm. 9 Uhr, bei Gigner, Merkenstr. Wohl eines Kassiers und Bevollmächtigten.

Höchstädt a. N. Samstag, 4. Mai, Abends 9 Uhr, in der "Sunne".

Jena. (Allg.) Sonnabend, 4. Mai, Abends 8 Uhr, in der "Krone".

Ingolstadt. Sonntag, 28. April, Vormittags 10 Uhr, im "Waisenhaus zur Farbe". Nachmittags 2 Uhr Ausflug nach dem Dannerberger Gut. — Vertrauensmann: Max Wiesenberger, Tränktorstraße 11,2.

Karlsruhe. (Allgem.) Samstag, 27. April, Abends halb 9 Uhr, bei Möhrlein. Fortsetzung der Besprechung der Anträge zur Generalversammlung.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 27. April, Abends halb 9 Uhr, in der "Staiger-Allee".

Kiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 30. April, bei Ahrens, Alte Reihe 8.

Kottbus. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats bei Lisch, Schlosskirchstraße.

Köln, Ehrenfeld, Lindenthal, Deutz, Bilk, Poll, Mühlheim, Wippes. Sonntag, den 28. April, Nachmittags 3 Uhr, in der Restauration zur Neuen Welt, Venloerstraße 241. Durchberatung der zur Generalversammlung gestellten Anträge. Verschiedenes.

Krefeld. Samstag, den 4. Mai, Abends 9 Uhr, im Krefelder Bierhaus, Rheinstraße 134.

Lambrecht. Sonntag, 28. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Leidner.

Landsberg a. W. Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats, Vormittags halb 11 Uhr.

Linden-Hannover. (Zeilenhauer und Schleifer.) Sonnabend, 4. Mai.

Lollar. Am 1. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gastwirth Weirich, Maifeier.

Möncheng. Sonntag, 15. Mai.

Merschburg. Sonntag, 5. Mai, Vorm. 11 Uhr, in der "Fünfenburg".

Mügeln. Sonnabend, den 4. Mai, Abends 8 Uhr Zahlabend in "Frischings Gasthof".

Neusalz a. O. Am 27. April.

Oggersheim. Samstag, den 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, im "Vorzeigesloko".

Oldenburg. Sonnabend, den 27. April, Abends halb 9 Uhr, bei Weißkamp, Kurviertelstraße.

Penzing. Samstag, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Petermann, Stadtteilhausen.

Potsdam. Sonnabend, den 4. Mai, in der "Barnewohalle".

Quedlinburg. Sonntag, 5. Mai.

Reutlingen. Jeden 1. Samstag, Abends 8 Uhr und jeden 3. Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr, bei Göpple, zur "Germania".

Schw. Hall. Samstag, den 27. April, Abends 8 Uhr, im "Münzhans", Heilbronnerstraße 83.

Schwakus. Samstag, den 4. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gondolasch, Mühlstraße.

Holingen. Samstag, den 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei v. Geels, Kronenbergerstraße.

Stettin n. Hmg. (3. Bezirk, Grabow.) Sonnabend, 4. Mai, Abends 8 Uhr, bei Ziegelm, Grabow, Markt 1.

Weissenau. Jeden 1. und 15. des Monats bei Karl, goldene Linsestraße.

Wanzleben. Sonntag, 28. April, Nachm. 1 Uhr, im "Goldene Löwe", bei Klemeier. Thema: Muß die Auflösung der Wanzlebener Zahlstelle erfolgen?

Würzburg. Samstag, 27. April, Abends 8 Uhr, in der "Blauen Glöck", bei Büchlein.

Wiesbaden. (Allgem.) Samstag, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Loob, Hermannstr. 1.

Zeitz. Sonnabend, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Schindler, Gartenstraße.

Zerbst. Samstag, 4. Mai, Abends 8 Uhr, bei Otto Ferdinand.

Zierdorf. Sonntag, 5. Mai, Vormittags 10 Uhr Vortrag des Kollegen Unlandt über die flante Geschäftszonometrie und deren Folgen.

Berlin. Wie in den Vorjahren, gelangen auch diesmal für diejenigen Kollegen, welche verhindert sind, den 1. Mai durch Arbeitssuche zu feiern, Kaimarken zum Preise von 50 Pfg. zur Ausgabe. Dieselben sind bei allen Käffernern und Zahlstellen-Zuhaltern erhältlich. Wir erwarten, daß die Kollegen für reichen Beifall Sorge tragen.

Berlin. Zur Beschäftigung des Riesen-Fernrohrs der Telephon-Sternwarte sowie zum Eintritt zu den Betrieben derselben stehen unseren Mitgliedern Billets zu dem bedeutend ermäßigten Preise von à 60,- M. zur Benutzung an beliebigen Tagen zur Verfügung und sind dieselben bei allen Käffernern, sowie im Verbundsbureau, Engelser 15, erhältlich. Ebenfalls ist noch eine Anzahl "Führer durch das Gewerbe-Übersichtsverzeichnis" zu dem ermäßigten Preise von 10,- M. zu haben.

Brieselang. Mittwoch, 1. Mai, Maifeier. Vormittags 11 Uhr Versammlung bei Herrn. Mall, Hülserstraße. Nachmittags 4 Uhr Festfeier in der "Centralhalle", bestehend in Konzert, Kinderfestspielen u. dgl. Eintritt 20 Pfg.

Bredenbach, Schlossberghof, Bredenbach, Remscheid u. w. Sonntag, den 12. Mai, Nachmittags, große Partie nach Kohl-Elsäßelökken. Dafelbst Tanz von 8 Uhr Nachmittags an. Tarien à 15 Pfg. sind bei den Werkstattbetriebsvereinen und im Verbundsbureau, Erlichstraße 14, zu entnehmen.

Breitenbach. Sonntag, 28. April Spaziergang nach Tiefenbach und Riedendorf. Zusammenkunft frühs 7 Uhr in der "Vogel".

Brieselang. Sektkabinett bei William Seidel, zum "braunen Hirschen".

Heidelberg. Der Schlosser Aug. Proh, Nr. 144397, geb. 12. 5. 1859 zu Garz a. Flügeln, eingetragen 1. 11. 1898 in Würzen, sowie der Schleifer Jul. Vizmathy, S.-Nr. 421451, geb. 11. 6. 1877 zu Budapest, übergetreten 1. 12. 1900 in Heidelberg werden gebeten, sofort ihre Adresse an den Bevollmächtigten in Heidelberg, Bergheimerstraße 192,2, zu lassen zu lassen.

Biel. Der Klempner A. Uhde, S.-Nr. 338,200, wird erucht, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Os. Schultz, Schmiedmauerstraße 2,2,1.

Glauchau. Der Schlosser Anton Hößlacher, geb. am 8. 10. 1881 zu Wasseralfingen, wird erucht, seinen Verpflichtungen gegen den Bevollmächtigten Richard Hartmann, Austraße Nr. 52,1, nachzukommen.

Gestorben.

In Düllken der Schlosser Heinrich Müller, 27 Jahre alt, an Lungenerkrankung. — In Frankfurt a. M. der Dreher Karl Dippel, 24 Jahre alt. — In Niederdödlich der Metallschläger Matthias Kubista, 37 Jahre alt, an Lungenerkrankung. — In Potsdam der Schmied Wilhelm Glaser, 45 Jahre alt.

Öffentliche Versammlungen.

Berlin. Am 1. Mai, Vorm. 10 Uhr, im Palast-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße.

Cotta, Hemith, Sticksch. Öffentliche Versammlung in Cotta, Restaurant Stadt Dresden, Bronnerstraße, Sonnabend, den 4. Mai, 8½ Uhr Abends. 1. Was haben wir zu thun, um den Arbeiter in der jetzigen Zeit vor dem Sturm zu bewahren? Referent: Hugo Krüger. 2. Gewerkschaftliches.

Dresden (Gärtner, Mantente, Metalldreher, Metallschläger, Metallformer, sowie sonstige Bronzarbeiter). Dienstag, den 7. Mai, 8½ Uhr, im "Trianon". Wie können wir unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Druck der Unternehmer entgegen treten? Gewerkschaftliches.

Dresden und Umgegend (Klempner, Rohzleger, Installatoren, Monture, Metalldreher, Metallschläger, Metallformer, sowie sonstige Bronzarbeiter). Dienstag, den 11. Mai, 8½ Uhr, im "Trianon". Wie können wir in unserem Berufe für Verminderung der Arbeitslosigkeit sorgen? Referent: Karl Sundermann. Debatte.

Private-Anzeigen

Inserate werden nur gegen Vorabbezahlung angenommen. Der Preis für die dreigeteilte Petitzeile beträgt 50 Pfg.

Marken- und Stempel-Fabrik Jean Holze

Hamburg, Drehbahn 45. Preislisten gratis und franko.

Der Metallarbeiter.

Güts- und Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser. Enthält Anleitung zum Härteln, Bohren, Fräsen und Drehen. Die Zeitberechnung z. Drehen größerer Gegenstände auf der Plandrechbank, Berechnung der Tourenzahl von Maschinen. Das tonisch Drehen mittels Reitstock u. Support. Gewindeberechnung nach Whitworth und Millimeter-Steigung, sowie Gewindetabellen für alle vorkommenden Gewinde, Konstruktionen von Zahnrädern, sowie Fräsen von Zahnrädern und anderes.

Viele Anerkennungen u. Zu beziehen durch Konst. Haas, Köln-Ehrenfeld, Plaustraße 2a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Abrechnung für das Jahr 1900.

Laufende Nummer	Orts-Verzeichniß	Zahl der Mitglieder	G e n n a h m e												A u s g a b e											
			Gepland laut letzter Abrechnung	Betrlage à 30 und à 20	Betrlage à 30	Betrlage à 10	Gewöhnliche Einnahmen	Vorfälle	Gefammt Einnahmen	Zulässige aus der Hauptkasse	Wertgehd	Direktes Unterstüzung	Straf-Unterstüzung	Unterstüzung nach § 20	Nebenkosten	Überordentliche Zulässigung	Zurückbehaltbare Vorfälle	Gewöhnliche Ausgaben	Direktl. Ausgaben von den 20% der Beiträge	Gesamtausgabe	In die Hauptkasse eingefand	Bestand am Ende				
1. Aachen	67	19240	750	765	—	—	96490	—	14415	3967	—	—	—	—	—	—	—	12865	32047	610	3443					
2. Aalen	12	—	330	8850	—	—	9180	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1743	3566	50	3614					
3. Ahlen	—	9175	180	117	—	—	21055	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	1765	2365	18690	—					
4. Albrechts	27	6782	150	49740	—	—	56672	—	—	50	—	—	137	—	—	—	—	8243	26943	16798	12931					
5. Alfeld	17	85—	240	15690	—	—	19430	—	—	6722	26	—	10	—	—	—	—	2422	12744	50	1686					
6. Altenburg	1004	24444	11970	13335	180	—	1371094	—	36101	35335	84630	223	—	—	—	—	249494	430460	9269	14334						
7. Altona	795	15630	10650	1114980	—	—	1141260	—	—	57158	56955	30	1840	14865	26	—	222996	356309	7600	24951						
8. Altona	29	5904	1340	40410	220	—	47874	—	—	27	—	—	30	—	—	—	4045	9745	312	6929						
9. Altötting	13	3310	180	129	—	—	16390	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3526	4136	11797	2201						
10. Alzen	11	4784	180	13470	—	—	18434	—	—	910	—	—	—	—	—	—	4380	37979	4275	—						
11. Ansbach	13	—	870	22110	—	—	1274	24254	180	29069	—	—	25	—	—	—	11492	38625	240	5371						
12. Apolda	37	9786	750	56910	550	—	67996	—	—	13633	65	—	70	—	—	—	3409	7812	70	3040						
13. Arnsdorf	11	932	840	16080	—	—	17852	—	—	—	—	—	20	—	—	—	4850	51981	—	4683						
14. Aschaffenburg	29	4534	570	25860	—	7	31664	250	—	41118	—	—	—	—	—	—	32155	82394	1310	16688						
15. Aschersleben	237	17832	51—	207150	—	—	230082	—	—	34239	—	—	160	—	—	—	77848	268792	1450	30439						
16. Augsburg	374	53052	12240	3846—	7830	—	457722	—	107214	94	4230	105	—	590	—	—	—	4238	4238	24142	—					
17. Feilshauer	17	—	210	28170	—	—	28350	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6861	7061	28943	6118						
18. Baden-Baden	29	4662	1470	33990	—	—	40122	—	—	—	—	—	—	10	—	—	9469	55048	50	—						
19. Bamberg	50	2244	1140	43530	—	3134	50048	100	44579	—	—	—	—	—	—	—	5882	5882	34936	5						
20. Bant, Werftarb.	23	10088	270	30960	—	—	41318	—	—	—	—	—	—	—	—	—	271936	344115	1018680	31040						
21. Barnen	1012	1147	32820	1359840	—	28	1393835	—	—	275	24750	30	16929	—	—	—	159	13725	161597	100	6853					
22. Bayreuth	36	6110	720	70620	—	—	77450	1010	78052	35920	30	145	—	5	—	—	34193	38473	167460	44984						
23. Bergedorf	144	42417	1560	206940	—	—	250917	—	—	16	—	—	2630	—	—	—	28119	71193	1470	6509						
24. Berlin	21517	9550901	486580	21888090900	7047945	—	32462986	—	244082	1593182	1453560	1418160850	4800	—	—	—	3937856	1832748	17798578	12989265	1675143					
25. Bernburg	185	3022	4410	216270	—	10	224702	—	—	23424	3150	—	100	10	55	—	—	—	—	—	—					
26. Beuthen O.-Schlef.	50	961	2280	25650	—	—	28891	—	3095	12	—	6	385	—	—	—	360	5130	10770	11554	6567					
27. Bieber	23	224	60	37920	—	—	38204	—	—	—	—	—	—	8	—	—	3298	2808	6906	96	1995					
28. Biebrich	6	6801	860	11340	—	—	18501	—	—	—	—	—	—	—	—	—	182207	399809	60000	91140						
29. Bielefeld	1101	142629	19050	929130	—	140	1090949	—	—	84038	20584	745	255	2460	10520	—	—	3580	3580	24655	—					
30. Bischöfshausen	—	60—	270	20880	—	1035	28235	—	—	22205	9	—	60	—	—	—	—	8868	87973	82	5170					
31. Bitterfeld	23	573	930	438—	—	40	45343	60	—	—	—	—	23115	20	—	—	—	29036	64893	770	28354					
32. Bochum	145	13257	2820	145170	—	—	161247	90	9542	12	—	—	—	13	—	—	3502	81116	—	3472						
33. Bonn	42	5398	1620	42510	—	60	49588	350	71314	—	—	—	—	4062	4062	—	4062	4062	27270	—						
34. Brackwede	23	5412	330	25590	—	—	31332	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229474	392627	3500	20063						
35. Brandenburg	845	30365	9590	1211280	11230	225	1262690	—	40801	58402	21050	429	—	—	—	—	742	1684	15921	—						
36. Braunschweig Sfb.	—	13045	60—	45—	—	—	17605	—	—	—	—	—	—	16	—	—	15565	28554	225	36903						
37. " Klemmner	79	11697	15—	74760	—	—	87957	—	—	9036	—	—	20	—	—	—	—	10478	3865	5989	—					
38																										

Stadtende Nummer	Orts-Verzeichnis	Zahl der Mitglieder	Einnahme										Ausgabe										
			Betrieb laut letzter Abrechnung	Beitrittszahl ab 30. J.	Beitrittszahl ab 30. J.	Beitrittszahl ab 10. J.	Gewöhnliche Einnahmen	Wirtschaft	Gefahrts-Einnahmen	Beiträge auf der Hauptstätte	Nettoeinsatz	Drücke-Unterstützung	Eigentl. Unterstützung	Unterstützung nach § 2 c	Rechtsförderung	Unverarbeitbare Wagnisse	Zurückbezahlte Borschäfte	Gesamt-Zusage	Durchschnittsgegen-Value von 20% der Beiträge	Zu die Hauptstätte eingelangt	Beitrag zum Frite		
102	Feuerbach	160	124,63	48	1703,40	—	16,10	—	1892,13	—	3	18	—	70	—	75	—	219,72	340,69	726,41	1010,16	135,50	
103	Fürstenwalde	100	40,98	21,90	1185,30	—	—	—	1248,18	—	135,92	91	—	55	—	60	908,15	240,05	521,97	550,98	175,00		
104	Hamburg	351	380,53	51	4541,40	—	—	—	4972,93	—	343,30	18,35	396	38	—	—	—	—	—	25,300	261,00	—	
105	" Klempner	36	16,70	6	462,30	—	—	—	485	200	13,80	100,50	—	121,64	—	—	100	74,70	310,14	330,44	41,41		
106	" Dorf	51	162,67	4,80	797,40	—	24	—	6776,10	—	3	29,85	—	313	—	56,35	—	159,48	423,14	500,41	514,14		
107	Frankenthal	454	324,90	106,50	6320,70	—	—	—	19235,55	—	1941,18	617,71	—	730	—	669,61	—	39,15	4340,50	8338,15	9967,95	929,00	
108	Frankfurt a. M.	1566	430,65	285	18519,90	—	—	—	863,18	—	173,70	7	—	—	20	—	35,08	—	125,45	339,15	450,74	74,00	
109	Frankfurt a. O.	92	180,38	21	661,80	—	—	22,92	1288,15	50	436,77	—	—	—	—	—	—	—	263,90	755,73	480,122	122,00	
110	Freiburg i. Br.	120	23,23	33	1209	—	—	—	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70	—	
111	" Fahrtrabarb.	—	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	289,81	389,61	1060,171
112	Freiburg i. Schles.	116	119,32	13,40	1446,30	42,10	—	5,16	921,60	—	241,76	—	—	50	—	173	99,15	581,91	254,85	85,85			
113	Freising	45	218,34	8,10	690	—	—	84,53	1306,27	—	93,43	38,65	—	120	—	—	—	240,84	492,92	810,3	3,00		
114	Fürstenwalde	74	10,34	7,20	1204,20	—	—	—	3208,41	—	—	193,54	—	62	37,67	—	622,91	916,12	2281,54	10,00			
115	Fürth	245	88,21	41	2911,50	164,50	3,20	—	696,58	—	—	—	—	13,50	—	157,32	170,82	530,5	255,07	45,35			
116	" Altm.-Schl.	63	5,28	3,60	573,90	113,80	—	—	1336,84	—	—	6	—	50	14,94	—	974,10	1285,60	3818,70	312,00			
117	" Metallräder	86	45,94	15	1275,90	—	—	—	541,74	—	32	180	—	10	—	184,31	194,31	940,91	—	—			
118	" Schläger	607	464,94	23,80	3754,80	1154,50	13,70	—	1135,22	—	—	—	—	70,52	85,52	324,46	8,80	—	265,22	274,22	902,04	11,00	
119	" Silberschläger	123	215,42	2,40	523,50	393,50	—	40	418,20	—	—	—	—	—	—	—	122,25	1515,67	84,84	45,35	60,60		
120	Furtwangen	49	34,20	18	366	—	—	—	1176,26	—	—	9	—	30	—	122,25	25,25	25,25	170,25	490,105	—		
121	Gaisburg	67	177,86	8,70	989,70	—	—	—	667,97	943	64,02	47	990	165	127,40	—	181,10	377,10	625,60	85,85	—		
122	Gaisen	29	16,67	3	648,90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	12	—	51,30	—	—	
123	Gebweiler	26	—	—	8,70	122,70	—	—	131,40	—	—	—	—	—	—	132,31	624,23	—	133,00	—	—		
124	Gelsenkirch.-Schalt	51	18,97	11,40	735,30	—	—	—	765,67	—	—	—	—	—	—	139,14	272,74	380,00	120,00	—			
125	Gera	331	250,49	47,70	3404,70	—	43,68	—	3746,57	1100	267,10	425,19	1478	110	19	59,25	—	630,67	690,76	3679,97	1166,60	—	
126	Gerasmühle	62	175,70	6,30	880,20	26	—	—	1088,20	—	—	72	—	124	—	—	—	181,10	377,10	625,60	85,85	—	
127	Gewelsberg	124	—	3,60	59,70	—	—	—	63,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	—	—	
128	Gießen	69	48,52	20,40	689,10	—	—	—	758,02	—	359,92	16	—	100	—	16	—	—	—	—	132,31	624,23	
129	Gmünd Schwb.	68	67,92	9,30	695,70	—	—	—	772,92	—	113,60	—	—	20	—	—	—	139,14	272,74	380,00	120,00	—	
130	Gohlauter	28	66,05	3	472,80	—	—	—	541,85	—	1	29	—	—	—	—	—	94,07	124,07	351,48	66,66	—	
131	Göppingen	266	177,80	67,80	2230,50	—	10	—	2476,20	—	365,86	—	—	—	—	99,85	—	443,37	909,08	1530,37	37,00	—	
132	Görlichs	353	394,21	68,70	3452,10	—	2,40	—	3917,41	—	276,53	273,48	—	20	—	33,45	—	690,17	1293,63	2150,473	—	—	
133	" Goldarbeiter	23	—	—	2,70	357,90	—	—	360,60	—	—	—	—	—	—	—	—	71,58	191,58	107,42	61,61	—	
134	" Klempner	41	47,24	9,60	579,30	—	—	—	636,14	600	4	9	694,35	40	—	15	—	111,39	891,74	250,94	94,94	—	
135	Gömnig	30	—	12	6,90	447,90	—	—	454,92	—	—	—	—	25	—	—	—	86,88	111,88	239,16	103,00	—	
136	Golba	116	336,83	16,20	1253,40	4,70	—	—	1611,13	—	316,28	—	—	60	1	44,85	—	251,63	673,76	865,72	—	—	
137	Göttingen	25	87,95	4,60	306,90	—	—	—	399,15	40	202,62	—	—	—	—	—	—	61,62	264,24	90,90	85,85	—</	

Nummer	Orts- Gemeinde	Ginnahme										Ausgabe										Mittelbare Ginnahme etwa gleich	Mittelbare Ausgabe etwa gleich										
		Babl. ber Wiederein-	Betland laut letzter Übereitung					Betriebsgeb. ab 20 und ab 20 zurückgez. & 30					Gewöhnliche Ginnahmen	Wertzuflüsse	Gewöhnliche Ginnahmen	Aufschüsse aus der Hauptkasse	Betriebs- gehalt	Drehs. Unterstützung	Streit- Unterstützung	Unterstützung nach § 20	Rechtschafft.	Unverhinderliche Nagitation	Bürdebezahlte Vorrichtung	Gewöhnliche Nagaben	Gewöhnliche Ausgabe	Durchschnittswert ben 20% der Wertliche	Gewöhnliche Ausgabe						
			Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter	Leiter																					
520	Osterh. Scharnebeck	44	—	—	—	7	50	136	80	—	—	144	80	50	—	144	44	90	—	25	—	—	—	7	16	—	137	14					
521	Osterwied.	8	27	89	2	40	131	40	—	—	161	69	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	20	69	150	13	30	—	31	56			
522	Regnitz	114	22	98	38	40	2192	10	—	—	2253	48	—	—	211	46	28	—	65	15	44	21	—	390	91	613	91	1625	64	14	53		
523	Seine	41	125	86	11	40	486	60	—	—	624	46	105	—	393	94	6	—	198	185	1026	60	206	38	2418	55	4434	77	1190	20	832	53	
524	Sforheim	603	243	—	164	40	5093	10	57	—	6457	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30	12	132	18	—	—	—			
525	Stromen	50	—	—	11	70	150	60	—	—	162	30	—	—	207	—	—	—	—	—	23	—	—	—	53	13	283	13	200	—	20	91	
526	Stunghabt	19	20	74	4	80	328	50	—	—	854	04	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	30	12	30	77	—	17	10		
527	Binneberg	3	—	10	3	30	102	—	—	—	106	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41	43	41	46	185	44	25	22		
528	Stremers	15	48	12	6	30	207	30	—	—	261	72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72	70	209	90	135	50	38	55		
529	Gosen	55	26	95	26	10	331	20	—	—	854	25	—	—	22	20	35	—	—	—	60	625	—	72	40	119	55	292	34	35	05		
530	Söhnen	23	90	84	8	30	353	10	—	—	447	24	—	—	40	90	—	—	—	—	—	—	—	168	75	517	85	100	—	135	67		
531	Söldenau	46	46	22	18	90	688	50	—	—	429	15	30	—	249	20	—	—	80	50	20	445	—	45	55	152	50	266	50	40	15		
532	Sengenau	25	13	45	14	70	375	30	—	—	1538	98	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	261	93	281	89	1180	—	76	99		
533	Gries	104	172	41	12	30	1345	20	—	—	1207	13	—	—	121	12	19	—	—	—	90	—	—	—	201	64	461	26	670	—	75	87	
534	Quedlinburg	86	38	63	10	50	1158	—	—	—	5459	35	—	—	140	30	—	—	155	—	81	25	77	60	979	81	1433	96	3860	—	165	39	
535	Rade v. Walb	14	18	25	2	10	187	20	—	—	207	85	—	—	12	80	—	—	—	—	—	—	—	2	95	2	95	162	80	42	30		
536	Ragnuhn	14	16	15	1	80	194	10	—	—	212	05	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	113	26	200	26	393	74	17	18		
537	Rasstatt	60	29	48	23	10	554	10	—	—	611	18	—	—	67	—	—	—	—	—	10	—	—	—	113	26	200	26	393	74	17	18	
538	Rathenow	875	179	65	44	10	5235	60	—	—	5459	35	—	—	140	30	—	—	155	—	81	25	77	60	66	87	66	87	360	03	—	—	
539	Golbarbeiter	—	—	—	2	70	424	20	—	—	426	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	59	19	59	110	—	37	51		
540	Ratingen	15	—	—	4	80	162	30	—	—	167	10	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	60	100	32	510	42	100	—	63	83	
541	Ravensburg	32	27	95	10	80	535	50	—	—	574	25	100	—	310	10	—	—	40	—	60	—	209	73	911	94	200	—	221	55			
542	Regensburg	107	141	49	31	20	1157	40	—	340	1333	49	—	617	11	—	—	25	—	60	10	—	—	6	60	93	60	—	—	14	20		
543	Reichenhall	25	—	—	3	60	109	20	—	—	112	80	—	—	52	—	—	—	40	—	—	—	—	—	190	44	347	57	560	—	223	14	
544	Reinheim	113	209	71	22	80	898	20	—	—	1130	71	—	—	142	13	—	—	50	—	15	—	—	—	—	152	70	310	76	625	—	207	57
545	Rendsburg	94	222	33	12	60	908	40	—	—	1143	33	—	—	108	06	—	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
546	Rheinfelden	23	15	2	40	27	60	—	—</td																								

Laufende Nummer	Orts-Verzeichnis	Zahl der Mitglieder	G i n n a h m e										A u s g a b e																															
			Vorstand sonst lebter Mitglieder					Beitrittsgeb. à 30 und à 20					Gehaltsabgabe à 30					Gehaltsabgabe à 10					Gehaltsabgabe																					
			Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern																	
429	Berms.	63	25	42	23	30	793	80	1	70	—	—	844	22	120	—	442	77	—	—	27	50	—	—	153	69	623	96	297	72	42	54												
430	Briesen.	10	4	80	2	70	171	90	1	80	—	—	131	20	—	—	—	—	—	—	19	41	19	41	—	—	155	—	6	79														
431	Bunnsdorf.	32	—	—	11	40	283	20	—	—	—	—	294	60	—	—	—	47	17	51	25	11	80	50	—	75	26	210	23	54	20	30	17											
432	Bürzburg.	140	77	60	28	80	1308	—	—	—	—	—	1414	40	220	—	574	63	56	33	116	75	1188	17	30	—	260	60	1395	43	170	—	68	97										
433	Zeiß.	265	59	85	50	10	3303	90	—	—	—	—	3413	85	—	—	169	73	56	33	118	88	17	30	—	—	656	01	1104	75	2230	—	79	10										
434	Berbitz.	84	—	—	8	40	466	80	—	—	30	—	475	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85	58	85	58	383	16	6	76											
435	Zeulenroda.	85	96	37	36	60	1042	80	—	—	90	—	1170	57	—	—	—	—	24	—	—	—	—	—	—	—	207	12	231	12	683	96	255	48										
436	Zittendorf.	28	142	82	51	0	576	—	—	—	—	—	723	92	—	—	—	30	—	—	45	—	7	20	—	—	66	30	11	78	110	93	—	1230										
437	Börge am Harz.	—	26	93	—	30	89	70	—	—	—	—	110	93	—	—	—	—	—	—	20	—	8	—	—	—	136	62	164	62	545	38	—	—										
438	Zuffenhausen.	52	32	60	9	60	667	80	—	—	—	—	710	—	—	—	—	—	—	20	—	259	—	4	86	—	27	36	—	—	8	34	—	—										
439	Zweibrücken.	38	—	—	11	40	24	30	—	—	—	—	35	70	—	—	—	—	—	—	—	—	340	30	890	58	300	240	23	33	—	—												
440	Gimelmitgl. d. Hauptz.	396	268	59	101	10	3513	—	2	10	33	32	—	3918	11	—	—	75	58	—	110	50	317	47	—	—	349	46	1566	51	301	86	2818	204	57952	90	96788	37	6382	37				
441	Gimelmitgl. Sachsen.	11372	5149	45	1839	10	146070	60	543	10	921	60	619	79	155143	64	5980	—	5975	03	6933	62	9992	65	4230	60	281	13	489	46	1566	51	301	86	2818	204	57952	90	96788	37	6382	37		
			Summa	11372	5149	45	1839	10	146070	60	543	10	921	60	619	79	155143	64	5980	—	5975	03	6933	62	9992	65	4230	60	281	13	489	46	1566	51	301	86	2818	204	57952	90	96788	37	6382	37

**Abrechnung für das Jahr 1900
von den in Sachsen wohnenden Einzelmitgliedern der Hauptkasse.**

Laufende Nummer	Orts-Verzeichnis	Zahl der Mitglieder	G i n n a h m e										A u s g a b e																						
			Vorstand sonst lebter Mitglieder					Beitrittsgeb. à 30 und à 20					Gehaltsabgabe à 30					Gehaltsabgabe à 10					Gehaltsabgabe												
			Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern	Deutschland	Westfalen	Württemberg	Hessen	Bayern								
1	Aderb.	8	—	—	5	19	120	60	—	—	—	—	125	70	—	—	—	—	245	—	20	—	—	—	24	04	24	04	97	55	4	13			
2	Aue.	165	64	04	37	20	1162	20	—	—	—	—	1263	44	250	—	1	—	—	—	75	—	22	—	—	232	44	510	84	751	50	251	10		
3	Auerbach.	15	65	40	6	90	260	40	—	—	—	—	332	70	—	—	—	—	—	60	—	17	50	—	—	39	60	42	50	179	10	38	20		
4	Baumber.	69	87	52	20	40	570	30	—	—	—	—	678	22	—	—	167	79	56	—	—	60	—	17	50	—	—	113	66	414	95	216	62	46	65
5	Burgstädt.	104	—	—	8	40	1260	—	—	—	—	—	1263	40	—	—	—	—	49	—	70	—	—	—	252	—	371	—							

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse für das Jahr 1900.

Einnahmen:

Rassenbestand vom 31. Dezember 1899 M 226 650,95

A. Aus den Verwaltungsstellen:

Betriebsgelder	M 19 931,60
Beiträge	" 640 495,76
Erlöse	" 35,80
Sonstige Einnahmen	" 695,01
	M 661 177,67

B. Einzelmitglieder der Hauptkasse:

Betriebsgelder	M 101,10
Beiträge	" 2 867,98
Bezahltes Porto	" 33,32

M 3 002,40

C. Sonstige Einnahmen:

Zurückbezahltes Darlehen von der Verwaltungsst. Breslau	M 600,—
Zurückbezahlte Gerichtskosten vorläufige Prozeß- und Anwaltskosten	" 21,30
Überweisung von der Hringoldschägergenossenschaft Kürnberg-Schwabach	" 6 000,—
Überweisungen vom aufgelösten Fadverein der Klempner zu Bremen	" 121,14
Überweisungen von der übergetretenen Verwaltungsstelle des Gold- u. Silberarbeiterverbandes zu Berlin	" 794,25
Überweisungen von der aufgelösten Verwaltungsstelle Qaploch	" 14,80
	M 7 551,49

Zurückbezahlte Unterstützung nach § 2c von:

R. Strähle, Gaisburg	M 4,—
R. Kleipke, Stuttgart	" 10,—
W. Schmidt, Danzica	" 3,—

M 17,—

Zurückbezahlte Rassenmarkos von:	
D. Zabel, Helmstedt	M 6,—
G. Löffler, Rappel	" 10,—
E. Karberg, Breslau	" 13,50
H. Lehme, Raguhn	" 4,10
P. Jürgens, Stettin	" 22,—
H. Hanjat, Stettin	" 3,60
P. Buisse, Stolzen	" 30,—
	M 89,20
für Adressenverzeichnisse incl.	
Porto	M 10,80
Erlöse	" 85,15
Sofjetten	" 341,10
Protokolle der 4. ordentl. Generalversammlung	" 119,90
Reisehandbuch, inkl. Porto	" 39,90
Schwarzwaldbücher	" —,90
Zeitungsschönmalter inkl. Porto	" 5,80
Briefen vom angelegten Gelde	" 8 253,94
Sonstige Einnahmen	" 40,25
	M 8 897,64
	Summa: M 907 386,35

Ausgaben:

Agitation	M 7 673,75
Informationstreisen und Konferenzbesuch	" 2 145,75
Deutsche Metallarbeiter-Zeitung	" 78 329,80
Gerichtskostenvorjährige, Prozeß- und Anwaltskosten	" 411,64
Unterstützung nach § 2c	" 160,—
Beitrag an die Generalkommission	" 9 338,04
Beitrag an die Banarbeiter-Abbildungskommission	" 150,—
Beitrag für die Petition zur Unfallversicherungsgesetz-Novelle	" 100,—
Darlehen an die Verwaltungsstelle Düsseldorf	" 1000,—
Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen	" 2 409,05
550 Stück diebstahl. Räder	" 6 842,25
Kurstausch beim Verkauf von Zeitungen	" 963,53
Überzugskosten für P. Buisse	" 241,80
Streitunterstützung arbeitender Arbeiter in Österreich	" 7 000,—
Beiträge an die Verwaltungsstellen	" 287 152,40
	M 403 948,01

Verwaltungskosten.

A. Periodische:

Schulter der Bureaumaterial	M 6 450,—
Buchbindarbeiten	" 7 008,17
Entfärbigung der unbedruckten Vorhandenmäßiger	" 225,75
Reinigung an den Klempnern	" 120,—
zu den Ausgaben	" 400,—
Reinigung der Klempnerei	" 33,—
Reinigung der Betriebsmittel	" 605,90
	M 14 882,72

Buchbindarbeiten	M 5 571,06
Druckarbeiten	" 6 850,95
Kaufstempel	" 124,30
Quittungsmärchen	" 1.420,—
Bureaueinrichtung	" 194,82
Bureauamtsmiete	" 440,—
Bureaureinigung	" 120,—
Beitrag zur Kranken-, Alters- u. Invaliditätsversicherung	" 214,78
Unfallversicherung der Bureaubeamten	" 202,30
Kapitalsteuer	" 517,61
Provision und Versicherungsgebühr für die depositen Wertpapiere	" 5,03
für Anfertigung statistischer Arbeiten	" 204,—
für Überzeichnungsarbeiten	" 24,—
Heizung	" 38,44
Licht	" 31,—
Telephongebühren	" 100,—
Zeuererreichung	" 5,20
Bad- und Schreibmaterial	" 413,95
Fracht und Speisen	" 29,18
Gratifikationen an die Briefträger u. Bürobedienung	" 31,—
Zeitungssubscription	" 26,90
Portos	" 2729,62
Sonstige Ausgaben	" 95,10
	M 19 389,24
Rassenbestand am 31. Dezember 1900	" 469 166,38
	Summa: M 907 386,35

Berichtsliste.

Verlust durch den früheren Brevet. Dr. Heindel in Auerbach	M 59,60
die frühere Ortsverwaltung in Bremen	" 125,—
den früheren Brevet. W. Geis in Biebrich	" 27,85
" Unteraffäriert W. Thiele in Braunschweig	" 10,—
Unteraffäriert W. Höglund in Bremen	" 6,—
Räffäriert J. Böls	" 39,68
Unteraffäriert Langzettel in Darmstadt	" 41,48
Unteraffäriert Schneider in Bergsl. Dr. Weber	" 52,50
Räffäriert Dr. Henze in Detmold	" 45,27
Räffäriert Dr. Renneberg in Düsseldorf	" 102,89
Unteraffäriert G. Müller in Duisburg	" 7,60
Unteraffäriert W. Kroll in Düsseldorf	" 119,20
den früheren Räffäriert W. Höglund in Eberswalde	" 37,41
Unteraffäriert Dr. Höglund Klempner	" 15,—
Räffäriert Dr. Höglund in Eberswalde	" 71,51
Unteraffäriert R. Küne in Elberfeld	" 4,—
Unteraffäriert H. Schlee in Eschweiler	" 4,—
Unteraffäriert Großhäuser in Erfurt	" 15,—
Räffäriert E. Händle in Frankfurt	" 19,80
Räffäriert Chr. Schwamper in Freiburg	" 199,92
Unteraffäriert Kühn in Frankenthal	" 153,—
Vertretungsaffäriert W. Herb in Frankfurt a. M.	" 30,—
Beitragsjäger E. Stödl in Freiburg	" 134,—
Räffäriert L. Börner in Gera	" 457,67
Unteraffäriert P. Hänsel in Görlitz	" 18,—
Unteraffäriert J. Hennings in Grünberg	" 39,60
Räffäriert H. Meile in Hainholz	" 72,60
Unteraffäriert F. Wirth in Heidermühle	" 9,90
Räffäriert L. Behrensmeier in Horde	" 81,60
Unteraffäriert Auet in Kampen	" 12,30
Räffäriert H. Köller in Langenberg	" 79,27
Unteraffäriert Lemiale in Lauchhammer	" 30,—
Räffäriert J. Geil in Lübeck	" 49,57
Unteraffäriert Exter in Lübeck	" 42,60
Unteraffäriert J. Haug in Mainz	" 9,—
Unteraffäriert R. Appel in Mainz	" 15,—
" Baumann in Mainz	" 29,80
" H. Hat in Mainz	" 20,—
" H. Jäger in Mainz	" 15,—
" H. Kier in Mainz	" 40,—
" H. Klemisch in Mainz	" 29,—
Derivogen in Mainz	" 11,—
Unteraffäriert Hübner in Meißen	" 45,—
Bewilligte Kosten für die Streitverhandlung in Meißen	" 6,—
Bewilligte Kosten für die Streitverhandlung in Minchen	" 30,—
Unteraffäriert Schäfer in München	" 9,15
verschiedene Unteraffäriert in München, Schäfer	" 70,80
den früheren Räffäriert J. Heil in Nürnberg	" 110,21
" Unteraffäriert G. Schneider in Nürnberg	" 44,—
" Räffäriert L. Braun in Nürnberg	" 46,48
die Unfähigkeit der Ortsverwaltung in Nürnberg	" 60,—
den früheren Bewilligten O. Ketteler in Nürnberg	" 409,73
J. Böhm in Nürnberg o. L.	" 40,—
die Unfähigkeit der Ortsverwaltung in Nürnberg	" 13,12
den früheren Räffäriert V. Reinwald in Nürnberg	" 39,28
Unteraffäriert Schimpf in Nürnberg	" 3,90
Räffäriert C. Schimpf in Nürnberg	" 346,48

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungs-amts für das Jahr 1900

ist erschienen und dem Reichstage zugegangen. In diesem Bericht werden zuerst die Hauptziffern der Technungsergebnisse über die Unfall- und Invaliditätsversicherung mitgetheilt. In 65 Berufsgenossenschaften für Gewerbe waren 465554 Betriebe mit 6658571 Arbeitern versichert. Da nach der Gewerbezähnung in Industrie, Handel und Verkehr rund 1430000 Gehilfenbetriebe vorhanden sind, so ergibt sich, daß die Arbeiter von annähernd einer Million Betrieben nicht gegen Unfall versichert sind. 11189071 in der Landwirtschaft beschäftigte Personen sind in 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und 756482 in Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben beschäftigte Arbeiter sind bei den Ausführungsböhrungen versichert. Viele Arbeiter sind doppelt versichert, weil sie einen Theil des Zahrs in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die Zahl der doppelt gezählten wird auf 1½ Millionen geschätzt. Daraus ergibt sich, daß in Wirklichkeit nur rund 17 Millionen Arbeiter versichert sind. Es gelangten 454481 Unfälle, also 12118 mehr als im Vorjahr zur Anzeige. In 347043 Fällen trat aber Heilung in den ersten 13 Wochen ein, so daß die Unfallversicherung nur durch 107388 Fälle belastet wurde.

Die im Jahre 1900 an Verleste oder deren Hinterbliebenen verausgabten Gelder betrugen 86635632 Mk. gegen 73680632 Mk. im Jahre 1899. Diese Ausgabesumme hat sich in den letzten Jahren ziemlich regelmäßig um 8 Mill. Mark erhöht. Entschädigungen wurden im Jahre 1900 gezahlt an 534146 Verleste, 49364 Wittwen, 82855 Kinder Getöteter, 2961 Abzidenten Getöteter.

Im Jahre 1899 ist in 10895 Fällen das Heilverfahren während der Wartezeit von 13 Wochen von den Berufsgenossenschaften übernommen worden, in 9849 Fällen hat das Heilverfahren ein günstiges Ergebnis gehabt. Die Kosten beliefen sich hierfür auf 628488 Mk., wovon 115293 Mark durch die Krankenkassen erstattet wurden.

Nach Feststellung vom 30. September 1900 waren bei 53 gewerblichen und 3 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften insgesamt 233 Stellen für Beauftragte zur Überwachung von Unfallverhütung und anderweitiger Kontrolle vorhanden. Keine solche Beauftragte hatten also 12 gewerbliche und 45 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften. Die Zahl der Stellen für Beauftragte ist aber nicht gleich mit der Zahl der Beauftragten, indem vier Beauftragte bei zwei, vier bei drei und einer bei vier Berufsgenossenschaften gleichzeitig angestellt waren. Für die 233 Stellen waren also nur 218 Beauftragte angestellt. Jeder Beauftragte hatte demnach durchschnittlich mehr als 2000 Betriebe zu kontrollieren.

Die Unfallverhütungsvorschriften der See-Berufsgenossenschaft sollen ergänzt werden, besonders die Vorschriften über die Beschaffenheit und Behandlung der Kompass, die Gesundheitspflege auf Schiffen, ärztliche Untersuchung der Mannschaften vor der Ausrüstung, Prüfung der Nebelsignalapparate, und über die Feuersicherheit und Feuerlöschung.

Das Reichsversicherungsamt hat 1592 Rechtsprechungen aus dem Vorjahr unerledigt übernommen, hinzugetreten sind 6944; es wurden 7636 erledigt und 900 blieben rückständig. Für die Rechtsprechung waren zunächst 1319 Schiedsgerichte vorhanden, vor welchen im Berichtsjahr 45655 Beurteilungen abhängig wurden. Auf 100 berufsfähige Bescheide der Berufsgenossenschaften kamen 21, in welchen das Rechtsmittel der Berufung eingelebt wurde. Die Zahl der Sitzungen betrug bei den Schiedsgerichten 5485. Unter den Streitfragen betrafen 69,50 Proz. den Grad der Erwerbsunfähigkeit, 16,45 Proz. die Frage, ob ein Unfall beim Betrieb vorlag, 5,89 Proz. die Frage, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Unfall und Verlehung vorlag. Von den erledigten Berufungen erfuhr nur 26,4 Proz. völlige oder teilweise Abänderung. Rekurrenz bei dem Reichsversicherungsamt wurden in 11048 Fällen eingelebt, das sind auf 100 rechtsfähige Schiedsgerichtsurtheile 26,68. Es haben 794 Sitzungen mit 12280 mündlichen Verhandlungen zur Entscheidung über die Rechte im Reichsversicherungsamt stattgefunden. In 60,6 Proz. war bei den Verhandlungen Niemand erschienen, bei 17 Proz. erschien der Verleste persönlich, bei 17,6 Proz. ein Vertreter der Berufsgenossenschaft. Nur in 202 Fällen erschien ein Rechtsanwalt als Bevollmächtigter. Es wurden 3088 Schiedsgerichtsurtheile abgeändert; das sind 30 Proz. der eingezogenen Rekurrenz in der Rekursinstanz. In demselben Jahre eingelebt und erledigt wurden 63,7 Proz. der Rekurrenz; mehr als ein Drittel der eingezogenen Rekurrenz wurden in dem ersten Jahre nach der Eingabe eingelebt.

Neben die Invaliditätsversicherung wird mitgetheilt, daß bis zum Schlusse des Jahres 1900 insgesamt 98540 Rentenansprüche bewilligt wurden, und zwar 603741 Invaliden-, 6677 Kranken- und 375122 Altersrenten. Von diesen sind durch Tod oder aus anderen Gründen 598927, darunter 405337 Invaliden-, 5118 Kranken- und 188472 Altersrenten in Wegfall gekommen, so daß am Schlusse des Jahres 198404 Invaliden-, 1559 Kranken- und 86650 Altersrenten, also 586613 Renten ließen. Im Laufe des Jahres wurden 85900000 Mk. einschließlich des Reichsbeitrages, an die Versicherten ausbezahlt, und zwar 52,4 Millionen für Invaliden-, 600000 Mk. für Kranken-, 26,4 Millionen für Altersrenten und 6,5 Mill. für Beitragsentnahmen.

Beiträge wurden an 584673 vorläufige Versicherte bei der Verherrichtung, an 234 Unfallrentner und in 131923 Fällen an die Hinterbliebenen Verstorbenen erstattet.

Die Einnahme aus Beiträgen belief sich auf 129 Mill. Mark. Sie ist gegen das Vorjahr um 10½ Mill. gestiegen. Der Vermögensbestand der 31 Versicherungsanstalten, welcher am Schlusse des Jahres 1899 70152529 Mk. betrug, wird auf rund 780 Millionen angewachsen sein. Hierzu kommt noch das Vermögen der neun zugelassenen Kasseinrichtungen, deren Vermögen noch mit rund 70 Millionen in Aussichtnahme zu bringen ist, so daß ein Vermögensbestand von rund 850 Millionen vorhanden ist. Da nunmehr ein Jahrzehnt seit Inkrafttreten des Invaliditätsgegesetzes vergangen ist, hat man einen Überblick über die Geldanammlung. Nach den Berechnungen, welche der Vorlage beigegeben waren, sollten in den ersten 80 Jahren 2000 Millionen Mark angehäuft werden. Man kann heute schon mit einiger Sicherheit behaupten, daß diese Summe in den ersten 25 Jahren zusammen sein wird.

Artheile der Gewerbe- und Berufsgerichte.

1. Ein Arbeiter, mit dem Ausdruck der Kündigungsfrist vereinbart ist, kann nicht vor Vollendung einer Ablösarbeit ohne Bezahlung seiner bis zur Entlassung geleisteten Arbeit entlassen werden. G. G. Berlin III.

2. Ein Arbeiter, der in solchem Arbeitsverhältnis steht, kann nicht durch Abzüge wegen angeblich schlechter Arbeit gestrafft werden, wenn der Lohn verhältnismäßig gering war, denn für geringen Lohn kann keine gute Arbeit geleistet werden. G. G. Berlin III.

3. Der Arbeiter, der die Arbeit freiwillig vorzeitig verläßt, weil der Lohn nicht bedingungsgemäß bezahlt ward, kann Entschädigung fordern, weil man sonst den Arbeitgeber in die Lage brächte, durch Vorenthalten des fiktiven Lohnes dem Arbeiter das Recht auf 14-tägige Kündigung zu vereilen.

G. G. Posen.

4. Ein Arbeitgeber kann sich der Entschädigungsforderung eines wegen rechtswidriger Lohnabzüge freiwillig ausgetretenen Lohnarbeiters gegenüber daran befreien, daß dieser sich grobe Verleidigungen gegen einen Vertreter des Arbeitgebers hat zu schulden kommen lassen. G. G. Posen.

5. Die Entlassung von Arbeitern wegen Verweigerung von Überstunden ist nur gerechtfertigt, wenn die Arbeiter vorher wiederholt ohne Widerspruch Überzeitarbeit geleistet hatten. G. G. Duisburg.

6. Der Arbeitgeber kann sich von der Entschädigungsfrist wegen rechtswidriger Entlassung eines Arbeiters nicht dadurch befreien, daß er dem Arbeiter nachträglich anbietet, ihn noch vierzehn Tage arbeiten zu lassen, weil er, der Arbeitgeber, zur 14-tägigen Kündigung gesetzlich verpflichtet sei. Nachdem der Arbeiter einmal entlassen ist, braucht er die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. G. G. Weimar.

7. Ein Arbeiter, der gekündigt hat, dem aber während der Kündigungsfrist die Fortarbeit unterstellt wurde, ist nicht verpflichtet, auf Verlangen des Arbeitgebers sich bei diesem zu bloßen Kontrollmeldungen zu stellen. G. G. Berlin 8.

8. Die Arbeitsordnung ist mit „behändig“ (G. G. § 13e), wenn sie dem Arbeiter zum Zweck dauernden Einnehmens übergeben wurde. G. G. München.

9. Die Arbeitsordnung ist „behändig“, wenn sie dem Arbeiter durch Anhang zugänglich gemacht wurde. G. G. Chemnitz.

10. Die Bestimmungen der Arbeitsordnung kommen auf ein Arbeitsverhältnis nicht erst nach deren Bekämpfung, sondern schon durch deren Anhang zur Anwendung, so daß der in einem Betrieb neu eintretende Arbeiter ihr mit diesem seinem Eintritt in den Betrieb unterworfen ist, nicht erst, nachdem ihm die Arbeitsordnung übergeben, eingeändigt worden war. G. G. Zeitz.

11. Lohnabzug bei Verhinderung während nicht erheblicher Zeit (G. G. B. § 616) ist nicht zulässig, da dieser Paragraph durch Vertrag seitens beider Parteien nicht ausgeschlossen war. Er hätte wohl ausgeschlossen werden können, da nach § 619 G. G. nur die §§ 617 und 618 zwingender Natur seien, demnach § 616 depositarisch (nicht zwingender) Natur sei. Er bleibe aber so lange in Gelung, wie er nicht durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen sei. G. G. Charlottenburg.

12. Vergütung bei Verhinderung nach § 616 findet auch statt, wenn Kündigung ausgeschlossen war, falls die Verhinderung eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit in Anspruch nimmt, wie beispielsweise eine Kontrollversammlung. G. G. Hamburg.

13. Ablösarbeiter können wegen Nichtbeschäftigung keine Entschädigung verlangen, wenn dem Arbeitgeber die Materialienlieferung von einer Interneffizienten abgedimmt wurde, weil der Arbeiter nach § 124 Abs. 4 in diesem Falle (d. h. bei nicht ausreichender Beschäftigung) in der Lage ist, das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der vertragsmäßigen Kündigungsfrist zu lösen. Thut er das nicht, so gibt er zu erkennen, daß er mit dem Zustande vorlieb nimmt. G. G. Meldorf.

14. Es sei hier gleich bemerkt, daß nach vielen Gewerbegerichtsentscheidungen der Arbeiter auch keinen Anspruch auf Entschädigung hat, wenn er die Arbeit wegen Mangels an solcher auf unbefristete Zeit unterbrechen, also wenn er „aussetzt“ müßte. In diesem Falle kann er auch nur das Arbeitsverhältnis lösen. G. G. Stuttgart.

15. Der Arbeiter hat keine Schadenerstattung anzurechnen an den Arbeitgeber, wenn dieser ihm seine Versicherungskarte nicht ausliest, weil er dieselbe bei der Einzugsstelle (Ortskrankenfasse) hinterlegt hat. Will der Arbeiter seine Karte wieder haben, so muß er sich an die Nähe wenden. G. G. Dresden.

16. Zu Form von Darlehen gegebene Streifunterstützung ist nicht einfließbar. G. G. Stuttgart.

17. Der Arbeitgeber hat kein Recht, eine Schadenerstattung auf den Lohn aufzuteilen, da sich aus dem Schuldenverhältnis — dem Dienstvertrag — ergibt, daß der Arbeitgeber nach der Arbeitsleistung dem Arbeiter den Lohn haft ausbezahlen müsse. Der Wille des Gesetzgebers gehe deutlich dahin, daß dem Arbeiter seine Lohnfordertung gesichert sein sollte. G. G. Stuttgart.

18. Die Aufrechnung gegen eine Lohnfordertung ist trotz des § 394 des B. G. B., der die Aufrechnung ausschließend verbietet, gestattet, da das Aufrechnungsverbot des § 394 des B. G. B., wie überhaupt der ganze „dritte Titel“ des dritten Abschnitts im zweiten Buch darüber sich nur, wie die Motive ausdrücklich her vorheben, auf das gesetzliche Recht zur Aufrechnung bezieht, während die vertragsmäßige Aufrechnung (compensativ voluntaria) von diesen Bestimmungen nicht betroffen wird.

Die Vereinbarung der Parteien, daß ein Theil des Lohnes als Strafe verhürt sein solle, enthält zugleich einen Vertrag über die Aufrechnung der Strafe mit dem Lohn. Der Lohnabzug bez. die darin liegende Aufrechnung war also geleglich. Ungeleglich wäre ein Abzug nur, wenn die einbehaltene Summe im ganzen vorher schon einen vollen Wochenlohn betragen hätte, oder — wie ein anderes Gewerbegericht entschied — der außer einem halb betriebene Lohnabzug mehr als ein Viertel eines vollen Wochenlohns betragen hätte.

G. G. Hamburg.

19. Das Hölzerne Gewerbegericht faute bezüglich des § 394 B. G. B. eine vollkommen gegenständliche Entscheidung. Nach ihm ist die Aufrechnung in jedem Falle untersagt. Eine dem entgegengesetzte gegenseitige Vereinbarung sei ungültig, denn § 394 B. G. B. sei zwingendes Recht, das nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden könne.

Wie ein Vergleich vorliegender Urtheile zeigt, ist die gewerbliche Rechtsprechung von einer seitstehenden Praxis noch weit entfernt, sodaß es in vielen Fällen schwer ist, im voraus zu sagen, zu Gunsten welcher der streitenden Parteien ein Rechtsstreit entschieden werden würde. Besonders schwierig ist das in solchen Fällen, wenn gleichzeitig Bestimmungen der Gewerbeordnung und Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in Frage kommen, da die Gerichte sich noch keineswegs einig sind, ob gewisse Bestimmungen der Gewerbeordnung von konkurrierenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgehoben werden, wie ebensoviel darüber Einheitlichkeit herrscht, ob gewisse Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zwingend oder depositarisch sind, das heißt, ob sie durch Vertrag aufgehoben werden können oder nicht.

Messingvergiftung als Berufskrankheit.

Von Bleivergiftung ist, was bei deren gefährlichen Folgen auch vollkommen berechtigt ist, oftmals die Riede, aber es wird weit weniger beachtet, daß es auch eine Messingvergiftung gibt, die nicht viel haraumox ist. Sie befällt ebenso wie die Bleivergiftung am häufigsten junge Arbeiter und Arbeiterinnen. Ihre Merkmale bestehen in Blutmangel, Herzenskrampfen, Abmagerung, Trockenheit im Halse, Husten und Blutspießen, und wenn diese sich bei einem Handwerker einstellen, so sollte der Arzt sofort zu Rache gezogen werden, und dieser sollte alsdann zu allererst nach der Beschäftigung des Kranken fragen. Zeigt sich eine grüne Linie an den Zähnen, grünlicher Schweiß und eine ähnliche Färbung an den Haarwurzeln, so ist ein ziemlich sicherer Schluß auf Metallvergiftung zu ziehen. Bei der Messingvergiftung wäre es nun von besonderer Bedeutung, festzustellen, welchem Metall die Schuld daran zugeschoben werden muß. Messing ist bekanntlich eine Legierung von Kupfer und Zink, die möglicherweise beide auf den Organismus schädlich wirken können. Meistens wird das Kupfer als der gefährlichere Bestandteil bezeichnet; nach den neuesten Untersuchungen ist jedoch auch Zink durchaus nicht unschuldig, wen nach das Kupfer das giftigere der beiden Metalle zu sein scheint. Die Bildung einer grünen Linie an den Zähnen deutet stets auf einen Kupferniederschlag im Körper, während sich bei Bleivergiftung eine grüne Linie am Gaumen zeigt. Mit der zunehmenden Abmagerung, die eine Folge von beiden ist, stellt sich bei der Messingvergiftung natürlich auch ein Kräfteverlust ein, ferner Schmerzen im Kopf und in den Gliedern, Husten, juckender Hautausschlag, heftiger Schweiß und als Begleitercheinung in der Regel auch Verdauungsstörungen. Die Unterscheidung von Blei- und Messingvergiftung ist auch aus dem Grunde wichtig, weil Blei vielfach in der Messingindustrie zur Verfälschung benutzt wird, auch als Weißblei zum Verlöten von Messingrohren. Daher kommt es, daß häufig beide Vergiftungen mit einander verwechselt werden. Bleichrust, Durchfall und Verdauungsstörungen sind ihnen gemeinsam, dagegen ist das Fehlen der grünen Linie auf dem Gaumen und das Vorhandensein der auffälligen grünen Färbung an den Zähnen stets für Messingvergiftung beweisend. Die Aufnahme des Giftes geschieht sowohl bei der Athmung als beim Essen. Die Lust in den Arbeitsräumen der Messingfabriken ist mit feinen Messingteilchen gefüllt, die man in einem Seidenstrahl an ihrem Grunde erkennen kann. Sie gelangen bei der Atmung in die Lufttröhre, wo sie schon durch den rein mechanischen Reiz einen dauernden Katarh erzeugen, der sich den benachbarten Lungengeweben mitteilen kann. Die größten Theile setzen sich in den Schleimhäuten der Nase und des Rachens fest, die daran ebenfalls erkranken. Der Messingtitanz wird ferner mit dem Essen und Trinken verschluckt, verwandelt sich im Magen und Darm in lösliche Salze und gelangt daraus in den allgemeinen Säurekreislauf. Oftmalz essen die Messingarbeiter, ohne sich die Hände zu waschen, und das ist selbstverständlich besonders gefährlich. Das durch den Schweiß ausgechiedene Kupferalz verursacht einen lästigen Hautausschlag. Besonders gefährlich sind diejenigen Arbeiter am meisten die Vergiftung ausgezehkt, die durch ihre Hautirritation den meisten Staub erzeugen, also die Drechsler, Polerer und Feiler. Bei der Behandlung hat sich bisher die Anwendung von Phosphor am meisten bewährt; dieses Mittel führt eine bedeutende Besserung im Verlauf von 14 Tagen herbei, indem die Blutarmut schwindet, die Verdauungsstörungen nachlassen und Herbofit und Herbenkrämpfe beseitigt werden; Katarh und Husten pflegen erst allmälig zu weichen. Von großem Nutzen bei der Heilung ist auch der Genuss von Milch, die das vorzüglichste Mittel bei den meisten Vergiftungen ist. Noch wichtiger ist es natürlich, der Erkrankung überhaupt vorzubeugen, und zu diesem Zweck müssen die Arbeitsräume in sorgfältiger Ventilation erhalten bleiben; die Arbeiter müssen die größte Aufmerksamkeit auf persönliche Reinlichkeit verwenden und dürfen niemals innerhalb der Arbeitsräume Nahrung zu sich nehmen; die benutzten Maschinen sollten nach Möglichkeit so eingerichtet werden, daß die Verbreitung von Messingstaub in der Luft verhindert wird. Endlich ist zu empfehlen, daß das in den Messingfabriken an die Arbeiter verabreichte Wasser mit einer kleinen Mengen Phosphorsäure versetzt wird.

G. G. Dresden.

Aluminothermie.

Von Generalmajor z. D. R. Wille (Berlin).

Vor einem halben Jahrhundert kostete das Kilo Aluminium 3100 Mk.; heute ist es für etwa 2,4 Mk. zu haben. Dieser gewaltige Preistrückgang auf den tausendsten Theil des ursprünglichen Wertes verdanken wir der vervollkommenen Elektrolyse, wie sie namentlich zu Neuhauen — mit Hilfe von rund 4000 Pferdestärken, die der Rheinfall hervorbringt — in größtem Maßstabe angewendet wird, um das Aluminium aus seiner Sauerstoffverbindung, der Thonerde, abzuziehen. Da man hierzu einer sehr beträchtlichen Wärme bedarf, so lag der Gedanke nicht fern, auf dem entgegengesetzten Wege, durch Oxidation des Aluminiums, also durch seine erneute Vereinigung mit Sauerstoff, die in ihm aufgespeicherte hohe thermische Energie auszulösen und wiederzugewinnen. Mit dieser Idee haben sich namhafte Chemiker gleichfalls schon seit fünfzig Jahren beschäftigt, ohne indeß verwertbare Ergebnisse zu erzielen, dicerst in neuester Zeit durch das eben so geniale wie erstaunlich einfache Verfahren von Dr. Hans Goldschmidt in Essen erreicht wurden. Er beschreibt ein Gemenge aus Aluminium u. Metalloxiden (z. B. Eisenrost, Oder), das Thermit genannt wird und bei dessen chemischer Umsetzung sich der Sauerstoff von Eisen trennt und sich mit dem Aluminium zu Thonerde (in kristalliner Form Corund) verbindet.

Wie man sieht, kann es nichts Einfacheres geben! Die große Anfangs scheinbar unlösliche Schwierigkeit bestand nur darin, jene Umsetzung überhaupt erst herzuführen. Ein in die Mischung eingeführter glühender Stab läßt sie völlig fällt; sie im Tiegel durch Erhitzung von außen auf die nötige Wärme zu bringen, ist ebenowenig angängig, weil dabei plötzlich heftige Explosionen vorkommen, und weil nebenbei kein Werkstoff für Tiegel bekannt ist, der in heißem Zustand dem flüssigen Aluminium stand widerstehen könnte. Aber auch dies bedrohliche Hindernis wurde Dr. Goldschmidts beharrlicher Geist nach vielen mühsamen und fruchtbaren Versuchen glücklich zu besiegen. Er fand, daß manche Gesteine (z. B. Bariumoxyd mit Aluminium) sehr leicht — durch Aufwerfen eines brennenden Sturmfeuerholzes — zu entzünden sind und dann nicht nur von selbst weiterbrennen, sondern auch auf das scharf entzündliche Thermit gestreut, dessen chemische Umsetzung früher und augenblicklich bewirken.

Damit war die grundlegende Hauptaufgabe des bahnbrechenden Forschers gelöst, und vermöge ihrer vielgestaltigen Ausbildung hat sich die (oben völlig gefährliche) Aluminothermie schon die weitesten Gebiete erobert. Sie dient der — bisher unmöglichen — Endarbeit an verschiedenen verschiedenen für die metallurgische Technik wichtiger Werkstoffen, wie Chrom, Mangan, Ferrit, Ferrobrot u. a. m. Daneben liefert das sich oxidierende Aluminiumoxyd künstlichen Corund (unter dem Namen Coruhin geschützt), der als Schmelze der natürlichen Korund an Härte und Schleißfähigkeit übertrifft; auch werden daraus hochwertige Steine, Formen und Tiegel für besondere Zwecke angefertigt.

Der manigfachsten und ausgedehntesten Verwendung ist ferner die unmittelbare Ausnutzung der frei werdenden Wärme (bis zu 3000 Grad C.) fähig. Man gebraucht sie beispielsweise zum Schweißen von Eisenbahnschienen (aus der Strecke) und von Rohren, zum Entfernen stählerner Hartpanzer an den zu bearbeitenden Stellen u. dergl. Auch hierbei gestaltet sich das Verfahren so einfach, wohlfeil und wenig zeitaufwendig wie möglich. Die durch Schweißung zu verbindenden Gegenstände werden mit den Enden gegeneinander gehoben, durch eine Membranrichtung festgehalten und an der Schweißstelle mit einer kleinen, auf den feuchten Sand umgebenen Blechform überdeckt. In diese gießt man aus einem Tiegel das flüssige Thermit, dessen Wärme in ein bis zwei Minuten die nötige Schweißfähigkeit hervorbringt; der zuerst austreibende Corund erschafft sofort und bildet eine luftdurchlässige Schutzdecke, die jede Beschädigung der Werkstücke durch die glühende Reaktion verhindert; gleichzeitig sorgt die Membranrichtung für den zur Schweißung erforderlichen Druck, indem sie ein Ausweichen der unter dem Einstuß der Wärme sich verlängernden Schienen oder Rohrenden verhindert.

Für Straßenbahnen ist das Verfahren der Schienen in jeder Hinsicht von größter Bedeutung; es beschützt die Fahrgäste vor den unangenehmen und unbedlichen Rütteln an jedem Schienentzünd; es schont die Wagen und den Oberbau, macht zahlreiche und meist kostspielige Ausbesserungen, die sonst die allmählich fortwährende Abmilderung der Verbindungsstücken und -Löschen bedingt, entbehrlich und bringt bei elektrischem Betrieb den betreuernden Betriebsmännern vor, die der Rüttelstrom anrichten kann, wenn die Schienenleitung verlegt. Die Brüderräume der nicht verbindlichen Schienen sind nämlich in der Regel mit Spannverbindungen überbrückt; da nun Kupfer und Eisen in feuchtem Boden einen galvanischen Strom liefern, so wird die Leitung an solchen Stellen mit der Zeit durch elektrolytische Zersetzung unterbrochen; der Rüttelstrom kann sich daher einen anderen Weg suchen; er wird zum "Durchdringenden" Strom, der mit Vorliebe benachbarten Gas- und Wasserleitungen folgt und deren Röhre durch Elektrolyse mit unzulässiger Sicherheit unbrauchbar macht, weil zwischen Schienen und Röhren ein oft nicht annehmbarer Spannungsdurchschlag abtritt. Derartige Verhinderungen der Rohrleitung sind besonders häufig in den Betriebslinien Städte von Nordamerika vorgekommen, wo die Sorgfalt bei Anlage von Steinbahnen unterdrückt zu können übrig ließ. Das Schienenschweißen mit Thermit hat bei elektrischen Straßenbahnen im deutschen Reich schon vielfach Eingang gefunden, so in Berlin, Hannover, Dresden, Braunschweig, Essen, Norden u. a.

Für alle Schweißungen bleibt, wie gezeigt, die schwere Corundschmelze unanwendbar; schafft man sie weiter fort und gießt das aluminothermische Eisen aus dem Tiegel unmittelbar auf eine Stahlplatte, so wird letzter ebenfalls bis auf 8 mm Tiefe und mehr glatt durchgeschmolzen. Auch dieser Vorgang ist natürlich mechanisch ver-

wertbar; ebenso wohl läßt er indeß eine mißbräuchliche Unwendung zu — gegen "feuer- und diebesichere" Geldschränke und Stahlkästen. In der That haben schon manche "schwere Jungen" von dem mit einem Kilo Thermite so leicht, rasch, billig und sicher ausführbaren Kunststück angemessenes Gebrauch gemacht, um die früher saure und häufig vergebliche Arbeit langer Nächte zu sparen. Der biedere "Meister" Schmid, der in Berlin eine Hochschule für Einbrecher gegründet hatte, würde seine Hoffnungsvollen Jünglinge vermutlich auch in der mißbringenden Aluminothermie unterwiesen haben, wenn er nicht sammt etlichen seiner "Schüler" vor mehreren Wochen bei einer "praktischen Übung" erwischt und hinter Schloß und Riegel gebracht worden wäre. Aber es gibt eben kaum eine epochenmachende Erfindung, die jeden Mißbrauch unbedingt ausschließe, und überdies darf man hoffen, daß es Dr. Goldschmidt's ratslosem und erfolglosem Erfindungsgeist selbst gelingen wird, der verbrecherischen Benützung des Thermits durch witzsame Gegenmittel ein Ziel zu setzen. (Frls. Btg.)

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Der sechste Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, der zu Diersburg und die folgenden Tage in Mainz stattfand, protestierte in seiner ersten Sitzung in energischer Sprache gegen die geplante Broterheuerung. Aus dem Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß die Maurer mit 82,924 Verbandsmitgliedern zu 27,13 Prozent organisiert sind. Die Einnahmen beliefen sich in den Jahren 1899/1900 auf 2,251,058,98 Mk., das Verbandsvermögen war am Schlusse des Jahres 1900 auf 848,771,98 Mk. gestiegen. Da die Maurer zufriedenstellende Erfolge mit corporativen Arbeitsverträgen (Kartellgemeinschaften) erzielt haben, so ist es selbstverständlich, daß eine Resolution, die den Zweigvereinen und den übrigen Organen des Verbandes anempfohlen, mit Macht auf den Abschluß derartiger Verträge zu drängen, einstimmige Annahme fand. In 189 Verwaltungsstellen mit 32 068 Mitgliedern standen die Männer bereits im Vertragsverhältnis mit den Unternehmern. Es ist begreiflich, daß durch die Vertragsverhältnisse eine Verminderung der Streiks eintritt und die Ausgaben dafür sich verringern. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und eine Nutzung in Krankheitsfällen wurde für nicht angängig gehalten. Die Reiseunterstützung wurde auf den Höchstbetrag von jährlich 30 Mk. herabgesetzt. Statutarisch festgelegt wurde eine Beihilfe zu den Bergarbeiterkosten. Eine rege Diskussion entpann sich über die Haltung des Verbandsorgans, des "Grundstein". Es wurde von Delegierten aus den katholischen Gegenden besonders das Abschweifen auf das religiöse und politische Gebiet getragen. Zu einer Beschlusssatzung kam es über diesen Punkt nicht. Beschlossen wurde, an Stelle der Agitationssbezirke und -Kommissionen, die bisher vom Generalbevollmächtigten beauftragt und mit Geldmitteln versehen wurden, Gau und Gauvorsteher als Mitglieder des Verbandes einzurichten bzw. einzuziehen. Die Gauvorstände sollen nicht eigentlich Verwaltungsgeschäfte erlebigen, sondern vielmehr der Förderung der Agitation dienen; jedoch können diese Körperschaften vom Verbandsvorstand mit der Beauftragung der Vereine, mit Kasernerevisionen, Streifeleitung &c. &c. beauftragt werden. Schwierig gestaltete sich die Regelung der Beitrag leistung, für die folgender Modus festgelegt wurde:

Lohnklasse	Einheitsbetrag	Zuschlag	Gesamtbeitrag
bis 27	25	—	25
28-32	25	5	30
33-37	25	10	35
38-42	25	15	40
43-47	25	20	45
48-52	25	25	50
über 52	25	30	55

Zur Erledigung der Korrespondenz des Verbandsvorstandes wurde ein weiterer Beamter angestellt.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands hielt seine 14. Generalversammlung vom 25.—30. März in Nürnberg ab. Zwei Tage wurde über den Vorstandsbereich debattiert, wobei die Reibereien zwischen dem Centralvorstand und der Hamburger Zahlstelle einen breiten Raum einnahmen. Gegen Beamte des Centralvorstandes richteten sich Beschwerden, daß diese zu wenig für die sozialdemokratische Partei thätig seien; dem gegenüber wurde betont, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei weder von einem Mitgliede des Vorstandes noch sonst einem Verbandsmitglied verlangt werden könne, wolle man nicht mit den satts verlochten Gründgesetzen brechen. Eine Resolution zu Gunsten des Abschlusses von Kartilverträgen fand einstimmige Annahme. Eine interessante Debatte entpann sich über den Punkt: Arbeitslosenunterstützung, für deren Einführung der Referent See-Hamburg eine meisterhafte Rede hielt. Beschlossen wurde mit 76 gegen 12 Stimmen eine Erklärung, wonach die Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Prinzip beschließt, des Ferneren alle Delegierten verpflichtet werden, in ihrem Wirkungskreis für die Arbeitslosenunterstützung Propaganda zu machen. In der ersten Woche des August 1901 soll im Verband eine Abstimmung vorgenommen werden. Die Arbeitslosenunterstützung gilt als angenommen, wenn sich zwei Drittel der Mitglieder dafür aussprechen. Entscheidet die Abstimmung für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, so tritt die Unterstützung mit dem 1. April 1902 in Kraft und zwar so, daß die Beitragserhöhung ab 1. April, und die Unterstützung ab 1. Juli beginnt. Bei Behandlung des Kapitels Bauarbeiterklaus wurde allseitig betont, daß die bis jetzt erlassenen Schlußbestimmungen bei Weitem noch nicht genügend und eine Resolution angenommen, in der die Verordnungen der Bauarbeiter niedergelegt sind. Der Zentralausschuß für Bauarbeiterklaus wurde ein Jahresbeitrag von 1000 Mark aus Verbandsmitteln bewilligt, die Kosten der Lokal- und Landeskommisionen für Bauarbeiterklaus werden ebenfalls vom Verband übernommen. Eine Reihe einschneidender Veränderungen und Neubestimmungen wurden für das Verbandsplakat beschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Neben den Begriff „politische Versammlung“ hat das sächsische Oberlandesgericht sich in einem Urtheil ausgesprochen. Nach der Entscheidung dieses obersten Gerichts kann nicht der bei der Einberufung einer Versammlung ausgesprochene oder sonst erkennbar gemachte Zweck dafür entsprechen, ob die Versammlung als eine politische Versammlung anzusehen ist oder nicht, sondern maßgebend ist im Wesentlichen nur der Verlauf der Versammlung selbst und das, was in ihr erörtert und verhandelt worden ist. Denn auch eine zu anderen Zwecken einberufene Versammlung kann erst in ihrem Verlaufe durch das in ihr Verhandelte zu einer politischen Versammlung gemacht werden. Eine Versammlung kann die Eigenschaft einer politischen Versammlung nicht dadurch entzogen werden, daß durch sie lediglich die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckt werde. Denn, wenn auch dies der Endzweck ist, dem eine Versammlung dienen soll, wenn sich also ihr Endzweck auf die Erreichung von Zielen richtet, die dem wirtschaftlichen Gebiete angehören, so muß doch die Versammlung dann als eine politische gelten, wenn als „Mitte“ zur Erreichung des vorgesehenen Ziels die Errichtung von Angelegenheiten gewählt wird, die ihrer Beschaffenheit nach politischer Natur sind. Die Versammlung ist dann aber eine politische Versammlung, die zugleich auch der Erreichung des bezeichneten wirtschaftlichen Zwecks dient. Und wenn auch nach § 52 der Gewerbeordnung alle Verbote und Strafbestimmungen wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen als aufgehoben zu gelten haben, so folgt doch aus dieser Vorschrift noch nicht, daß damit auch die Mittel, durch deren Anwendung die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden soll, außerhalb der allgemeinen Strafbestimmungen haben gestellt werden sollen. Vielmehr sind, wenn diese Mittel durch Gesetze verboten und unter Strafe gestellt werden, die Personen, die sie zur Anwendung bringen, nach diesen Gesetzen haftbar und strafbar.

Nach dieser Entscheidung ist es zwar nicht zulässig, eine Versammlung, die von den Einberufenen nicht ausdrücklich als eine politische angesehen wird, im vorhinein als eine politische anzusehen, aber nach ihr kann so ziemlich jede Gewerkschaftsversammlung in ihrem Verlaufe von dem überwachenden Beamten zu einer politischen erklärt werden, da die Mittel, durch die die gewerkschaftlichen Zwecke erreicht werden sollen, in den allermeisten Fällen als politische angesehen werden können. Dadurch wird aber das ganze Gewerkschaftswesen zu einem politischen gestempelt und den minderjährigen Arbeitern das Koalitionsrecht beschränkt, wenn nicht ganz illusorisch gemacht. Durch das oberste Gericht ist also das bestätigt worden, was die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei bei der Beratung der kautschukartigen Mindevährigenbestimmung im sächsischen Landtag vorausgesagt haben.

Litterarisches.

Von der Kommunalen Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus (Dresden, Verlag Kaden & Comp.) ist Nr. 6 erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Besteuerung der Gebäude und Grundstücke nach dem gemeinen Werth. Eine Enquête über sächsische Gemeindeverhältnisse. Ut aliquid fieri videatur. Arbeiterverhältnisse (Bauarbeiterklaus). — Die Gemeinden als Arbeitgeber. Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen, Bildungswesen (Schulärzte). — Städtische Beschaffen. — Wohnungswesen (Der Baufrach). — Aktien-Gesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. — Städtisches Wohnungsvormittelungsamt. Gesundheitswesen (Städtische Krankenhäuser und medizinische Unterrichtszwecke). — Schwindsüchtige Lehrer. — Die Oberbürgermeister und der Brotmischer. Aus den Gemeindevertretungen (Die Vorlage des Berliner Magistrats über die Bewilligung von Ruhegeld). — Eine Notstandsaktion zur Beschäftigung Arbeitsloser. Vermögenes (Ein Hausbesitzer über kommunale Wohnungsfürsorge). Personennachrichten. Litterarisches Eingefand. Zentralstelle für Kommunalpolitik. — Die Kommunale Praxis erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mark (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019a, 4. Nachtrag).

Bon der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 27. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kaiserliche Neuordnungen. — Das Weib und der Stier. Von Dr. H. B. Adams-Lehmann. — Die badische Budgetabstimmung. Von Rosa Luxemburg. — Tolstoi und Brentano. Von L. Kautsky. — Notizen: Wirtschaftliche Fortschritte im letzten Jahrhundert. — Feuerstein: In der Schlucht. Von Anton Tschechow. Aus dem Russischen überzeugt von Eugenie Kliorin. — Karl Lieber. Von Fritz Austerlitz (Wien). — Mutterkraft und geistige Arbeit. Von M. Bebel. — Einige Argumente für die Verstaatlichung des Bergbaues. Von H. Müller. — Die sozialistischen Gewerkschaften in Spanien. Von Heinrich Gunow. — Technische Fortschritte im Bauwesen. Von P. M. Grempe. — Litterarische Stunden: Emil Berthold. Eine moderne Gründergeschichte. — Rottgen: In eigener Sache. Von F. Mehring. Nochmals „Der Zukunftskrieg“. Von Rudolf Krafft. Kosten der Rübenverarbeitung. Von P. M. Grempe. — Feuerstein: In der Schlucht. Von Anton Tschechow. Aus dem Russischen überzeugt von Eugenie Kliorin. (Fortsetzung).

Im Verlag von F. H. W. Dietz Nachf. ist soeben zur Ausgabe gelangt Heft 16 des reich illustrierten Verleses: Das hingerade Buchland. Reiseindrücke, Beobachtungen und Unter suchungen von Dr. C. Lehmann und Patrus. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Wie die Regierung die Bauern ernährt. — Offizielle und offiziöse Notstandsaktion. — Die Sintflut und die Hungersnoth. — Die Hungersnoth und die Bauernbesteuerung. — Die russischen Finanzen. — Der Untergang des Bauerthums und die soziale Entwicklung Russlands. — Neben der bereits komplett vorliegenden Ausgabe, welche broschiert 6 Mk. gebunden 7 Mk. 50 Pf. kostet, ist das Werk auch in 16 Heften à 40 Pf. zu beziehen. Sämtliche Buchhandlungen und Kolportage zu nehmen Bestellungen entgegen.